Reichsparteitag, S. 24

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 24 – 19. Juni 2010

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





„Eingehegter Patriotismus“: Fast nur noch bei Fußballspielen stehen die Deutschen zu ihren Nationalsymbolen. Das ist zu bedauern, denn auch in der Politik ginge es mit mehr Zusammengehörigkeitsgefühl besser voran.

Foto: imago

Am Rand der Krise

Den Deutschen stellt sich die dringende Frage, ob ihr Land noch regierbar ist

Die Freude an Fußballerfolgen kann ein Gefühl der tiefen Verunsicherung nicht mehr überdecken. Deutschland, momentan ein Land ohne Staatsoberhaupt, scheint seine politische Handlungsfähigkeit verloren zu haben. Die Mittelschicht plagen Abstiegsängste.

Angenommen die Bundesregierung aus Union und FDP würde zerbrechen, was dann? Die Große Koalition der Jahre 2005 bis 2009 war zwar entscheidungsfähig, aber sie trat ihre Amtszeit im beginnenden Boom an, der dann drei Jahre lang reichlich Geld in die Kassen spülte. Wer sich in der seit Herbst 2008 radikal veränderten Lage nach der Großen Koalition zurücksehnt, vergleicht darum Äpfel mit Birnen.

Ohnehin hat die letzte Regierung wichtige Entscheidungen vertagt, vor allem in der Energiepolitik. Und schließlich würde eine Neuauflage auf absehbare Zeit an der SPD scheitern. Deren Erinnerungen an Verlauf und Ende der letzten Legislaturperiode sind so bitter, dass sie wohl erst dann wieder mit der Union ein Regierungsbündnis bilden würde, wenn das Wahlergebnis nichts anderes zuließe.

Ein Blick nach Nordrhein-Westfalen bestätigt dieses Bild in erschreckender Weise: Dort verweigert sich die SPD einer Zusammenarbeit mit der CDU, obwohl für sie sogar mehrere Varianten möglich sind und ihre Verhandlungsposition gegenüber der CDU deswegen sogar viel besser ist als die unbequeme Lage im Schwitzkasten Angela Merkels auf Bundesebene in den Jahren 2005 bis 2009. Doch jetzt will die SPD dort offenbar überhaupt keine Koalition mehr bilden.

> Viele fragen sich: Warum verweigern Politiker die Arbeit?

Mit einem gewissen Erschrecken steht der Bürger vor einer neuen Situation: Sowohl in Berlin als auch im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen hat er demokratische Parteien mit vernünftigen Mehrheiten ausgestattet, aber die Politiker weigern sich, mit dem anvertrauten Mandat zu arbeiten. So wie die politische Klasse einige Wahlentscheidungen des Volkes nur schwer verstehen konnte (von der „Bevölkerungsverdrossenheit der Politiker“ sprach deswegen schon der Politologe Karl-Rudolf Korte), so verstehen heute wachsende Teile der Bevölkerung weniger denn je das Verhalten „ihrer“ Politiker.

Während die Entfremdung wächst, werden unverzichtbare Entscheidungen vertagt. Die Politiker scheinen vom Unbehagen über diese Lage mehr denn je infiziert zu sein. Wenn angeblich „bürgerliche“ Politiker sich wechselseitig als traumatisiert, als Wildsau und als Gurkentruppe beschimpfen, dann hat das Wort „Politikerverdrossenheit“ offenbar eine neue Bedeutung gewonnen.

Unterdessen wächst bei der Mittelschicht die Sorge vor dem Abstieg: Unsichere Jobs, öffentliche und auch private Verschuldung, dazu riesige Finanzabflüsse ins Ausland – Experten erwarten den Abstieg von bis zu zehn Millionen Deutschen aus der Einkommens-Mittelschicht. Momentan ist nicht absehbar, was diese Entwicklung abwenden könnte. *K. Badenheuer*

Konrad Badenheuer:

Kein Kollaps

So desolat die Regierung Merkel/Westerwelle auch dasteht: Die schwarz-gelbe Koalition wird halten. Vielleicht verpasst Wulff die Wahl zum Bundespräsidenten, vielleicht fällt Westerwelle einer innerparteilichen Revolte zum Opfer, vielleicht verliert die CDU das Amt des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Doch selbst dann wäre ein Sturz der Kanzlerin unwahrscheinlich. Weder mit Neuwahlen noch mit einer Großen Koalition im Bund ist zu rechnen, so geschickt SPD-Chef Sigmar Gabriel auch daran arbeitet, diese Gedanken in die Diskussion zu bringen.

Drei Umstände begründen diese Einschätzung: Da ist zum einen der Wortlaut des Grundgesetzes. Es gibt dem Bundeskanzler nach der bitteren Lektion der Weimarer Republik eine enorm robuste Stellung. Da ist zum zweiten die Interessenlage der Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU und FDP. Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt würden viele das Mandat kosten, von daher kann Angela Merkel unbesorgt sein. Bleibt drittens die Persönlichkeit der Kanzlerin, deren Unempfindlichkeit gegen äußeren Druck an Nonchalance grenzt.

Dass dennoch so viel über das Zerbrechen der Regierung zu lesen ist, hängt mit der Logik des Medienmarktes zusammen: Zeitungen und Sender wollen auffallen. Merkel wird sich halten, auch wenn sie einen katastrophalen Fehler verantwortet: Statt gleich nach der Wahl im Herbst 2009 loszulegen und bittere Notwendigkeiten anzupakken, ließ sie neun Monate bis zur NRW-Wahl verstreichen.

Nun fehlt ihr der Rückenwind des Wahlsiegs, und die Bundesratsmehrheit wackelt. Das Berliner Geeiere könnte also noch bis 2013 andauern.

Im Chaos bequem gemacht

Die fünf Parteien in NRW finden keinen gemeinsamen Nenner

Ratlos blicken viele Kommentatoren auf Nordrhein-Westfalen und fragen sich, welche Strategien die politischen Protagonisten verfolgen. Doch nach wochenlangen Winkelzügen der Akteure verstärkt sich der Eindruck, dass keine der fünf Parteien im Düsseldorfer Landtag ein umsetzbares Konzept hat.

Immerhin scheint die Chefin der NRW-SPD Hannelore Kraft nicht von reinem Machtstreben getrieben zu sein oder aber sie hat von ihren Parteikolleginnen Andrea Ypsilanti und Heide Simonis gelernt. Denn Kraft will sich nicht wie Ypsilanti mit Stimmen der „Linken“ in das Amt der Ministerpräsidentin hieven lassen. Auch geht sie noch nicht den Weg, so lange im Düsseldorfer Landtag den Ministerpräsidenten wählen zu lassen, bis das Amt an sie fällt: Anders als die hessische Verfassung bietet die nordrhein-westfälische nämlich ab dem vierten Wahlgang die Option der einfachen Mehrheit.

> Bundesrat: Mehrheit wird nicht genutzt

Und da keine Partei Neuwahlen will, bleibt Jürgen Rüttgers vorerst als Ministerpräsident mit seiner schwarz-gelben Minderheitsregierung geschäftsführend im Amt. Erstaunlicherweise nutzt die schwarz-gelbe Regierung in Berlin nicht das kaum erwartete Geschenk der vorerst weiter bestehenden Bundesratsmehrheit, um zügig die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke und ihre Sparpläne durchzubringen.

Die Grünen sind trotzdem sauer auf die NRW-SPD und beschimpfen Kraft, die eine rot-grüne Minderheitsregierung ablehnt, vorsorglich als „Steigbügel für das unsoziale Sparpaket und die Atompläne der Regierung Merkel“. Gleichzeitig wollen sie mit der SPD die Studiengebühren abschaffen, ohne jedoch zu sagen, wie die daraus resultierende Finanzierungslücke von 270 Millionen Euro geschlossen werden soll. *Bel*

Neuer Tabubruch

Sarrazin warnt Deutsche vor Verdummung durch Einwanderung

Erneut hat der frühere Berliner Finanzsenator und heutige Bundesbanker Thilo Sarrazin für Aufregung gesorgt. Bei einer Veranstaltung der Unternehmerverbände Südhessen in Darmstadt sagte der SPD-Politiker: „Wie werden auf natürlichem Wege durchschnittlich dümmer.“ Das liege an der Einwanderung aus der Türkei, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika.

Eine 2005 veröffentlichte umfangreiche Studie der Erziehungswissenschaftler Elfriede Bellmann-Mahecha und Joachim Tiedemann stützt Sarrazins These. Die Forscher führten Intelligenztests bei 1700 Hannoveraner Dritt- und Viertklässlern durch. Um zu vermeiden, dass Sprachprobleme den Blick auf die tatsächliche Intelligenz der Schüler verhängt, wurden sie nur mit figuralen, nichtsprachlichen Aufgaben konfrontiert. Dabei schnitten die Kinder von Einwanderen im Durchschnitt signifikant schlechter ab als Deutsche. Die Pisa-Studie kam indes zu ähnlichen Resultaten wie die Hannoveraner Untersuchung.

> Intelligenztests belegen die These

Obwohl Unterschiede in der durchnittlichen Intelligenz ganzer Völker nachweisbar sind, führen Wissenschaftler das besonders schlechte Abschneiden bestimmter Immigratengruppen auch auf die spezifische deutsche Einwanderungspraxis zurück. Während die USA oder Australien strenge Maßstäbe an die Qualifikation von Zuwanderern legen, richtet sich die deutsche Zuwanderungspolitik vor allem nach humanitären Zielen wie „Familienzusammenführung“ oder die Aufnahme von „Armutsflüchtlingen“. Es kommen vor allem Minderqualifizierte. Laut dem Intelligenzforscher Volkmar Weiss wird Intelligenz vererbt, weshalb sich auch geringe Qualifikation häufig in der nächsten Generation fortsetzt. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Polen: Kopf an Kopf

Warschau – Lange sah es so aus, als würde der Kandidat der regierenden Bürgerplattform (PO), Bronislaw Komorowski, haushoch die polnische Präsidentenwahl gewinnen. Doch eine kurz vor der Wahl am Sonntag veröffentlichte Umfrage sieht inzwischen den Kandidaten der Partei „Recht und Gerechtigkeit" (PiS) fast gleichauf. Nach dem tragischen Tod von Komorowskis Gegenkandidaten, des damaligen polnischen Präsidenten Lech Kaczynski, im April übernahm dessen Zwillingsbruder Jaroslaw für die PiS die Kandidatur. Umfragen zufolge liegt dieser mit 36 Prozent nun nur noch zwei Punkte hinter Komorowski. Da vermutlich keiner im ersten Wahlgang die Mehrheit erreichen wird, gilt ein zweiter als wahrscheinlich. *Bel*

PAZ*: Weniger weiße Flecken*

Hamburg – Der freie Verkauf der *Preußischen Allgemeinen* an Kiosken und im Zeitungsfachhandel dehnt sich weiter aus. Nach den am 15. Mai gemeldeten vier zusätzlichen Bezirken in Norddeutschland sind seitdem folgende Grosso-Gebiete hinzugekommen: Bremerhaven, Oldenburg, Duisburg, Dortmund und Bochum sowie Hagen, Aachen und Koblenz. Nördlich der Main-Linie verbleibt als einziger weißer Fleck der Raum Hamm. Ansonsten ist die *PAZ* nun abgesehen von wenigen Teilen Bayerns und Baden-Württembergs im Prinzip überall am Kiosk erhältlich. „Im Prinzip" bedeutet, dass zwar weiterhin bei weitem nicht jeder Kiosk oder Supermarkt die Zeitung führt, dass er sie aber nun jederzeit in sein Sortiment aufnehmen könnte, weil sein Grossist als Zwischenhändler sie nun führt. Entscheidend dafür ist die Endnachfrage. An den größeren Bahnhofsbuchhandlungen müsste die *PAZ* überall zu bekommen sein. Wo das ausnahmsweise nicht der Fall sein sollte, ist der Verlag für Hinweise dankbar. *PAZ*

Die Schulden-Uhr: Investitionsstau

Zwar konnte sich der deutsche Fiskus im Mai über 1,6 Prozent höhere Steuereinnahmen als im Vormonat freuen, doch das bedeutet bestenfalls, dass die Neuverschuldung etwas geringer ausfällt, als erwartet. Fast zeitgleich hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) vermeldet, dass die Infrastruktur in diesem Land massiv verfällt. Nach einer Studie des TÜV Süd sind bis zu 40 Prozent aller deutschen Straßen stark geschädigt. Doch die klammen Kommunen bringen nur die Hälfte der benötigten Mittel auf, um marode Straßen, verfallende Gebäude und defekte Abwasserleitungen zu reparieren. *Bel*

1.718.916.845.116 €

Vorwoche: 1.716.216.873.996 €
Verschuldung pro Kopf: 21 026 €
Vorwoche: 20 993 €

(Dienstag, 15. Juni 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Nato-Beitritt ermöglichen«

Naumann: Sicherheit nur mit Russland – Beitrittsangebot würde Demokratie fördern

Als Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des Nato-Militärausschusses war Klaus Naumann von 1996 bis 1999 der ranghöchste deutsche Soldat. Am Rande der „Soltauer Gespräche" beantwortete er für die *PAZ* Fragen von Bernd G. Hierholzer zur deutschen Sicherheitspolitik.

PAZ: *Horst Köhler ist als Bundespräsident über die Frage ressourcenstrategischer Interessen bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr gestolpert. Sollten wir damit offener umgehen?*

Klaus Naumann: Der Bundespräsident a.D. hat da eine Äußerung getan, die von vielen missverstanden worden ist. Sie ist vielleicht auch missverständlich formuliert worden und vielleicht wollte man sie ja auch missverstehen. Er hat aber nichts anderes gesagt, was Helmut Schmidt schon 1972 unbestritten ausgedrückt hat, was auch in veröffentlichten Dokumenten des Verteidigungsministeriums der 90er Jahre steht und was im Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006 ausgeführt worden ist, nämlich, dass Deutschland reaktiv auch den Schutz der freien Seefahrt vertreten muss. Das hat überhaupt nichts mit Wirtschaftskriegen zu tun.

PAZ: *„Out of area"-Einsätze sind seit 1999 Bestandteil der Nato-Doktrin. Peter Struck hat uns als Verteidigungsminister auf den Weg gegeben, die Sicherheit Deutschlands werde auch am Hindukusch verteidigt. Kann man das noch so stehen lassen?*

Naumann: Wir müssen für jeden Einsatz der Streitkräfte die Zustimmung des Parlaments und damit auch die Zustimmung der Bürger dieses Landes haben. Die Streitkräfte können nur in ihren Einsatz gehen, wenn sie sicher sind, dass sie es im Namen des deutschen Volkes tun. Darüber muss diskutiert und von Fall zu Fall entschieden werden. Da gibt es keine Generalformel.

PAZ: *Herr General, sehen Sie für den Afghanistan-Einsatz denn noch wirklich in der Bevölkerung einen Rückhalt der Truppe?*

Naumann: Der Rückhalt für den Afghanistaneinsatz schwindet in der Bevölkerung. Das kann man gar nicht mehr anders darstellen und nicht beschönigen. Hier muss man fragen, ob die Politik das ihre getan hat, um zu erklären, warum sie deutsche Soldaten dort hinschickt. Herr Struck hat zwar den etwas schlichten Satz geprägt „Wir verteidigen die Sicherheit Deutschlands am Hindukusch".



General a.D. Klaus Naumann: „Sechsmonatige Wehrpflicht hat keinen Sinn." Bild: pa

Das ist aber offensichtlich nicht von allen verstanden worden. Deshalb muss man sehr deutlich begründen, ob von dort noch internationaler Terrorismus von Deutschland ferngehalten wird. Was passieren wird, wenn Afghanistan wieder in die Hände des Terrorismus fällt, und ob es von deutschem Interesse ist, den Gefahren dort zu begegnen oder zu warten bis sie zu uns kommen.

PAZ: *Die öffentlichen Kassen sind leer. Ist die Wehrpflicht noch zu halten oder sollten wir uns nicht doch Gedanken über eine Berufsarmee machen. Die stellt ja wohl kaum eine Gefahr für die Demokratie dar?*

Naumann: Nein, die Bundeswehr hat in den langen Jahren ihrer Geschichte bewiesen, dass sie fest in die Demokratie integriert ist, und deshalb braucht es nicht die Wehrpflicht als Instrument. Über diese Frage muss jetzt der Verteidigungsminister sine ira et studio neu nachdenken. Denn dass Deutschland auch in der Verteidigung sparen muss, ist unbestritten. Vergessen wir nicht: Die Wehrpflicht kann von jungen Menschen nur verlangt werden, wenn ein Sinn dahinter steht. Auch die Unterstützung der Bürger kann man nur erwarten, wenn das, was man der Jugend abverlangt und wofür man Geld ausgibt, sinnvoll ist.

PAZ: *Ist denn die sechsmonatige Wehrpflicht noch sinnvoll?*

Naumann: Ich persönlich habe schon sehr früh gesagt, dass die sechsmonatige Wehrpflicht für mich keinen Sinn mehr hätte.

PAZ: *Wo soll das denn hinführen?*

Naumann: Ich sehe das ausgehend von den Erfahrungen, die wir bei Verbündeten beobachtet haben, welche über diesen Schritt den Einstieg in den Ausstieg gewählt haben. Ich hoffe, dass man vor dem Hintergrund der sehr knappen Kassen noch einmal sehr gründlich darüber nachdenkt. Aber die Entscheidung muss politisch getroffen werden.

PAZ: *Sie haben im „Spiegel" für die Aufnahme Russlands in die Nato plädiert. Wie sehen Sie hier die Rolle Polens? Nach der Katastrophe von Smolensk ist es ja zu einer Annäherung gekommen, andererseits war Polen einer der Blockadehalter schlechthin.*

Naumann: Gerade in Polen gibt es historisch begründete Ängste. Diese sind nicht zuletzt durch das Verhalten der Regierung Putin und das eine oder andere Vorgehen des russischen Generalstabs geschürt worden. Man darf auch nicht vergessen, was für die Polen die Geor-

Köhlers Worte haben mit Wirtschaftskrieg nichts zu tun

gien-Krise ausgemacht hat. Immerhin sind dort mit russischen Panzern Gebiete eines anderen Staates besetzt und annektiert worden. Das hat Rückwirkungen in den Erinnerungen der Polen. Dennoch werden wir Sicherheit auf Dauer nur mit Russland und nicht gegen Russland erreichen können. Also müssen wir auch die Kooperation mit Russland suchen. Deswegen haben Volker Rühe und ich diesen Vorschlag gemacht. Sollten wir dieses Angebot erreichen, dass Russland endlich eine Demokratie und ein Rechtsstaat wird, dann wäre die Voraussetzung dafür gegeben, dass es Mitglied in der Nato wird. Was spräche dann noch dagegen?

PAZ: *Rechtsstaat und Demokratie in Russland? Darf man da Zweifel hegen?*

Naumann: Ich halte Ihnen die Daumen, dass Sie es in Ihrer Lebenszeit erleben. Ich vermutlich nicht.

Risiko für die Nato

Etwas dubios bleibt die inzwischen von Moskau „bestätigte" Meldung, vier russische Soldaten hätten nach dem Flugzeugabsturz von Smolensk polnischen Absturzopfern Kreditkarten gestohlen. Angeblich wurden mit vier Kreditkarten zusammen 1735 Euro illegal abgehoben. Die vier nun angeklagten Soldaten hätten den Auftrag gehabt, die Absturzstelle vor Plünderungen zu schützen, drei der vier seien vorbestraft. Fragt sich, welche Kräfte der russische Staat eingesetzt hat, um den Ort abzuschirmen, an dem ein bedeutender Teil der Elite Polens zu Tode kam.

Weit schwerer als die 1735 Euro dürfte ein anderer Verlust infolge

Brisanter Verlust bei Smolensk-Absturz

der Katastrophe vom 10. April wiegen, über den die in Büsingen erscheinenden „Vertraulichen Mitteilungen" informiert. Der Absturz berühre die Sicherheitsinteressen der gesamten Nato, denn das Hauptinteresse der Ersthelfer habe nicht etwaigen Überlebenden gegolten, sondern Teilen ihres Gepäcks. „Man suchte zielstrebig nach zwei Aktenkoffern, die der Leiter des polnischen Nationalen Sicherheitsbüros, Alexander Szczygło, mit an Bord genommen hatte." Ihr Inhalt: Informationen über geheime Codes, mit denen die Satelliten-Kommunikation zwischen den Nato-Partnern verschlüsselt wird. „Gesucht – und gefunden – wurde darüber hinaus auch das Satellitentelefon des polnischen Präsidenten." Alle drei Stücke seien bis heute verschwunden. Zwar habe die Nato nur Stunden nach dem Absturz neue Codes verwendet, doch könne Moskau nun rückwirkend für bis zu zwölf Monate die Kommunikation der Nato nachlesen. Militärs sprächen von einem „Gau" für die Nato.

Übrigens ist inzwischen der Stimmenrekorder der Unglücksmaschine ausgewertet. Hinweise auf eine Einwirkung des polnischen Präsidenten auf die Piloten gab es demnach laut Medienberichten nicht. *K.B.*

Die letzten Deutschen unter Druck

Das Hochwasser in Oberschlesien hat vielen Bauern die Existenzgrundlage genommen – Geringe Entschädigung

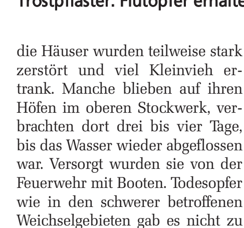
Obwohl Oberschlesien zu den betroffenen Landstrichen der diesjährigen Flutkatastrophe gehört hat, hält sich die Anteilnahme der Bundesdeutschen in Grenzen. Zwar blickt die Nation mit Bangen nach Osten und verfolgt die Berichte von Oder und Weichsel. In erster Linie aber herrschte Erleichterung darüber, dass die Welle nicht nach Brandenburg hinübergeschwappt ist. Dass die Hochburg der Deutschen auf polnischem Territorium betroffen ist, wird in bundesdeutschen Medien nicht thematisiert. Die noch etwa 350 000 Personen zählende deutsche Volksgruppe stellt hier in 25 von 71 Landkreisen den Bürgermeister.

Die Oder ist in ihrem Oberlauf im Mai über die Ufer getreten und hat Teile der Woiwodschaft Oppeln unter Wasser gesetzt. Allein in der Gemeinde Czissek (Cisek) mit 7000 Einwohnern standen 1100 Häuser unter Wasser.

Czissek ist eine ländlich geprägte Gegend mit kleinen Dörfern und vielen Bauernhöfen. Die Einwohner wurden einen Tag vor dem Hochwasser gewarnt, dass eine Flutwelle im Anrollen sei. Zwar konnten die meisten fliehen und das Großvieh mitnehmen, aber



Trostpflaster: Flutopfer erhalten nur 1500 bis maximal 5000 Euro aus Warschau. Bild: M. Schleusener



die Häuser wurden teilweise stark zerstört und viel Kleinvieh ertrank. Manche blieben auf ihren Höfen im oberen Stockwerk, verbrachten dort drei bis vier Tage, bis das Wasser wieder abgeflossen war. Versorgt wurden sie von der Feuerwehr mit Booten. Todesopfer wie in den schwerer betroffenen Weichselgebieten gab es nicht zu beklagen.

Schlimmer als die vollgelaufenen Keller, die zurückgeblieben sind, wiegt der Verlust der Ernte. Jetzt im Juni begänne die Erntesaison, aber Mais, Weizen oder Zuckerrüben sind nicht zu gebrauchen. Alles ist kontaminiert durch das Hochwasser, das Schmutz und Dreck auf die Felder getragen hat. Ein schwerer Schlag für eine ohnehin arme Region. Die Regierung zahlt den Flutopfern pauschal

Die Ernte 2010 ist verloren

6000 Zloty (etwa 1500 Euro). Wer größere Schäden erlitten hat und nachweisen kann, soll bis zu 20 000 Zloty (rund 5000 Euro) erhalten. Viel zu wenig angesichts der teilweise großen Schäden, klagen die Bauern.

Der Gedanke, dass Oberschlesien bis heute die Heimat von vielen Deutschen ist, spielt in der veröffentlichten Meinung in Deutschland keine Rolle. Ein Hochwasser „in Polen" zieht nicht mehr Aufmerksamkeit auf sich als eines in Italien oder Frankreich. Obendrein werden die Oberschlesier stiefmütterlich von Deutschland behandelt. Obwohl sie seit 2008 deutsche Ortsschilder aufstellen dürfen und in Kindergärten und Schulen seit Jahren Deutschunterricht stark nachgefragt wird, tut die deutsche Seite oft so, als wären die Oberschlesier eine Problemgruppe, die ausstirbt.

Als im September 2008 die ersten zweisprachigen Ortsschilder eingeweiht wurden, zeigte das ZDF eine Gruppe hochbetagter Männer. Das sind die letzten Oberschlesier, lautete die unterschwellige Botschaft. Doch in Wirklichkeit gibt es auch ein junges Oberschlesien mit Familien, deren Kinder in Kindergarten und Schule mit Deutsch groß werden.

Die deutschstämmigen Erwachsenen ergreifen dagegen die Chancen, die der Arbeitsmarkt in Deutschland, Österreich oder Holland bietet. Viele erhalten nur mit diesem Zuverdienst ihren Hof in der Heimat. Etwa acht Prozent aller Oppelner pendeln zwischen Oberschlesien und Arbeitsplätzen im Westen, hat der deutschstämmige Woiwodschaftsabgeordnete Richard Donitza errechnet. Das ist jeder vierte oder fünfte im arbeitsfähigen Alter. Auch die gute Autobahnanbindung Oberschlesiens macht es möglich.

Angesichts der jetzigen Flutkatastrophe steigt aber der Auswanderungsdruck. Weitere Oberschlesier könnten ganz in den Westen übersiedeln. Schon jetzt hat fast jede Familie ein Mitglied, das in Westdeutschland lebt und arbeitet. *Markus Schleusener*

Das deutsche Trauma

Von Harald Fourier

Neulich war ich in einem Zeitungsarchiv und habe alte Ausgaben der „BZ" mit Anzeigen von Supermarktketten aus dem Jahr 1990 durchgeschaut. Der Vergleich mit den Preisen für dieselben Produkte von heute zeigt: Sie sind stärker gestiegen als von den Statistikern zugegeben. Die offizielle Inflationsrate der vergangenen 20 Jahre liegt bei summiert 50 Prozent, die meiner Stichproben aber ergab über 60 Prozent. Wiener Würstchen, deutscher Gouda oder eine Tafel Sarotti-Schokolade kosten heute in Euro sogar genau so viel wie damals in D-Mark. So etwas wird gerne als Stammtischgerede abgetan, deckt sich aber mit den Erfahrungen von Millionen Deutschen.

Es gibt nichts außer Krieg und Vertreibung, was die Deutschen im vergangenen Jahrhundert stärker traumatisiert hat als die Hyperinflation von 1923. Brot und Milch kosteten plötzlich Millionen von Mark, große Teile der bürgerlichen Mittelschicht wurden auf kaltem Wege enteignet. Das haben noch vor wenigen Jahren die Großeltern ihren Enkeln erzählt, der Schock wurde also nicht einmal durch den Zweiten Weltkrieg überdeckt. Das ist insofern überraschend, als bei der Währungsreform von 1948 die Sparer genau wie 1923 wieder die Dummen waren. Doch stand die Einführung der D-Mark am Beginn eines glänzenden Aufstiegs in Friedenszeiten, der Schnitt von 1923 am Beginn von langjährigen Krisen, Nazi-Herrschaft und Krieg.

In den letzten 20 Jahren haben viele Deutschen gleich zwei Währungsumstellungen erlebt: die deutsch-deutsche Währungsunion 1990 und die Euro-Einführung 1999. Während letztere Reform von der Mehrheit der Deutschen kritisch gesehen wurde und wird, ist die Währungsunion von 1990 fast schon in Vergessenheit geraten. Als nationaler Kraftakt im Rahmen der deutschen Vereinigung ist sie zudem politisch weithin unumstritten.

Gerade jetzt geht angesichts der Euro-Krise wieder die Angst um: Was ist der Euro noch wert, wenn ich einmal in Rente gehe oder das Studium der Enkel beginnt, für das ich spare? Ökonomen beruhigen uns, mit den beiden Währungsschnitten von 1923 und 1948 sei jeweils die Rechnung für einen verlorenen Weltkrieg präsentiert worden. Die wertlos gewordenen Schuldscheine (zu denen letztlich auch das Papiergeld gehört) wurden gleichsam zerrissen; Gewinner waren die Eigentümer von Sachwerten und die Schuldner, Verlierer die Sparer und alle anderen Gläubiger.

Doch das kann nicht wirklich beruhigen. Schließlich sind im Zuge der Weltfinanzkrise schon jetzt mehr Vermögenswerte vernichtet worden als durch den gesamten Ersten Weltkrieg. Die Zahl der Experten, die den Einsturz der wankenden Schuldentürme erwarten, nimmt zu. Das deutsche Trauma lebt.

Aufbruch oder PR-Ente?

Berlins rot-roter Senat hat die Stadt zur Metropole der Wissenschaften erklärt



Medizin nach neuestem Wissensstandard: Die Berliner Charité hatte bisher genügend Strahlkraft, um internationale Koryphäen anzuwerben.

Bild: imago

Die einst blühende Industrie ist dramatisch geschrumpft, der Handel stagniert in der Krise und vom Tourismus allein kann Berlin auch nicht leben. Nun kündigt der rot-rote Senat voller Elan an, Berlin solle führender Standort der Wissenschaften werden. Die Realität macht skeptisch.

Die Zukunft Berlins gehört der Wissenschaft – so sieht es der Senat und hat ein Kuratorium ins Leben gerufen, die Metropole dieses Jahr international als „Hauptstadt für die Wissenschaft" zu vermarkten. Anlass bieten fünf große Jubiläen: Die Staatsbibliothek wird 350 Jahre alt, die Charité 300 Jahre, ebenso die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, die Humboldt-Universität bringt es auf 200 Jahre und die Max-Planck-Gesellschaft auf 100.

Der rot-rote Senat sucht neue Perspektiven jenseits von Hartz IV, will „thematische Zusammenhänge" finden, auch für „Berufe", sprich Arbeitsplätze. Preußische Wissenschaftler kommen nebenbei zu neuem Ruhm. Doch ein rigoroser Sparkurs bedroht aktuell die „Leuchttürme" des Projekts. Zudem fehlen der wirtschaftlichen Neuausrichtung die wichtigsten Partner: Unternehmen.

Was haben senkrecht startende Flugzeuge, die Cargolifter-Luftschiffe und Berlins Wissenschaftsträume gemein? Sie sind voll hochfliegender Erwartungen und zeigen: Je größer der wirtschaftliche Druck auf die Politik, desto größer die Hoffnung auf Wunder der Wissenschaft. Während die Briten einst vergeblich auf den Verkaufs-Boom ihrer Senkrechtstarter hofften und Brandenburg mit den Luftschiffen für Fracht an einer Wiederholung deutscher Zeppelin-Erfolge scheiterte, blickt jetzt das politische Berlin gebannt auf seine forschenden Institutionen. Berlin habe nicht nur Tradition, es „wird auch in Zukunft ein bedeutender und vielfältiger Wissenschaftsstandort von regionaler, nationaler wie internationaler Bedeutung sein", beschwört das Kuratorium die Pläne. Angesichts von nur noch acht Prozent Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe ist der Senat alarmiert. Die Industrie hat Berlin verloren. Und selbst der Handel verspricht angesichts rückläufiger Umsätze dieses Frühjahr ebenfalls nicht die erhofften Impulse für Beschäftigung und Aufschwung.

> Nur noch acht Prozent arbeiten in der Industrie

Die Wissenschaft soll der Ausweg sein – schließlich lebten wir in der „Wissensgesellschaft", so die Planer. Sie legen die Messlatte hoch: Rom und Babylon „waren frühe Orte machtvoller Wissensgesellschaften – Boston, San Francisco, Shanghai, London und Paris sind es heute". Berlin soll nun als „Spree-Athen" alte Strahlkraft erneuern: „Namen wie Leibniz, Friedrich der Große, Humboldt, Schinkel, Hegel, Virchow, Helmholtz, Siemens, Koch, Planck und Einstein sind mit Berlin eng verbunden. – Im Jahre 2010 wird es darauf ankommen, diese Tradition und die gestaltenden Kräfte wissenschaftlicher Erkenntnisse in allen Lebensbereichen deutlich werden zu lassen", so die glanzvolle Idee.

In der sehr viel nüchterneren Wirklichkeit verzeichnet Berlin beim Anlocken von Forschung bestenfalls Teilerfolge. Beim großen Pharmakonzern Schering gingen seit der Übernahme durch Bayer 2006 rund 950 Berliner Arbeitsplätze verloren. Gut 4500 Menschen arbeiten noch für den Konzern an der Spree, 2000 davon im weiteren Sinn forschend. Bayer-Pläne, die Krebsforschung in Berlin anzusiedeln, brachten im Ausgleich nur einzelne Stellen zurück – Medien zufolge ganze fünf.

Doch das Unternehmen will mit einem neuen „Pharma-Campus" als Investor ein „klares Bekenntnis zu Berlin und seinem Potenzial" abgeben, so Ulrich Köstlin, Mitglied des Vorstands der Bayer Schering Pharma AG. Ob dort weitere Firmen und die erhofften „Synergie-Effekte" einziehen, ist offen.

An der Charité, dem Jubilar, wird derweil weiter gespart. Charité-Vorstandschef Karl Max Einhäupl sagt zu den Kürzungen, es könnten nun keine neuen Professoren berufen und Gelder aus der Wirtschaft nicht mehr wie bisher eingeworben werden, Leistungsträger verließen gar das Haus. Dass der Senat den Zuschuss für die Prestigeeinrichtung um 13 Millionen Euro senkt, schadet dem Konzept. Da hilft die jetzt an Journalisten versandte Hochglanzbroschüre „Berlin – Hauptstadt für die Wissenschaft" wenig. Deren Tenor: „Die Berliner Wissenschafts-Community genießt einen exzellenten Ruf – ein Grund dafür ist ihre vielfache und dichte Vernetzung."

Das greift zu kurz. Denn das Kuratorium bietet unter dem großspurigen Motto nur einen kalendarischen Überblick über ohnehin geplante, allgemeinwissenschaftliche Vortragsreihen. So werden beispielsweise „Pforzheim schmückt Berlin", eine Schmuckpräsentation am 13. Juni, oder der Vortrag „Körperbilder, Konzepte und Repräsentationen von Geschlecht" am 15. Juni in der Freien Universität angepriesen. Die Stadt empfiehlt sich über die Jubilare zudem recht museal, mit institutionell anmutender Arbeit in willkürlicher Zusammenstellung – wie einem Vortrag über „häusliches Leben in einer multi-ethnischen Stadt" am 2. Juli. Als „Höhepunkte" preisen die Macher die „Wissenstage Südwest", die „Lange Nacht der Wissenschaften" und die Ausstellung „Weltwissen" an.

Firmen der Realwirtschaft weist die Broschüre kaum auf. Der Humboldt-Universität fehlen währenddessen dieses Jahr fünf Millionen Euro, so der scheidende Präsident Christoph Markschies. Er wird im Herbst ersetzt durch Jan-Hendrik Olbertz, der prompt mehr „Elitenförderung" ankündigte. Richtige Ideen drohen so auch dort wegen mangelhafter Schwerpunktsetzung zu verebben. *Sverre Gutschmidt*

Ankaras langer Arm

CDU kritisiert türkischen Einflussversuch – Mutlu unter Beschuss

Die Berliner CDU wirft dem Grünen-Parlamentarier Özcan Mutlu zweifelhaften Lobbyismus vor: „Besonders ärgerlich im vorliegenden Fall ist das offensichtliche Beziehungsgeflecht zwischen Herrn Mutlu und dem türkischen Kulturattaché", heißt es in einer CDU-Erklärung. „Die CDU-Fraktion verwehrt sich gegen den Versuch der türkischen Behörden, Einfluss auf die Zusammensetzung der Delegation eines deutschen Parlaments zu nehmen."

Hintergrund des Zerwürfnisses war eine für Juni geplante Türkeireise des Kulturausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses. Dessen Vorsitzende ist die 53-jährige Grüne Alice Ströver. Ein von der deutschen Botschaft erstelltes Reiseprogramm erschien ihr als zu „touristisch".

Als Helfer in der Not trat nun Parteifreund Mutlu auf. Er „organisierte" unter Mithilfe des Kulturattachés der türkischen Botschaft in Berlin durch zusätzliche Termine eine Aufwertung des Programms. Michael Braun, Vizefraktionsvorsitzender der CDU, sagte jedoch, Mutlu könne selber aber nicht an der Reise teilnehmen, weil er gar nicht Mitglied des Ausschusses sei. Der wiederum wies das als „Unverschämtheit" zurück.

> Attaché wollte Delegationsteilnehmer mitbestimmen

Die Sorge der Berliner CDU vor fremder Einflussnahme ist wohl begründet. Seit Jahren schon lädt die türkische Regierung europäische Parlamentarier mit türkischem Hintergrund zu Veranstaltungen ein. Dort agitiert bisweilen auch der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan: Länder, die gegen die doppelte Staatsbürgerschaft seien, verstießen gegen Grundrechte. Ein anderer türkischer Regierungsvertreter empfahl bei einer der Veranstaltungen: „Wir müssen die europäische Kultur mit der türkischen impfen." Und der damalige Außenminister und heutige Staatspräsident Abdullah Gül sagte bei einem früheren Treffen: „In einer Zeit, in der die Öffentlichkeit einiger europäischer Länder der EU-Mitgliedschaft der Türkei negativ gegenübersteht, ist ein Treffen zwischen türkischstämmigen Politikern in Europa und dem Außenminister nützlich."

Wegen der Nichtteilnahme Mutlus zog nun der türkische Kulturattaché seine Unterstützung zurück. Frau Ströver scheint die Reiselust verloren zu haben – sie sei krank. Michael Braun und die Seinen werden auch nicht reisen. Einzig eine „einsame" SPD-Abgeordnete könnte nun die Berliner Landesfarben bei dem Besuch hochhalten. *Theo Maass*

Der getrübte Blick

Gewalt von links eskaliert – doch viele Medien ignorieren dies

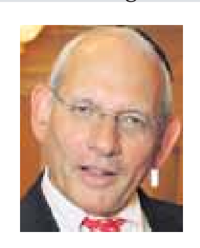
Der „Kampf gegen Rechts" führt zu immer fragwürdigeren Erscheinungen. Daran hat auch die Polizeistatistik nichts geändert. Der zufolge lag im vergangenen Jahr die Zahl der von Körperverletzungen, die Linksextremen zugeordnet werden, erstmals über jener von mutmaßlichen Rechtsextremisten. Insgesamt stieg die Zahl linker Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent. Dennoch ernten rechtsextreme Übergriffe ein nach wie vor sehr viel intensiveres Medienecho als linke Attacken.

Jüngstes Beispiel sind zwei Gewaltübergriffe am vergangenen Pfingstwochenende, die in der Presse eine völlig unterschiedliche Beachtung fanden. So war im Bezirk Weißensee ein 20-jähriger Mann in der Straßenbahn von Linksautonomen attackiert worden, weil er eine Gürteltasche der Modemarke „Thor Steinar" trug: Einer Marke, die „bei Rechtsextremisten beliebt ist", wie der Polizeibericht zu erklären versucht. Denn es ist nicht das erste Mal, dass „Thor Steinar"-Träger von Linksradikalen körperlich angegriffen wurden. Diesmal waren der junge Mann und seine drei Begleiter als „Scheißfaschisten" beschimpft und aus der Straßenbahn gezerrt worden. Von der linksautonomen Gruppe wurden sie mit Füßen getreten, mit Faustschlägen im Gesicht malträtiert sowie mit Flaschen und Steinen beworfen, so dass einige von ihnen anschließend ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten. So brutal dieser Übergriff war, so irrelevant schien er für die tonangebenden Zeitungen in der Hauptstadt, die den Vorfall vollkommen ignorierten.

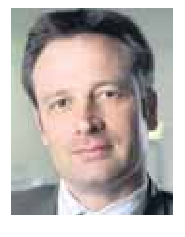
> Einem zweifelhaften »Nazi-Opfer« wird ungeprüft geglaubt

Ganz anders gerierten sie sich bei einer fast zeitgleichen Polizeimeldung aus dem Nachbarbezirk Prenzlauer Berg, wo ein „rassistischer Überfall" („Berliner Zeitung") beziehungsweise „fremdenfeindlicher Übergriff" („Berliner Morgenpost") auf einen Tunesier stattgefunden habe. Dabei gibt es – im Unterschied zur anderen Gewalttat – außer dem Tunesier selbst keine Zeugen. Auch lässt dessen Darstellung, dass er von einer zehn Personen starken Gruppe verfolgt wurde, die er anschließend allein in die Flucht geschlagen haben will, etliche Fragen offen. Trotz einigen Skandalen um bekanntermaßen erfundene rechtsextreme Übergriffe in Sebnitz, Potsdam, Mittweida, Magdeburg oder Mügeln lassen sich etliche Medien von derlei Ungereimtheiten nicht von ihrer Linie abbringen. *Peter Westphal*

Zeitzeugen

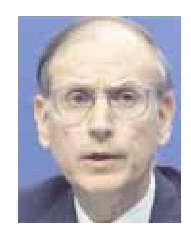


Israel Singer – Der 1943 geborene Politologe und damalige Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses erregte Anfang 2007 Stirnrunzeln in Warschau und Prag mit seinem Hinweis: „Man fragt nicht nach der Religion einer Person, nicht nach ihrer Rasse, nicht nach ihrer Weltanschauung: Man gibt das Geraubte ganz einfach zurück.“ Ausdrücklich erklärte er sich solidarisch mit Rückgabewünschen nichtjüdischer Polen. Die „NZZ“ schrieb darüber am 2. März 2007: „Singers kluge Worte werden auch die deutschen Vertriebenen – Ostpreußen, Schlesier, Sudetendeutsche – aufhorchen lassen.“ Viele jüdische Gruppen hätten „nicht das Geringste gegen die Forderungen der Vertriebenen-Verbände einzuwenden: Sie wissen nur zu gut, was es heißt, Opfer eines Kollektivschuld-Denkens zu werden.“



Markus Spillmann – „Spillmann ist die personifizierte ‚NZZ‘: Jemand, der unaufgeregt daherkommt, nicht jede Mode mitmacht – aber den Nagel auf den Kopf trifft“, stellte die linke „taz“ 2006 den damals neuen Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“ anerkennend vor. Im letzten Jahr reformierte der 1967 Geborene erstmals seit 1946 das Layout der Zeitung, wobei das 230 Jahre alte Blatt noch immer mehr Wert auf Inhalte als auf Optik legt.

Eliska F. – Die Prager Holocaust-Überlebende kämpfte jahrelang um die Rückgabe des Eigentums ihres ermordeten Vaters im mährischen Iglau. Ihr Antrag wurde von sämtlichen tschechischen Behörden und Gerichten abgewiesen – teils unter offenem Bruch bindender Regeln des Völkerrechts. Der UN-Menschenrechtsausschuss gab ihr schließlich Recht und verlangte schnelle Abhilfe. Die tschechische Regierung missachtete das Votum – und kam dennoch in die EU.



Stuart Eizenstat – Der Jurist hat bereits unter mehreren US-Präsidenten (Carter, Bush senior, Clinton) als Staatssekretär Eigentums- und Entschädigungsfragen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit bearbeitet. Er forschte nach vom NS-Regime enteignetem jüdischen Gold in der Schweiz, war Sondergesandter für die Rückgabe von Vermögen in Mittel- und Osteuropa und handelte die Entschädigung für Zwangsarbeiter mit aus.

Klartext aus Zürich

Nach Vertreibungs-Film: Die »NZZ« fragt nach dem Eigentum der Ermordeten

Das einzigartige Filmdokument über die Erschießung von 42 meist deutschen Zivilisten in Prag am 10. Mai 1945 zieht Kreise. Ein Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ („NZZ“) vom 10. Juni hebt die Diskussion auf eine neue Ebene.

Sehr gedämpft fiel zunächst die Reaktion auf die sensationelle Sendung „Töten auf tschechische Art“ aus, die das tschechische Fernsehen am 6. Mai zur besten Sendezeit ausstrahlte. Bis zu zwei Millionen Deutsche kamen zwischen Ende 1944 und etwa 1948 bei Flucht, Vertreibung und Verschleppung ums Leben. Nun waren erstmals Filmaufnahmen des politisch und juristisch unbewältigten Massenmordes aufgetaucht und vor einem Millionenpublikum gezeigt worden – und niemand sprach davon. Auch nicht die Tschechen selbst: Bei der Parlamentswahl 14 Tage später spielte das Thema „Sudetendeutsche“ anders als in früheren Jahren keine nennenswerte Rolle.

Immerhin berichtete der „Spiegel“ mit ein paar Wochen Verzögerung über die Sensation, und das ZDF ließ verlauten, es wolle den Film in Übersetzung zeigen.

Weit klarer und intensiver hat sich nun die „Neue Zürcher Zeitung“, eine der angesehensten Tageszeitungen der Welt, des sperrigen Themas angenommen. Unter der Überschrift „Der Krieg nach dem Krieg – Mord an den Sudetendeutschen – noch immer weigern sich die Tschechen, Verantwortung zu übernehmen“, berichtet das Blatt über die damaligen Ereignisse und den heutigen Umgang mit ihnen.

»Unzählige Tschechen schlafen in Betten der ermordeten Juden«

Unter den 42 Ermordeten seien höchstwahrscheinlich auch Schweden gewesen, berichtet die „NZZ“ (ohne Quellenangabe) und erklärt: „Man unterschied nicht zwischen Naziopfern und Nazitätern. So mussten beispielsweise des Tschechischen nicht mächtige Holocaust-Überlebende ebenso wie Deutsche eine weiße Binde tragen, die sie als Feinde auswies.“

Autor Stephan Templ bedauert das Verhalten der Völkergemeinschaft in dieser Sache: „Es gibt keinen internationalen Druck auf Tschechien, die Greueltaten von damals zu klären. Im Gegenteil: Man gab bei den Verhandlungen zum Lissabonner Vertrag Präsident Klaus nach und strich einen Paragraphen, der Eigentumsklagen gegen den tschechischen Staat ermöglicht hätte.“ Templ führt aus, wie im Gebiet der heutigen Tschechischen Republik nacheinander von den deutschen Besatzern die Juden, „unter der Regie der Tschechen die deutschsprachigen Bewohner“ und dann 1948 die tschechische Bourgeoisie enteignet worden seien. „Was 1968 noch übrig war und was die politischen Emigranten hinterließen, fiel den Günstlingen des Regimes zu.“

Dann zieht die „NZZ“ ein Resümee, das die Eigentumsfrage als eine offene Frage der Politik des Jahres 2010 charakterisiert: „Unzählige Tschechen schlafen noch heute in den Betten der ermordeten Juden, unzählige ausländische Botschaften befinden sich in einst ‚arisierten‘, aber nie restituierten Villen, die der Staat als keineswegs gutgläubiger Erwerber vermietet. Der verbreitete tschechische Komplex, alles befinde sich in fremder Hand und Tschechen seien nur Gäste im eigenen Land, verstellt den Blick auf das eigene Handeln, auf das eigene Geschichtsbild. Nur so ist es erklärbar, dass eine Pilsener Fabrik nach der Wende an die tschechischen Enteigner restituiert wurde und nicht an die in Australien lebenden Nachkommen des ermordeten jüdischen Besitzers.“

Das Schweizer Blatt wendet dann den Blick wieder dem Ort des Massakers vom 10. Mai 1945 zu. Der sehe „noch so aus wie bei Kriegsende. Die große ungemähte Wiese direkt an der Ausfallstraße zum internationalen Flughafen fällt auf – denn Bauland ist hier rar und sehr gefragt. Mit gutem Grund begann man hier nicht zu graben.“

Konrad Badenheuer



Offener Terror in Prag, 20. Juli 1945: Diese Deutschen wurden ausgerechnet am Jahrestag des Stauffenberg-Attentats im Gesicht und auf der Kleidung mit Hakenkreuzen beschmiert. Deutsche Nazigegner waren in der Logik Beneschs nicht vorgesehen. Bild: pa

Unerledigte Aufforderung aus Straßburg

Nicht nur an die Problematik des deutschen Eigentums in Ostmitteleuropa wagt sich seit Jahren keine deutsche Bundesregierung mehr heran, auch jüdisches Alteigentum wurde und wird nur entschädigt, soweit es im Gebiet der heutigen Bundesrepublik liegt. Die Frage nach der Rückgabe jüdischer Immobilien im Osten (wie etwa das Geburtshaus von Papst Johannes Paul II.) auch nur zu insinuieren, ist im politischen Berlin – aus welchen Gründen auch immer – ein rigoroses Tabu (siehe Seite 8).

Doch nicht nur Medien wie die „Neue Zürcher“ kümmern sich um solche bundesdeutschen Eigenheiten. Auch das Europäische Parlament hat sich bereits in seiner Resolution vom 14. Dezember 1995 mit den offenen Eigentumsfragen befasst und die Reformstaaten im Osten zur Wiedergutmachung aufgefordert. Primär ging es um den Besitz jüdischer Kultusgemeinden, doch die Resolution wurde dann ausgeweitet auf jüdisches Privateigentum sowie weitere Enteignungen der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Enteignungen sind nicht ganz trennbar

Tatsächlich sind die unterschiedlichen Enteignungen nicht völlig voneinander zu trennen. So mancher Deutsche, der weder in der Selbstwahrnehmung jüdisch war noch den jüdischen Gemeinden als jüdisch galt, wurde von den Nazis als „Halbjude“ enteignet. Umgekehrt wurden insbesondere in der Tschechoslowakei noch nach Kriegsende etlichen jüdischen Holocaust-Überlebenden als „Deutsche“ die Eigentumsrückgabe verweigert. Und der „Preußische Treuhand“, die in deutschen Medien und auch von Politikern oft gedankenlos und geradezu selbstverständlich geschmäht wird, hat im Kreise ihrer Musterkläger auch jüdische Enteignungsopfer. *K. B.*

Fairness aus Tradition

Die »NZZ« schrieb schon 1919 offen über tschechisches Unrecht

Die „Neue Zürcher Zeitung“ blickt auf eine 230-jährige Tradition zurück und gilt weltweit als Maßstab für journalistische Exaktheit. Die außergewöhnliche Unabhängigkeit und Qualität des Blattes hängt mit ihrer Eigentümerstruktur zusammen: Der NZZ-Verlag gehört 1400 Aktionären, von denen keiner mehr als ein Prozent der Aktien besitzen darf. Aktionäre müssen der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz angehören oder ihr nahestehen, wobei die Parteinähe die Objektivität des Blattes jedenfalls in seiner Auslandsberichterstattung nie berührt hat.

Von einzelnen Ausnahmen (etwa in Berichten über die „Deutsch-Tschechische Erklärung“ von 1997) abgesehen ist die „NZZ“ mit dem in der Bundesrepublik Deutschland so hoffnungslos „politisch deformierten“ Thema der Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg fast immer objektiv umgegangen. Das hohe Alter der „NZZ“ lässt sogar eine noch weit vor das Jahr 1945 zurückreichende Tradition dieser Fairness erkennen. So schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“ am 7. März 1919 über die Massaker an Sudetendeutschen in den Vortagen ebenso objektiv wie engagiert:

„Die Ereignisse in Deutschböhmen und die Akte der tschechischen Brutalität gegen die deutschböhmischen Demonstranten erregen die größte Erbitterung.

Nachdem schon vorgestern in Karlsbad, Reichenberg, Eger, Aussig, Sternberg, Brüx, Mies und

»Deutschböhmen mit terroristischen Mitteln unterdrückt«

Neutitschein das tschechoslowakische Militär mit Salvenfeuer und Bajonetten gegen die deutsche Bevölkerung gewütet hatte, die sich am Tag des Zusammentritts der deutschösterreichischen Nationalversammlung zu durchaus friedlichen Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Böhmen zusammengefunden hatten, haben gestern tschechoslowakische Soldaten in Kaaden und Karlsbad neuerdings Grausamkeiten gegen Deutsche verübt ...

Es ist zweifellos, dass die tschechische Regierung beabsichtigt, die Betätigung ihrer Gewalt und Schreckensherrschaft auf das äußerste zu treiben und vor der Anwendung schlimmster Gewaltmittel nicht zurückschreckt.

Die Wirkung dieser unbeschreiblichen Gewalttaten kann selbstverständlich nur die sein, dass sich das Verhältnis zwischen Deutschböhmen und der tschechischen Regierung unversöhnlich gestaltet und dass seit den Schießereien jede Möglichkeit einer Verständigung ausgeschlossen scheint. Die Erbitterung in Deutschböhmen hat nicht nur die bürgerliche Bevölkerung, sondern auch alle sozialdemokratischen Arbeiterkreise ergriffen und wird nach diesem Blutvergießen nicht mehr schwinden.

Es ist ausgeschlossen, dass Deutschböhmen sich nunmehr unter das tschechische Joch fügen wird, und die tschechische Regierung irrt, wenn sie glaubt, den Widerstand der dreieinhalb Millionen Deutschböhmen mit terroristischen Mitteln unterdrücken zu können.“ *PAZ*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Weiteres Gewürge absehbar

Die Lage der Bundesregierung ist desolat, dennoch ist nicht mit dem vorzeitigen Aus zu rechnen

Weiter sinken kann die Bundesregierung kaum mehr im öffentlichen Ansehen. 37 Prozent geben die Demoskopen den beiden Regierungsparteien momentan noch – zusammen, wohlgemerkt. Eine große Zeitung schrieb sarkastisch, die Strategen von CDU, CSU und FDP hätten den Überblick über ihre vielen Konflikte verloren. Dennoch ist ein Weiterwursteln wahrscheinlich.

Die Aufzählung der Konfliktfelder zwischen CDU, CSU und FDP liest sich wie eine Liste der politischen Themen überhaupt: Krankenversicherung und AKW-Laufzeiten, Steuererhöhungen für Gutverdienende und Umsetzung des Sparpakets, Opel-Hilfe, Wehrpflicht und Wahl des neuen Bundespräsidenten. Die Fronten sind oft unübersichtlich, ja geradezu wirr: Bei der Gesundheitsprämie liegen CSU und FDP im Clinch, das ist klar. Aber schon bei der Frage der Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken geht der Riss mitten durch die CDU, auch die eben erst vereinbarte neue „Brennelemente-Steuer“ versteht Fraktionschef Volker Kauder anders als sein CDU-Parteifreund, Finanzminister Wolfgang Schäuble. Über den Umgang mit der FDP streiten CSU-Minister in Bayern und CSU-Landesgruppe in Berlin wie die Kesselflicker, und innerhalb der FDP wiederum fliegen die Fetzen bei den Themen Bundespräsidentenwahl und auch bei der Frage, ob man in Düsseldorf mit der SPD über eine Koalition verhandeln solle oder nicht.

Manchmal bleibt unklar, wo die raffinierte Unverbindlichkeit der Kanzlerin einen handfesten Konflikt überdeckt, wo es sich nur um die in der Politik üblichen Positionsunterschiede handelt und wo eventuell sogar Einigkeit besteht und nur dem Publikum ein Spiel mit verteilten Rollen geboten wird, damit jede Lobby das zu hören bekommt, was sie eben gerne aus Politikermund hört.

Beispiele dafür sind die Themen Opel-Rettung und Wehrpflicht: Selbst professionelle Beobachter der Berliner Szene waren uneinig darüber, ob der offenkundige Gegensatz zwischen Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) und der Kanzlerin in Sachen Staatshilfen für Opel ein handfester Krach war, der die Koalition für ein paar Stunden an den Rand des Nervenzusammenbruchs gebracht hat, oder ob Brüderle in der Pose des musterhaften Marktwirtschaftlers und mit entschlossener Geste nur solche Bundeshilfen für Opel verweigerte, die auch die Bundeskanzlerin zu keinem Zeitpunkt hätte gewähren wollen.

Ähnliche Fragen haben die schnellen Volten von Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg in Sachen Wehrpflicht, Bundeswehrverkleinerung und Kundus-Untersuchungsausschuss aufgeworfen. Am Ende blieb ein Interpretationsstreit, ob nun eher zu Guttenberg die Kanzlerin unter Druck gesetzt habe oder umgekehrt oder ob er eine beim Versuch, den anderen auszutricksen, nur sich selbst ein Bein gestellt habe.

> 92 Prozent der Entscheider sind enttäuscht

Was übrig bleibt, ist der unübersehbare Befund, dass sehr grundlegende Probleme des Landes nicht angepackt, geschweige denn gelöst werden. Eliten und Volk wenden sich angewidert ab. In einer Umfrage unter 533 hochrangigen Führungskräften aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik äußerten sich zuletzt 92 Prozent unzufrieden mit der Regierung. Auch das Ansehen der Kanzlerin hat demzufolge tiefe Kratzer bekommen. Die Institute Forsa und Infratest wiederum ermittelten in der „Sonntagsfrage“ zuletzt Zustimmungswerte für Union und FDP von 32 und fünf beziehungsweise 31 und sechs Prozent.

Allerdings sind diese insbesondere für die FDP katastrophalen Zahlen zugleich ein starkes Argument dafür, dass es in Berlin nicht zum Äußersten kommen dürfte: Neuwahlen würden SPD und Grünen nützen, Union und FDP hingegen schaden. Da aber die parlamentarische Minderheit vorgezogene Neuwahlen nicht erzwingen kann, wird es sie nicht geben. Am wahrscheinlichsten ist aus heutiger Sicht darum ein von Querelen begleitetes „Weiter so“ ohne Impulse und Visionen.

Ein Hinweis dafür sind auch die Worte von CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe, „die Koalition fliegt nicht auseinander, sie steht zu dem gemeinsam Verabredeten“. Das gibt einen Vorgeschmack auf das zu erwartende Gewürge bis 2013, schließlich stehen im Koalitionsvertrag vom Herbst 2009 kaum konkrete Projekte, sondern lauter Formelkompromisse und Prüfaufträge. Eine wirkliche Reformvision hatte die schwarz-gelbe Koalition schon zu diesem Zeitpunkt nicht. Dies hängt mit der Erfahrung Merkels und der CDU bei den Wahlen des Jahres 2002 und 2005 zusammen, deren eindeutige Lektion ja tatsächlich lautete: Mutige Reformen, so notwendig sie auch sein mögen, sind unbeliebt und im Grunde nicht mehrheitsfähig. Die Umsetzung der wenigen konkreten Vorhaben wird nunmehr zusätzlich durch den sich abzeichnenden Verlust der Bundesratsmehrheit erschwert.

Es ist nicht erkennbar, wie Bundeskanzlerin Merkel den im Herbst 2009 verpassten Aufbruch unter den gegebenen Umständen, in der die finanziellen Spielräume so eng sind wie schon lange nicht mehr, noch nachholen könnte. Auch ein Wahlerfolg Christian Wulffs in der Bundesversammlung am 30. Juni dürfte daran nichts ändern. *Konrad Badenheuer*



Heitere Mienen in ernster Lage: Selbst wenn Christian Wulff die Wahl zum Bundespräsidenten gewinnt, wäre der im Herbst 2009 verpasste Aufbruch nicht mehr nachzuholen. Links CDU-General Hermann Gröhe. Bild: action press

MELDUNGEN

Zurückhaltung bei Investoren

Berlin – Während die aktuellen Wirtschaftsdaten eine Erholung nach der Krise belegen, scheinen Analysten und institutionelle Anleger der Meinung zu sein, dass diese positive Entwicklung schon bald wieder vorbei sein dürfte. So sind die Konjunkturerwartungen für den Euro-Raum der Finanzmarktbranche laut Umfrage des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) bei 279 Finanzexperten überraschend negativ. Die Schuldenkrise der Länder auch über den Euro-Raum hinaus führe zu Unsicherheiten bei Investoren, so dass diese sich zumindest die nächsten sechs Monate abwartend verhalten würden. ZEW-Präsident Wolfgang Franz rät daher der Politik, notwendige Sparmaßnahmen zwar jetzt zu beschließen, sie aber erst ab 2011 umzusetzen, damit Wirtschaft und Investoren sich darauf einstellen könnten. *Bel*

Hartz-IV-Satz auf Null gekürzt

Berlin – Wegen Meldungsversäumnissen, Weigerung zumutbarer Arbeit und Pflichtverletzung waren 2009 126946 der insgesamt 4,9 Millionen erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfänger von einer Leistungskürzung auf null Euro betroffen. Zwei Jahre zuvor bezifferte das Ministerium für Arbeit und Soziales die Gesamtzahl der Hilfebedürftigen noch mit 5,1 Millionen, unter denen 130812 eine Leistungskürzung auf null Euro erlitten. Im darauffolgenden Jahr war dieser Anteil bei einer Gesamtzahl von 4,8 Millionen Arbeitssuchenden und 131443 entsprechend Sanktionierten um einen Prozentpunkt gewachsen. Laut Bundesregierung seien 2009 26896 Sanktionsentscheidungen im Widerspruchsverfahren zurückgenommen worden, vor Gericht wurde im selben Jahr in 3535 Fällen erfolgreich geklagt. *Bel*

FDP will sozialer werden

Die FDP sucht nach Möglichkeiten, um in der Öffentlichkeit nicht mehr nur als (erfolglose) Steuersenkungspartei wahrgenommen zu werden. Daher haben Gesundheitsminister Philipp Rösler, Fraktionschefin Birgit Homburger, Generalsekretär Christian Lindner und Sozialexperte Daniel Bahr Vorschläge erarbeitet, wie die Liberalen sozialer werden könnten. Um zu beweisen, dass die überwiegend eher jüngeren Mitglieder der Parteiführung keine Palastrevolte planen, wurde ihr Vorhaben von FDP-Chef Guido Westerwelle offiziell angekündigt. Auch wurde bekannt, dass Experten um den FDP-Haushälter Otto Fricke bereits an verschiedenen Modellen für moderate Steuererhöhungen arbeiten. So wird überlegt, Kapitalerträge aus Sparbriefen, Rentenfonds und Aktien statt mit 25 Prozent, künftig mit 30 Prozent zu versteuern, was dem Fiskus etwa zwei Milliarden Euro pro Jahr brächte.

Die SPD nahm die Planspiele der FDP offiziell wohlwollend zur Kenntnis, fordert jedoch zugleich die Zustimmung der Liberalen zur Vermögensteuer. „Andernfalls ist und bleibt die FDP eine Klientelpartei der Besserverdienenden“, so der SPD-Linke Carsten Sieling, der als ersten Schritt die Rücknahme der Steuersenkungen bei Hoteliers verlangt. *Bel*

Intrige gegen Mixa

Wie der falsche Missbrauchsvorwurf aufkam

Der Verdacht, dass die Missbrauchsvorwürfe gegen katholische Würdenträger als Munition gegen die katholische Kirche und für innerkirchliche Machtkämpfe missbraucht werden, hat neue Nahrung erhalten. Über den Fall des unter dem Druck der Anklagen emeritierten Augsburger Bischofs Walter Mixa sind in den vergangenen Tagen Einzelheiten ans Licht befördert worden, die auf eine bodenlose Intrige gegen den Geistlichen schließen lassen.

Mixa wurde auf dem Höhepunkt der Kampagne vorgeworfen, in seiner Zeit als Bischof von Eichstätt (1996–2005) einen damals 16-jährigen Jugendlichen sexuell missbraucht zu haben. Nach Informationen der „Welt am Sonntag“ waren zwei potenzielle Nachfolger von Mixa mit dieser „Information“ am 3. Mai an den Münchener Generalstaatsanwalt Christoph Strötz herangetreten: der Augsburger Weihbischof Anton Losinger und Generalvikar Karlheinz Knebel, begleitet von der Pastoralreferentin und Trauma-Therapeutin Maria F.

Sie erstatteten Anzeige gegen Mixa und legten als Beweis eine Aktennotiz vor, deren einzig konkreter Teil aus der Überschrift bestand: „Missbrauchsverdacht gegen Bischof Mixa“. Der Verdacht stammt von einer Mitarbeiterin des Bistums Eichstätt, die wiederum bloß ein Gerücht gehört hatte.

> Das »Opfer« erfuhr es aus den Medien

Laut „Welt am Sonntag“ haben daraufhin der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, der Münchener Erzbischof Reinhard Marx und Weihbischof Losinger den Papst persönlich bedrängt, Mixa zu entlassen. Zudem veranstaltete demnach das Sekretariat der Bischofskonferenz ein „Hintergrundgespräch“ mit einigen Journalisten in München, um sie auf den „neuesten Stand der Entwicklung im Fall Mixa“ zu bringen. Die Journalisten sollten aber nicht verbreiten, dass sie ihre Informationen von der Kirche hätten.

Danach erfuhr das heute 26-jährige „Opfer“ aus dem Medien erstmals von dem Vorwurf und stellte umgehend klar, dass es sich um Lügen handele; die Ermittlungen wurden eingestellt. Mixa fordert nun eine lückenlose Aufklärung der Intrige und will sich im Juli mit dem Papst treffen. *H.H.*

Läuft der Euro Amok?

Studienzentrum Weikersheim zeigt Alternativen für Deutschland auf

Der Geist des Ortes und das freie Wort versprechen Erquickung, wenn das christlich-konservative Studienzentrum Weikersheim zum Jahreskongress lädt. Dem folgten nun wieder knapp 150 Interessierte ins Kloster Schöntal. Die ehemalige Zisterzienserabtei im Jagsttal atmet den Geist des alten Europas nicht minder als Schloss Weikersheim. Dort war schon am Vorabend Jung-Weikersheim zu einem Seminarabend zusammengekommen. Stefan Winckler würdigte Gerhard Löwenthal als herausragenden ZDF-Journalisten, dessen unbestechlich-unabhängige Analysen Feindschaft sowohl von Linken als auch von Rechtsextremisten auf sich gezogen hätten. Die Lücke, die das von ihm jahrelang geleitete ZDF-Magazin hinterlassen habe, klaffe noch immer.

Am Sonntag lenkte zunächst der Historiker Alexander Demandt getreu dem Weikersheimer Wahlspruch „Keine Gegenwart und Zukunft ohne Herkunft“ den Blick zurück, um heute wirksame Visionen und Illusionen als solche zu identifizieren. Die Geschichte mahne gegenüber dem Glauben zur Vorsicht, die gegenwärtige staatliche Ordnung sei ewig. Demandt kritisierte den Fortschrittsglauben unserer Tage. Das Zeitalter der Hochkulturen sei in der Menschheitsgeschichte bislang nur eine Episode. Der Systemfehler des Kapitalismus sei die Verschwendung und der Zwang zum ewigen Wachstum. Georg Friedrich Kempter knüpfte an diese Perspektive an und führte durch die bewegte Geschichte des Klosters Schöntal, die sich als Abbild europäischer Geistesgeschichte seit dem Mittelalter lesen lässt. Vergangenheit und Zukunft hingen zusammen wie Wurzel und Stamm. Weikersheim wolle geistige Vorbereitung für den Umbruch leisten, betonte der Denkmalpfleger.

> »Keine Gegenwart und Zukunft ohne Herkunft«

Dietrich Murswiek, Staatsrechtslehrer an der Universität Freiburg, von dem berichtet wird, er habe 1970 beim Treffen des DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph mit Bundeskanzler Willy Brandt die DDR-Flagge vom Mast entfernt, wandte sich gegen Tendenzen, wonach als Euroskeptiker und Antieuropäer abqualifiziert wird, wer den europäischen Zentralismus kritisiere. Das von Murswiek als Vertreter Peter Gauweilers maßgeblich erstrittene Lissabonurteil des Bundesverfassungsgerichts sei ein Meilenstein. Es bremse die Tendenz zu gleich einem Ölteppich sich ausbreitenden EU-Kompetenzen. Zwar dürfe die Bundesrepublik in einem europäischen Bundesstaat aufgehen; diese Entscheidung sei nun aber der Routine der Politik entzogen und bedürfe einer Entscheidung des deutschen Volkes, das allein Subjekt der demokratischen Legitimation bleibe.

Der Währungswissenschaftler Wilhelm Hankel warnte, der Euro liege auf dem Sterbebett, auch von dort aus könne er aber noch einen Amoklauf starten. Die Erfüllung nationaler Aufgaben sei wichtiger als der Erhalt der Gemeinschaftswährung. Die aktuellen Rettungsmaßnahmen aus Steuermitteln kämen nur den Banken als Gläubigern der Schuldenstaaten zugute. Sparguthaben wären schon über die Einlagensicherung geschützt. Deutschland solle aus der Eurozone austreten.

Es wäre dem Studienzentrum zu wünschen, wieder stärkeren politischen Einfluss zu gewinnen – auf die CDU, der Weikersheim traditionell eng verbunden ist, und die Gesellschaft insgesamt. *Johannes Keßner*

MELDUNGEN

Lenkt Pakistan die Taliban?

Berlin – Soll der Nato-Einsatz in Afghanistan eine regionale Großmacht Pakistan verhindern? Diesen Schluss legen Pressebrichte nahe, wonach die Taliban in weit größerem Umfang als bekannt vom pakistanischen Geheimdienst ISI gesteuert würden. Falls sie zuträfen, wäre der sonst schwer erklärbare Isaf-Einsatz wohl eine Art Stellvertreterkrieg gegen die De-facto-Atommacht Pakistan, die offiziell immer noch als Partner der USA und des Westens gilt. Irritierend sind auch neue Meldungen über riesige Rohstoffvorkommen in Afghanistan, die von interessierter Seite jetzt lanciert wurden. Offenbar steigen die Einsätze im globalen Poker um Afghanistan, das von Pakistan seit langem als „strategisches Hinterland“ betrachtet wird. *K. B.*

Auch Birma will die Bombe

Rangoon – Der Machtpoker in Fernost ist um eine Variante reicher: Die machthungrigen Generäle des Staates Birma (Myanmar) sind laut der Internationalen Atomenergieagentur dabei, neben dem verbündeten kommunistischen Nordkorea eine Atombombe herzustellen. Wie die Agentur behauptet, baut Birma Uran ab und entwickelt mit Hilfe Nordkoreas eine Nuklear-Technologie, die „nur für Waffen brauchbar“ ist. Die ehrgeizigen Ziele der Militärjunta deckte der Wissenschaftler Sai Thein Win auf, der in Moskau Atomphysik studierte und später in einer Raketen-Fabrik Birmas arbeitete, bevor er nach Thailand floh. Seine Aussagen stützen sich auf Dokumente und Hunderte von Fotografien. Die Fotos sollen zudem auch beweisen, dass deutsche Techniker von zwei in Singapur ansässigen Firmen an den bedenklichen Projekten mitarbeiteten. *J. Feyerabend*

Belgien »verdunsten« lassen

Flamen und Wallonen können nicht mehr miteinander und Niederländer wählen eigenwillig

Während das Land der niederländischen Königin Beatrix vermutlich bald von einer neuartigen Regierungskoalition regiert wird und möglicherweise sogar größer wird, muss der belgische König Albert II. mit dem Zerfall seines Reiches rechnen.

Ist Belgien noch zu retten? Zahlreiche Kommentatoren haben diese Hoffnung endgültig fahren lassen und fuhren nach dem Wahlsonntag schon mal mit dem Bleistift über die Karte Westmitteleuropas. So, als sei das Auseinanderfallen des Königsreiches nach 180 Jahren Geschichte nunmehr unausweichlich.

Wahlsieger Bart de Wever strebt zwar offiziell nach Unabhängigkeit Flanderns, doch auch ein Vereinigung mit den Niederlanden gilt längerfristig nicht als ausgeschlossen. Dass Wallonien im Falle der Sezession an Frankreich fiele, gilt demgegenüber schon fast als ausgemacht. Nach einer Umfrage der französischen Zeitung „France Soir“ würden 66 Prozent der Franzosen einen Anschluss Walloniens an ihr Land befürworten.

Schwieriger wird es mit Brüssel: Ganz überwiegend französischsprachig liegt die Hauptstadt in flämischem Gebiet, genießt daher als drittes Glied den gleichen föderalen Sonderstatus wie Flandern und Wallonien. Dem EU-Verwaltungs- und Parlamentssitz könnte eine Zukunft als „Freie Stadt“ bevorstehen.

Noch komplizierter steht es mit dem deutschsprachigen Ostbelgien, jenen neun Gemeinden um Eupen und St. Vith, die im Rahmen der Annexion von Eupen und Malmedy nach dem Ersten und dann erneut nach dem Zweiten Weltkrieg von Deutschland an Belgien gingen. In deutschen Medien ist die Idee zu hören, die Ostbelgier doch wie einst die Saarländer 1955 darüber abstimmen zu lassen, ob sie zu Deutschland oder Frankreich gehören wollten.

Vor Ort liebäugelt man indes mit anderen Lösungen: Etwa ein Anschluss an Luxemburg oder gar



Unabhängigkeit oder Anschluss an die Niederlande? Viele Flamen wollen Belgien den Rücken kehren. Bild: laif

die Unabhängigkeit als sogenannte „Liechtenstein-Lösung“. Hintergrund ist, dass Eupen/St.Vith als Profiteur des flämisch-wallonischen Dauerzwists zu einem Ausmaß an Autonomie gelangt ist, dass die kleine Region als Teil Deutschlands und erst recht kaum als Teil Frankreichs behalten könnte. Mit nur 70 000 Einwohnern brächte es das Gebiet innerhalb Deutschlands nicht einmal auf die Größe eines durchschnittlichen Landkreises. Umfangreiche Zugeständnisse in Richtung von Sonderrechten wiederum könnten in Berlin die Sorge schüren, dass – auf Gleichberechtigung pochend – auch andere deutsche Regionen solche Rechte einklagen könnten. Andere Länder wie etwa Spanien oder Großbritannien haben mit einem „Föderalismus à la Carte“, in dem etliche Regionen Sonderrechte genießen, die andere nicht haben, keine guten Erfahrungen gemacht.

Was auch kommen mag, Bart de Wever, der Chef der nationalkonservativen Partei „Neue Flämische Allianz“ (NVA), hat klargemacht, wohin die Reise gehen soll: Er wolle Belgien „verdunsten“ lassen. Dafür will der 39-Jährige zunächst die beim Reich verbliebenen Schlüsselkompetenzen für Justiz und Soziales auf die drei Regionen übertragen. Dafür erhielt er in manchen Regionen Flanderns 40 Prozent. Zählt man die Stimmen des rechten „Vlaams Belang“ (VB) denen der NVA hinzu, dann ist das Votum der Flamen für die Unabhängigkeit unübersehbar. Der VB hat an die NVA kräftig Stimmen verloren.

> Homosexuelle und Hindus wählten Geert Wilders

Eine Regierungsbildung wird schwierig, Bart de Wever will, obwohl er mit reichsweit 17,4 Prozent die stärkste Partei anführt, definitiv nicht belgischer Ministerpräsident werden. Das widerspräche seinem Ziel der Auflösung Belgiens.

So könnte erstmals seit Jahrzehnten ein Wallone Regierungschef werden, zur Debatte stehen der Sozialistenchef Elio di Rupo oder der Liberale Didier Reynders. Doch dies würde die Abspaltungstendenzen der Flamen, die 60 Prozent der Bevölkerung stellen und wirtschaftlich weit stärker sind, nur noch verstärken.

Tage vor Belgiens Urnengang erschütterte bereits der nördliche Nachbar Niederlande mit einer Wahl das europäische Establishment. Stimmen, die den Islamkritiker Geert Wilders bereits auf dem absteigenden Ast sahen, mussten irritiert zur Kenntnis nehmen, dass seine Freiheitspartei PVV mit 15 Prozent drittstärkte Kraft wurde. Erstmals in ihrer Parteiengeschichte stärkste Partei wurden die Nationalliberalen (VVD) mit 20 Prozent vor den Sozialisten (PvdA) mit 19. Die zuvor regierenden Christdemokraten (CDA) rutschten auf 14 Prozent hinter Wilders.

Das Ergebnis hat zumal in Deutschland einige Verwirrung ausgelöst. Nicht bloß das gute Abschneiden des „Rechtspopulisten“ Wilders führte zu Irritationen, auch die Zusammensetzung seiner Wähler und der Umgang der übrigen Parteien mit dem blonden Rebellen.

Letzterer war von ausgeprägtem Respekt gezeichnet und war meilenweit entfernt von den Ausgrenzungs- und Verteufelungsreflexen gegen vermeintliche „Rechtspopulisten“ in Deutschland.

Doch auch Wilders Wählerschaft sprengt eingefahrene Denkmuster bundesdeutscher Provenienz. Besonders gut abgeschnitten hat Wilders ersten Berichten zufolge bei Hindus und Homosexuellen. Beide sehen sich als primäre Opfer der vom PVV-Chef diagnostizierten schleichenden Islamisierung der Niederlande. *Hans Heckel*

Pulverfass Ferganatal

USA und Russland fürchten Flächenbrand um Kirgisien

Wut und Verzweiflung über Arbeitslosigkeit, Korruption und zuletzt Kostensteigerungen von 200 bis 500 Prozent für Strom und Wasser sind die Auslöser für die Unruhen in Kirgisen. Führte der Volkszorn im April zum Sturz des als korrupt geltenden und selbst von Moskau fallen gelassenen Präsidenten Kurmanbek Bakijew, ergießt sich die Wut seit Tagen in pogromartigen Überfällen auf die im Süden des Landes ansässige usbekische Minderheit. Die Zahl der Toten und Verletzten steigt täglich, obwohl immer wieder von der Einstellung der Kampfhandlungen die Rede ist. Die Übergangsregierung Rosa Otunbajewa wirkt hilflos, wenn sie einerseits erklärt, ein Drahtzieher der Unruhen sei festgenommen worden (eine bekannte Persönlichkeit überdies, die bei den für Herbst angekündigten Präsidentschaftswahlen kandidieren wollte), andererseits die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), in der Russland den Ton angibt, um Hilfe bittet.

Moskau gab sich zurückhaltend, wollte erst mit den anderen Mitgliedsstaaten über eine militärische Intervention beraten. Humanitäre Hilfslieferungen sagten mehrere Länder zu. In den USA ist man über die Lage auf dem für die Versorgung der Afghanistantruppen wichtigen Militärstützpunkt bei Bischkek beunruhigt. Die USA und Russland wollen in engem Kontakt bleiben, um einen Flächenbrand in der Region zu verhindern. Der Kreml entsandte schon zu Beginn der Unruhen 150 Soldaten zur Sicherung seines Militärstützpunktes Kant nach Kirgisien. Das kleine zentralasiatische Land ist eine strategisch wichtige

> Radikale Islamisten planen ein Kalifat in Zentralasien

Region, in der sowohl die USA Russland als auch China um Einfluss ringen. Hinzu kommt ein erstarkter Islam, der in Zentralasien weiter an Bedeutung gewinnt.

Kirgisien ist ein armes Land, in dem neben der kirgisischen Mehrheit große usbekische und russische Volksgruppen leben. Auch Uiguren, chinesische Muslime, Ukrainer und andere Minderheiten bevölkern die von Hochgebirgen und unzugänglichen Tälern geprägte Republik. Kirgisien hat kaum Bodenschätze, 40 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze und sind auf Transferleistungen ihrer meist in Russland als Gastarbeiter tätigen Verwandten angewiesen. Obwohl die Bevölkerung jung ist, 50 Prozent sind unter 24 Jahre alt, fehlt vielen eine Perspektive.

Der Konflikt in der Stadt Osch, die im zu Kirgisien gehörenden Teil des Ferganatals liegt, hat seine Ursprünge in den 20er und 30er Jahren, als Stalin ohne Rücksicht auf Ethnien willkürlich Staatsgrenzen zog. So entstanden usbekische Enklaven in Kirgisien und umgekehrt. Ein Teil des fruchtbaren Ferganatals gehört zu Tadschikistan, es kam immer wieder zu Grenzkonflikten. Im Gegensatz zu Kirgisien hat sich Usbekistan aufgrund seines Baumwollexports und seines Reichtums an Bodenschätzen mit Hilfe ausländischer Kredite zu einem Exportland entwickelt. Weil die Staatsführer der drei Länder sich nicht grün sind, könnte der Konflikt im Pulverfass Ferganatal sich zu einem Flächenbrand ausweiten. Die islamische Befreiungspartei Hizb ut-Tahrir hat dort starken Rückhalt in der Bevölkerung. Die schon zu Talibanzeiten aus Afghanistan operierende und radikalere Islamische Bewegung Usbekistans (IBU) will im Ferganatal ein Kalifat, einen islamischen Gottesstaat, errichten. Sie wartet auf ihre Chance, die durch das Anheizen des Konflikts in greifbarere Nähe rückt. *M. Rosenthal-Kappi*

Hymne ausgepfiffen

Frankreich ist ratlos über Pfeiffkonzerte bei Fußballspielen

Es fing bereits vor dem WM-Fußballspiel Algerien–Slowenien am letzten Sonntagnachmittag an. Junge und ältere Algerier schwangen in Paris und Marseille die algerische Fahne und unterstützten kräftig mit Parolen die „Fennecs“, die algerische Nationalelf. Sie bekannten sich zur algerischen Nation, obwohl sie alle die französische Staatsangehörigkeit besitzen, in Frankreich geboren wurden und leben sowie Französisch sprechen.

Die Niederlage ihrer Mannschaft gegen Slowenien, das seit 2004 zur Europäischen Union gehört, war für sie und für die 6000 Fans, die teils aus Frankreich, teils aus Algerien nach Kapstadt gereist waren, ein Alptraum. Was wäre jedoch gewesen, wenn die Fennecs gesiegt hätten? Der Sieg Algeriens über Ägypten am 19. November 2009 in Khartum, als die Fennecs sich für die WM qualifizierten, war in Frankreich der Anlass zu zahlreichen nationalistischen Ausschreitungen der arabischen Migrantenjugend gewesen.

Stunden nach der aktuellen algerischen Niederlage wurde nachts von der Frontseite des Bürgermeisteramts in Villeneuve-Saint-Georges bei Paris eine französische Flagge abgerissen, verbrannt und durch die algerische ersetzt. Linke Medien meinen, es könnte sich um eine „Provokation der Rechten“ handeln. Das ist aber bisher so gut wie nie passiert. Doch die Gemeinde war bemüht, den Zwischenfall herunterzuspielen. Tatsächlich wird alles, was Spannungen mit den Frankreichalgeriern auslösen könnte, vertuscht und verheimlicht. „Ein Funke kann einen Bürgerkrieg auslösen“, sagten Politiker, als in Stadien die französische Nationalhymne ausgepfiffen wurde.

> Französische Bürger, doch ihr Herz schlägt für Nordafrika

Zum ersten Mal geschah dies knapp einen Monat nach den Anschlägen gegen das World Trade Center bei einem sogenannten „Versöhnungspiel“ zwischen Frankreich und Algerien in Paris. Nach 75 Minuten Spiel, als die französische Elf 4:1 führte, lief eine Frankreichalgerierin auf das Spielfeld und schwang eine algerische Fahne. Ihr folgten ihre Landsleute massenweise und bewarfen die VIP-Tribüne vom Spielfeld aus mit Geschossen. Nachdem die Polizei das Stadion freigekämpft hatte, wurde eine nahe gelegende U-Bahn zerstört. 10,5 Millionen Fernsehzuschauer waren Zeugen dieses Ereignisses und acht Monate später erhielt der Chef der Nationalen Front, Jean-Marie Le Pen, bei der Präsidentenwahl mehr Stimmen als Lionel Jospin und kam direkt hinter Jacques Chirac in die Stichwahl. Am 23. Juni 2003 wurde eine gesetzliche Regelung verabschiedet, wonach Verstöße gegen die Nationalsymbole mit 75 000 Euro Strafe und sechs Monaten Haft bestraft werden.

Doch diese Regelung greift nicht. Selbst Jacques Chirac verließ sicherheitshalber einmal das Stadion, als die Marseillaise ausgepfiffen wurde. Am 18. Oktober 2008 anlässlich eines Spiels Frankreich gegen Tunesien und dann wieder am 19. November 2008 während eines Spiels Frankreich–Marokko und schon wieder am 10. Juni 2010 wurde die Hymne ausgepfiffen. Im November 2008 hatte sich der französische Spieler Patrick Evra gewundert, dass das „Stade de France“ „praktisch nur mit den marokkanischen Farben ausgeschmückt“ worden war.

Viele Politiker meinen, man sollte keine Spiele mehr zwischen französischen Fußballmannschaften und arabischen Mannschaften aus Nordafrika veranstalten. Das wäre eine wahrhaftig mutige Entscheidung ... *Jean-Paul Picaper*

»Deepwater Horizon« ist nur der Anfang

Angesichts des weltweit steigenden Ölbedarfs wächst der Druck, Ölreserven unter dem Meer zu fördern

Wenn die Sicherheitskultur nicht einen Quantensprung macht, dann dürfte die Ölpest im Golf von Mexiko nicht die letzte gewesen sein. Denn die meisten Energievorräte der Zukunft müssen der Tiefsee entrissen werden.

Unter derzeit 750 Ölplattformen in den Meeren der Welt schlummert der Großteil der verbliebenen Erdölreserven der Menschheit, aber auch unkalkulierbare, gewaltige Risiken für ihre Umwelt. Die nun schon über 50 Tage andauernde Ölpest und das Desaster des BP-Konzerns im Golf von Mexiko zeigen überdeutlich, dass die komplizierte Offshoretechnik mit Tiefseebohrungen von weit über 3000 Metern längst nicht so einfach beherrschbar ist, wie das zukunftsgläubige Manager noch vor kurzem behauptet hatten. Und dabei ist das Ölfeld unter der explodierten „Deepwater Horizon“ gerade mal so groß, dass daraus nur der weltweite Ölverbrauch eines Tages gestillt werden könnte.

US-Präsident Barack Obama, der sich täglich der Katastrophe stellen muss, sieht denn auch schon die Konsequenzen für seine Nation und den Rest der Welt: „Die wirtschaftlichen Folgen werden beachtlich und dauerhaft sein.“

Indes, die ökonomische Erkenntnis der Amerikaner allein genügt nicht mehr. Der Eingriff des Menschen in die unberührten Gefilde der Tiefsee, die Geburtsstätte allen Lebens, birgt unwägbare und bislang nicht erforschte Gefahren für das biologische Leben und Gleichgewicht auf dem gesamten Globus. Bereits 2009 war es vor Australiens Küsten zu einem ähnlichen Unfall gekommen, als aus einem Bohrloch 2600 Meter unter dem Meeresboden über zehn Wochen pro Tag 64 000 Liter Öl in die Timorsee strömten und die Bohrplattform Feuer fing. Zum Glück konnte dieses Loch gestopft werden. Auch vor Brasilien kam es 2001 bereits zu einer ähnlichen Katastrophe, der freigesetzte Ölteppich trieb über das offene Meer davon. Völlig ungeklärt ist die Entsorgung der bei der Ölförderung anfallenden radioaktiven Abfälle, die immerhin mehrere Millionen Tonnen im Jahr betragen. Die Unfälle können getrost als Menetekel für zu erwartende künftige Katastrophen gewertet werden, denn bislang sind die Sicherheitsstandards aus Kostengründen gering, die Überwachung mangelhaft und die Dividenden wichtiger als der Schutz der Natur.

War der deutschen Öffentlichkeit bisher nur bewusst, dass es solch gewagte Bohrungen im Golf von Mexiko, vor Norwegens Küsten und in der Nordsee gibt, so richtet sich mittlerweile die Aufmerksamkeit vor allem auch der Umweltaktivisten auf das gesamte Ausmaß der unterseeischen Aktivitäten bis nach Asien, Südamerika, Afrika und in die Eismeere.

Und die sind zahlreich: Allein im Golf von Mexiko bohren und pumpen 115 Plattformen, dazu werden in das sogenannte „Perdido-Feld“ der Shell, ebenfalls im Golf, weitere 35 Bohrlöcher getrieben. Chile lässt in der Magellanstraße nach Erdöl und Gas suchen, Ecuador verschmutzt seine zum Meer führenden Flüsse mit Ölschlamm, neue Funde vor Brasiliens Küsten

China will die Ölfelder vor der Küste Afrikas erschließen

machten bereits 65 Bohrinseln notwendig, meist in Regie des staatlichen Konzerns „Petrobas“. Und schon wird auch vor den zu England gehörenden Falklandinseln im Sturmumtobten Südatlantik gebohrt, wo nach Schätzungen mehrere Milliarden Barrel Erdöl lagern könnten. Vorsorglich hat Großbritannien bei der Uno weitere Rechte auf andere Standorte im Atlantik angemeldet, so rund um Südgeorgien, die Seegebiete der Insel Aszension und im Nordatlantik auf die Umgebung des vor Schottland liegenden Rock-all-Felsens. Auch vor der Südküste Irlands wird bereits gebohrt. Vor den Vereinten Nationen reklamierten zudem für den stürmischen Golf von Biskaya Spanien, Frankreich und Irland Rechte. Griechenland wurde im Prinos-Grabenbruch zwischen makedonischem Festland und der Insel Thasos fündig. Im Fernen Osten werden vor Vietnam durch Total Bohrtürme errichtet, in der Südchinasee bei der philippinischen Insel Palawan und vor Australiens Küsten in der Timorsee geht es ebenfalls um die Ausbeutung großer unterseeischer Felder. In der Barentssee streiten sich Norweger und Russen um neu entdeckte Ölfelder in ihren Tiefen.

Weitere Begehrlichkeiten richten sich vor allem auch auf die Antarktis, wo der für Washington arbeitende US-Experte Donald Gautier bis zu 100 Milliarden Barrel vermutet. Hier streiten sich Belgien, Frankreich, Japan, Norwegen, die Sowjetunion, die USA und Anrainer-Staaten wie Neuseeland und Australien um die Rechte, die laut Antarktisvertrag von 1959 und seiner Verlängerung 1991 noch rund 30 Jahre unverwirklichbar sind.

Der Gebietsstreit um die Arktis zwischen Dänemark, Norwegen, Russland, Kanada und den USA ist ebenfalls nur im Zeichen des Runs auf das „Schwarze Gold“ zu sehen. Immerhin werden die nachgewiesenen Ölreserven dort derzeit auf rund 1,24 Billionen Barrel geschätzt, die Arktis dürfte nach denselben Schätzungen an den noch zu entdeckenden Reserven mit 13 Prozent beteiligt sein, bei Erdgas sogar mit 30 Prozent. Russland argumentiert, dass der arktische Lomonossowrücken eine Verlängerung des Ural sei und mithin den Anspruch beweise. So pflanzten die Russen in über 4000 Metern Wassertiefe ihre Flagge am Nordpol auf.

Eine herausragende Rolle spielen die Ölfelder vor der westafrikanischen Küste von Nigeria, Guinea, Kamerun, Ghana, Gabun und der Elfenbeinküste. Hier pokert vor allem die Volksrepublik China mit ihrem wachsenden Rohstoffhunger für 50 Milliarden Dollar um 23 Ölfelder oder sechs Milliarden Barrel Öl vor den Küsten Nigerias, das – politisch brisant – einer der Hauptlieferanten der USA ist. Doch 16 dieser Lizenzen für Total, Shell, Chevron und ExxonMobil laufen demnächst aus. Der Ölverbrauch Chinas liegt derzeit bei 6,7 Millionen Barrel täglich und dürfte sich in zwei Jahrzehnten auf 13 Millionen verdoppeln. Gegenwärtig wird mit globalen Reserven von 172 Milliarden Tonnen gerechnet. Allerdings werden immer wieder neue Felder entdeckt, viele davon in den Tiefseebecken.

Es sind fast ausschließlich die großen Konzerne wie Shell, ExxonMobil, BP, Total und Chevron, die die aufwendigen Projekte finanzieren können, denn Ölgewinnung aus der Tiefsee kostet gut vier Mal mehr als an Land. Dreistellige Millionenbeträge, manchmal sogar Milliardenaufwendungen sind nötig, um solche Quellen zu erschließen, wobei Kosten in Höhe von bis zu 100 Millionen Dollar je Loch kalkuliert werden.

Joachim Feyerabend



Foto: AP

Flammen vor der Küste Australiens 2009: Das Bohrloch konnte hier allerdings schnell geschlossen werden.

KURZ NOTIERT

Nokia triumphiert: Das Kölner Verwaltungsgericht hat entschieden, dass der finnische Handyherstellers Nokia die 2004 vom Bund erhaltenen 1,3 Millionen Euro Fördermittel behalten kann. Nachdem Nokia 2008 verkündet hatte, sein Werk in Bochum zu schließen, hatten NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und das Bundesforschungsministerium (BMF) gedroht, dass das Unternehmen die erhaltenen Subventionen zurückzahlen müsse. Das BMF ist mit seiner Forderung jedoch gescheitert, da es die Fördermittel nicht ausdrücklich an den Erhalt des Werkes geknüpft hatte. *Bel*

Gaddafi soll Athen retten: Der griechische Ministerpräsident Giorgios Papandreou nutzt familiäre Kontakte und bittet derzeit einen einflussreichen Freund seines Vaters um Investitionen in Griechenland. Muammar al-Gaddafi hat sich auch schon dazu bereit erklärt, dass die Libya International Telecommunications Company intensiver mit dem griechischen Telekomunternehmen OTE zusammenarbeiten soll. Athen wirbt verzweifelt um Geldgeber, denn die Angst vor einer Staatspleite Griechenlands schreckt Investoren. Laut einer Umfrage der Nachrichtenagentur Bloomberg halten 73 Prozent der Befragten diese für wahrscheinlich. *Bel*

Staatsbankrott nicht abgewendet: Weltbank-Ökonom Andrew Burns erklärte, dass die Euro-Länder wieder über genügend Liquidität verfügten. Dennoch hält er einen Staatsbankrott von Griechenland, Italien, Irland, Portugal oder Spanien noch nicht für ausgeschlossen. „... die Höhe der Schulden ist so hoch, dass man sich möglicherweise für einen anderen Weg als die Restrukturierung der Schulden entscheidet.“ *Bel*

Konzentration des Reichtums: 1991 betrug der Anteil der obersten zehn Prozent der deutschen Gesellschaft am Gesamteinkommen 26 Prozent. 2007 waren es 31 Prozent. Wie sich die Krise hier ausgewirkt hat, kann das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung noch nicht sagen. *Bel*

Geschäft oder Datenschutz?

Das Schweizer Dilemma ist auch Europas Dilemma

Der in langwierigen Verhandlungen erarbeitete Staatsvertrag, der es US-Behörden erlauben soll, auf die Daten von ausgewählten Kunden der Schweizer Großbank UBS zuzugreifen, wurde vorige Woche vom Nationalrat, der großen Kammer des Schweizer Parlaments, abgelehnt. Bemerkenswert ist dies nicht nur, weil heute selbst in „westlichen Demokratien“ Volksvertreter bloß dazu zu dienen scheinen, Regierungsvorlagen abzunicken, sondern auch weil das Dilemma deutlich wird, in das „souveräne“ Staaten unter dem Druck von Mächtigeren geraten können. Denn die USA hatten ja die US-Tochter der UBS und damit auch den Mutterkonzern und die Schweiz unter Druck gesetzt.

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich allerdings auch der Schweizer Entscheid wieder als typisch für parlamentarische Mechanismen. Denn die national-konservative Schweizer Volkspartei (SVP) und die Schweizer Sozialdemokraten (SP) stimmten nicht als Gralshüter von Datenschutz und Bankgeheimnis gegen den Vertrag, sondern weil sie eine Zustimmung mit anderen Themen junktimieren wollten: die SVP mit der Ablehnung einer neuen Bonus-Steuer, die SP hingegen mit zusätzlichen Banken- und Bonus-Regulierungen. Diese Junktimierungen lehnen die anderen Parteien ab. Die SVP ist jedenfalls einer neuen Zerreißprobe ausgesetzt, denn der Wirtschaftsflügel will – so wie die als Wirtschaftspartei auftretende

Geldzuflüsse wegen Flucht aus dem Euro

Freisinnig Demokratische Partei (FDP) – dem Staatsvertrag zustimmen und könnte den nationalen Flügel letztlich zum Nachgeben zwingen. Einen Volksentscheid – sonst so beliebt in der Schweiz – scheinen die Parteien aber eher vermeiden zu wollen, und damit reiht sich auch die Schweiz wieder brav in die Reihen der „westlichen Demokratien“ ein.

Anwälte der betroffenen UBS-Kunden verweisen darauf, dass die Daten-Affäre eine makabre Seite habe. Denn bei ihren Klienten handle es sich nicht pauschal um „gewöhnliche Steuerhinterzieher“, sondern auch um Erben von Vermögen, das seit Generationen in der Schweiz liegt, und gemeint ist offenbar Vermögen, das hier einst von jüdischen Emigranten deponiert wurde.

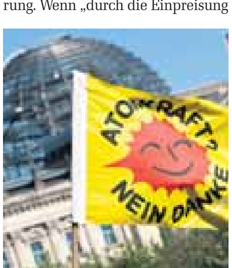
Um beim Makabren zu bleiben: Die Schweizer Banken registrieren zuletzt wieder massive Zuflüsse aus dem Ausland – nicht als Flucht vor dem Fiskus, sondern vor allem als Flucht aus dem Euro. Inzwischen geht auch das Gefeilsche um das Überweisungs-System Swift munter weiter, in dessen Daten die USA Einblick fordern – zwecks „Bekämpfung des Terrorismus“. Ein von der EU-Kommission bereits ausgehandeltes Abkommen hatte das EU-Parlament im Februar aus datenrechtlichen Gründen abgelehnt, doch nun werden „erhebliche Fortschritte“ gemeldet: Als Placebo für die Parlamentarier soll künftig Europol „jede Datenweitergabe“ vorher überprüfen. Und so wie man den USA dankbar ist, dass man zwecks „Terrorismus-Bekämpfung“ auch gleich missliebige Meinungsäußerungen verfolgen kann, wird man sich bald auch über viele neue Dienstposten freuen können. *RGK*

60 Euro pro Haushalt

Kernkraft: Regierung verheddert sich bei Steuern und Laufzeiten

Die schwarz-gelbe Bundesregierung beschließt eine „Brennelementesteuer“ ab 2011 als Teil des allgemeinen Sparpakets. Die Abgabe soll jährlich 2,3 Milliarden in die Staatskasse bringen. Die Begründung: Erstens wäre die Kernenergie nicht vom Emissionshandel betroffen, (was allerdings auch für Erneuerbare Energien gilt) und damit privilegiert, die Steuer also ein Ausgleich. Zweitens würden durch Lagerung von Atommüll erhebliche Kosten entstehen, die man nun an Atomkonzerne weiterreiche. Wie hoch diese aber sind, bleibt weiter Gegenstand für Spekulationen.

Kaum war der Beschluss verkündet, zeigte sich die Orientierungslosigkeit der CDU bei dieser Weichenstellung für die Kernenergie. Laut CDU-Fraktionschef Volker Kauder bilden längere Laufzeiten und die neue Steuer „eine Einheit“. Keines der beiden werde ohne das andere umgesetzt. Kanzlerin Angela Merkel sagt: „Wir haben uns vorgenommen, die Laufzeit der Kernkraftwerke zu verlängern, und wir haben uns vorgenommen, Brennelemente unabhängig davon zu besteuern, wann ein Kraftwerk abgeschaltet wird.“ Ob eine weitere Steuer im Falle einer Laufzeitverlängerung kommt, bleibt offen. In der CDU herrscht Uneinigkeit. Finanzminister Schäuble stimmt Merkel zu – Sparen, egal mit welchem energiepolitischen Ziel, ist damit vorrangiges Ziel der Regierung. Wenn „durch die Einpreisung



Kernkraft: Die Regierung macht es ihren Gegnern leicht. Bild: ddp

der CO_2-Zertifikate in den Strompreis die Marktpreise gestiegen“ seien, sei „eine Besteuerung der Kernenergie aus ökologischen und ökonomischen Gründen“ gerechtfertigt, so ein Regierungssprecher – Preisbürokratie statt Marktwirtschaft. Er sei „auf höchstem Niveau verwirrt“, sagt zu solch unberechenbaren politischen Vorgaben der Europa-Chef des großen Energiekonzerns Vattenfall, Tuomo Hatakka: Ob die Steuer komme und worauf sie sich beziehe, sei unklar.

Auch Verbraucher rätseln über die Folgen, seit die Plattform Verivox die jährlichen Mehrkosten für jeden Haushalt mit durchschnittlich 60 Euro beziffert (1,5 Cent pro Kilowattstunde). Statt offen die Kosten der Endlagerung von Atommüll zu beziffern und einzufordern, rechnet die Regierung die Kernenergie durch neue Steuern unprofitabel, was aber dem Verbraucher angeblich nicht schaden soll, genauso wenig wie dem Fortbestand der Kernenergie, den die Regierung nach wie vor fordert. Sie arbeitet weiter daran, auch ohne den Bundesrat Laufzeitverlängerungen per Gesetz beschließen zu können. Die Energiewirtschaft droht derweil mit Rechtsstreit und Streichungen von Investitionen – auch in nicht-nukleare Geschäftsfelder: Investitionen von 28 Milliarden Euro sind allein bei RWE gefährdet, so Manager des Energiekonzerns. Ihr Vorwurf: Statt Konzernprofite aus Laufzeitverlängerungen zu besteuern, wolle die Regierung eine generelle Steuer für die Nutzung der Kernenergie. *SV*

Rückschlüsse

Von Konrad Badenheuer

Fast so eisern wie zur Frage des Eigentums der Ost- und Sudetendeutschen schweigen Bundesregierungen jeglicher Couleur zur Problematik des jüdischen Eigentums in Ostmittel- und Osteuropa. Diese Haltung ist befremdlich, denn bekanntlich wurden diese enormen Vermögenswerte einst von NS-Regime geraubt. In anderen Fällen aber hat die Wiedergutmachung von Nazi-Unrecht für deutsche Regierungen höchste Priorität.

Wenn Berlin dennoch schweigt, dann offenbar, weil es befürchtet, im Falle der Rückgabe jüdischen Eigentums käme auch Bewegung in die Problematik der Enteignung der deutschen Vertriebenen. Diese Furcht, die für jeden rechtlich denkenden Menschen eine Hoffnung sein müsste, hat das politische Berlin selbst dann noch zum Stillhalten in Sachen Restitution in Osteuropa veranlasst, als das Europäische Parlament in einem Atemzug Wiedergutmachung für *beide* Unrechtskomplexe angemahnt hatte.

Dies lässt interessante Rückschlüsse auf die relative Schwäche der (an sich starken) jüdischen Lobby in Deutschland gegenüber der polnischen zu. Womöglich gibt es ja auch politische Dreiecksgeschäfte hinter den Kulissen, die erst in vielen Jahren öffentlich werden.

Jahre voraus

Von Hans Heckel

Die Grenze ist offen, wir haben die gleiche Währung, sind engste Partner. Was trennt die Niederlande und Deutschland eigentlich noch? Es ist die Zeit, genauer: der Stand der politischen Entwicklung. An der Rheinmündung, so scheint es, geschieht alles zehn bis 15 Jahre früher. Bis in die 90er Jahre war Den Haag vom sogenannten „Poldermodell“ eines breiten, mehr oder minder linksliberalen Konsenses geprägt, den alle maßgeblichen Parteien teilten.

In heiklen Fragen wie etwa der Zuwanderung, dem Umgang mit dem Islam oder möglichen Überfremdungsängsten herrschte über alle der Comment: Darüber spricht man nicht, und wenn, dann nur beschwichtigend oder pädagogisierend. Parteien, die als modern, offen und fortschrittlich gelten wollten, und das wollten alle, hielten sich an eine strikte „politische Korrektheit“. Zum Ende dieser Epoche ähnelten sich die maßgeblichen Parteien dermaßen, dass sie dem Volk austauschbar erschienen. Entsprechend wuchs das Unbehagen.

Dann brach mit Pim Fortuyn ein „Populist“ in den wohlgeordneten Polder ein und formulierte, was viele dachten, aber „oben“ kaum noch jemand zu sagen wagte. Seitdem ist nichts mehr so, wie es war. Das politische Spektrum hat sich breit und dauerhaft aufgefächert, wie der Wilders-Sieg bestätigt.

Wer die Entwicklung der Parteien und ihren schwindenden Rückhalt in Deutschland beobachtet, wähnt sich im Holland der 90er Jahre. Am westlichen Nachbarn können wir sehen, wie es auch bei uns weitergehen könnte.

Europa im Irrsinn

Von Eva Herman

Die Europäische Union ist sich seit Jahren nahezu einig: Nichts ist verstaubter (und nichts ist in Wahrheit gefährlicher) als die traditionelle Familie. Und nichts soll so schnell wie möglich beseitigt werden wie das klassische Familienbild. Jetzt geht's ans Eingemachte: Die Begriffe „Mutter“ und „Vater“ werden politisch nun vom Europarat abgeschafft. Die geschlechtergerechte Sprache des „Gender Mainstreaming“ macht es möglich.

Bezeichnenderweise ist es ausgerechnet jenes europäische Land, welches nicht einmal in der EU ist, das dem Wahnsinn „Gender“ jedoch schon seit einiger Zeit ergeben dient und das nun voranprescht: die Schweiz. Dort wird die amtlich verbindliche Sprache neu definiert. Und laut diesem neuen, amtlichen Leitfaden fällt die Verwendung der Begriffe „Mutter“ und „Vater“ unter die Kategorie der Diskriminierung. Da das Endziel des Gender Mainstreaming die Auflösung der Geschlechter ist, heißen die Personen, die bis dato als Mutter und Vater bekannt waren, künftig ganz neutral: Elter. Ist das nicht prima? So einfach kann die Welt in Wirklichkeit sein.

> Der Europarat will die Worte »Vater« und »Mutter« verdrängen

Die stellvertretende Leiterin der Zentrale Sprachdienste, Sektion Deutsch, der Bundeskanzlei Schweiz, sagte auf Anfrage, dieser Leitfaden sei für amtliche Publikationen verbindlich. Die politisch Verantwortlichen in Bern folgen damit der Beschlussvorlage 12267 im Ausschuss für Chancengleichheit von Frauen und Männern des Europarates, der in den Nationen gegen unerlaubte Begriffe wie Mutter und Vater amtlich vorgehen soll.

Vor wenigen Tagen erst war bekannt geworden, dass der Europarat künftig die Medienvertreter europaweit „umschulen“ wolle, wonach diese künftig die Frau nicht mehr als Mutter darstellen dürften, weil dies diskriminierend sei. Auch europaweite Richtlinien für die Werbung in den Medien legten bereits fest: Frauen dürfen nicht mehr am Herd oder an der Waschmaschine gezeigt werden.

Dabei gibt es – dank Gender – ja schon längst keine Hausfrauen mehr. Denn der Begriff „Hausfrau“ wurde amtlich abgeschafft und durch „Haushaltsführende“ ersetzt. Der deutsche Hausfrauenbund (DHB) hat sich jetzt umbenannt: Der Dachverband mit Sitz in Bonn heißt künftig „DHB – Netzwerk Haushalt, Berufsverband der Haushaltsführenden“.

Doch keine Angst, auch die Männer dürfen keine Hausmänner mehr sein, auch ihnen gebührt nun die Bezeichnung: Haushaltsführender. Da macht es ihm dann doch gleich viel mehr Spaß, wenn Vati, pardon, Elter, die Schürze umbindet und für das gestresste andere Elter und den Nachwuchs das Essen zubereitet, nachdem er vorher alles ordentlich gesaugt und gebügelt hat. Dank Gender Mainstreaming.

© Kopp Verlag, Rottenburg. Leicht gekürzte Wiedergabe mit freundlicher Genehmigung von Eva Herman.



Was wird aus den von der Verfassung geschützten Institutionen Ehe und Familie? Dieses gleichgeschlechtliche, kalifornische Paar feiert seine Verpartnerung. Die Protagonisten des Gender Mainstreaming begrüßen solche Konstellationen, und die Frage, ob diese Kinder wohl gern einen Vater hätten, wird beiseitegewischt. Der Vorstoß des Europarates, nun die Worte „Vater“ und „Mutter“ aus amtlichen Texten zu verbannen, belegt den Einfluss der Gender-Lobby.

Bild: Getty

Moment mal!



Immer mehr Europäer entdecken die Nationen

Von Klaus Rainer Röhl

Als die zu Beginn ihrer Karriere gerade mal 18-jährige Nachwuchssängerin Lena Meyer-Landrut, ein rechtes Sonnenscheinchen für die ganze Nation, den Schlager-Wettbewerb der Eurovision mit einem belanglosen englischen Text und einer ebenso einfallslosen Melodie – die aber alle Zuschauer mitsangen aus Begeisterung für Lena – gewonnen hatte, sang sie zusammen mit Stefan Raab auf der Rückfahrt mit dem Bus nach Hannover trunken vor Freude immer wieder ein kleines Liedchen – und die ganze Begleitmannschaft sang begeistert mit: "Ich liebe Deutscheland" und hielt dabei die ganze Zeit über die deutsche Fahne oder ihr schwarz-rot-goldenes Tuch in der Hand. Das Wort „Deutscheland“ hatten sie von einer Afrikanerin aus einer von Stefan Raabs Sendungen übernommen, die ihrer Wahlheimat damit ein Kompliment machen wollte, wie es Ausländer oft tun: "Ich liebe Deutscheland!" Lena liebte es auch, unser Land, und die Zuschauer im Kongreßsaal, im Bus und die Zehntausende beim Empfang in Hannover schwenkten schwarz-rot-goldene Fahnen und Tücher und Mützen, und die ganze deutschsprachige Gemeinde in Europa sang das Lied mit und freute sich mit uns und unseren Freunden. Denn wir haben viele Freunde in der Welt, das kann man bei jedem Auslandsbesuch spüren.

Ist das nicht schön?

Und schon packen die Fans der Fußballmeisterschaft ihre schwarz-rot-goldenen Fahnen, die sie in Südafrika in den Wind halten wollen und ihre T-Shirts und Mützen und Kleider, und die Millionen anderen Deutschen packen auch ihre gute Laune und die deutschen Fahnen ein für die Grillparty auf dem Balkon oder im Garten – mit dem Sechserpack Bier und Würstchen von Lidl und „Bild“. Wunderbar! Und das Wetter spielte auch mit und wurde endlich heiter, obwohl die Erdabkühlung seit zwölf Jahren weiter vorankommt. Und das trotz der dummen und durch Wiederholung nicht besser werdenden Sprüche von Sigmar Gabriel, Jürgen Trittin und dem geschlossenen linksgewirkten Medien-Mainstream, die immer noch über die "Erderwärmung" reden, der man nur mit den "Erneuerbaren Energien" begegnen könne – solche Leute lesen keine "FAZ" und auch keine *PAZ*. Letztere betrachten sie als Feindpresse. Sie lesen auch nicht die internationale wissenschaftliche Zeitschrift „Nature“, die schon lange die Panikmache mit der Erderwärmung als Propaganda der Wind- und Solarenergie-Lobby entlarvt hat. Gar nicht drum kümmern. Weiter mit alternativen Energien – und Subventionen, alles natürlich nicht für den Profit der Solar-Konzerne, sondern für Europa.

> Kanzlerin denkt allerdings derzeit noch nicht national

Währenddessen freut sich das schaffende Deutschland über das leichte Wirtschaftswachstum, das endlich mal angenehme Wetter und die billigen Grillwürstchen. Das liebe Deutscheland!

Nur die deutsche Kanzlerin hat noch nichts gemerkt und schwenkt keine Fähnchen und Tücher, sondern weiterhin das Unmutsfass. Oft sieht sie aus, als wenn sie schlechte Laune hätte.

Wir können aber auch genau sagen warum. Nicht nur der konservative Flügel der Union wird von der Politik der Kanzlerin nicht mehr angesprochen, der seit ältesten Zeiten nationale, also deutschfreundliche Flügel der Union sowieso nicht, auch der innovativ denkende Wirtschaftsflügel. Die Kanzlerin spricht eigentlich nur den sozialdemokratischen Flügel der CDU an (in der CSU ist er kaum vertreten). So gab sie letzten Freitag der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein Interview, in der die Worte „deutsch“ oder „Deutschland“ überhaupt nicht vorkommen, dafür aber ein Zitat aus der früheren DDR-Nationalhymne, das ihr einfach mal so rausgerutscht war, und die „FAZ“, die es natürlich kannte, ließ es so stehen.

Ausgerechnet über den Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten Christian Wulff sagte sie, er liebe feste Werte und sei „der Zukunft zugewandt“. So schön stand es auch in der Becher-Hymne, die sich schließlich gegen den Brecht/Eissler-Entwurf durchsetzte und schließlich nach der Melodie der Schnulze „Goodbye, Johnny“ gesungen wurde: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt“. In einer Strophe auch „der Sonne zugewandt“. Der Zukunft zugewandt. Das wird ja bei der Bevölkerung der neuen Bundesländer wie ein Hammer ins Unterbewusstsein einschlagen. Fehlt nur noch die Sichel. Sprache ist verräterisch. Versprecher auch.

Was ihr noch Sorgen machen könnte, sind Sorgen um "unser Land" – das Wort Deutschland kriegt sie nicht über die Zunge. Vielleicht meint sie schon Europa, Nation Europa, da redete man auch in der NS-Zeit schon gern drüber – aber ich glaube eher, sie meint sich selber: Mein Europa. Merkel-Land. Und da hört sie die Nachrichten der letzten Woche nicht so gern: Europa bewegt sich langsam, aber immer sicherer nach rechts. Da sind die Wahlergebnisse von letzter Woche in den Niederlanden und von diesem Wochenende in Belgien, ebenso wie letzten Monat in Dänemark, in Norwegen, in Ungarn, in der Slowakei und in Großbritannien. Überall hatten die angepassten, etablierten Parteien eine Niederlage eingesteckt, und niemals profitierten die Kommunisten davon, sondern die rechten Parteien. Und alle merken es in Deutschland und in Europa: Nur die Kanzlerin und die 68er Mainstream-Medien nicht: Man trägt wieder rechts. Das heißt, man trägt wieder den Kopf hoch, man übt wieder den aufrechten Gang und niemand hat mehr Angst zu sagen: "Ich liebe Deutschland!", wie es Horst Köhler bei seinem Amtsantritt vor rund fünf Jahren gewagt hat. Und kaum jemand wünscht sich, wie einst Walter Jens, dass die deutsche Mannschaft verliert. Alle freuen sich, wenn Deutschland vorankommt.

> »Ich liebe Deutscheland« sangen Lena und Stefan Raab voller Freude

Wem es in Deutschland zu kalt und nass ist, der kann ganz leicht mit „German Wings“ oder „Air Berlin“ für unter 100 Euro nach Spanien, Portugal oder Griechenland fahren und sich in Sonne baden und damit noch etwas tun für die verschuldeten Sonnenländer, deren Wirtschaft vom Tourismus abhängig ist wie wir von der Autoindustrie und dessen Einwohner so gastfreundlich sind wie noch nie seit 1950. Klar, warum.

Ich lebe oft und gern in Griechenland, wenn ich es nur irgend einrichten kann, und wir sehen auch griechisches Fernsehen und hören Radio und beobachteten die Demonstrationen in Athen und in kleinen Städten. Und es gibt viel Unruhe und Unzufriedenheit in diesem Land, dessen Regierung sich völlig verzockt hat und nun von der EU und dem IWF kontrolliert wird und jetzt an allen Ecken und Kanten sparen muss, aber wie immer und auch in Deutschland bei den kleinen Leuten. Und die Großen bleiben ungeschoren. Und so gibt es viel Missmut im Land, der durch die Linken und Kommunisten noch geschürt wird, aber selbst die ganz Linken von der „Sirisa“ und die orthodoxen Kommunisten zeigen die Nationalfahne bei ihren Veranstaltungen und alle griechischen Fußballspieler singen natürlich ihre Nationalhymne mit, wie alle Spieler aller Länder der Erde, im Gegensatz zu „diesem unseren Land“, wo ein paar der wichtigsten Spieler die Zähne nicht auseinanderkriegen beim Abspielen des Deutschlandlieds.

Aber ihre Zuschauer lieben ihr Land und haben schon lange keine Scheu, es zu zeigen. Für sie mag es in diesem Moment als das schönste Land erscheinen – so wie anderen Völkern das Ihrige.

Geprägt von harter Arbeit

Der Dichter Hermann Hesse lebte acht Jahre am Bodensee in einem bäuerlich-schlichten Domizil

Seit über 100 Jahren begeistert Hermann Hesse die Jugend der Welt. Für viele waren seine Bücher treue Begleiter in den Jahren der Bewusstseinsbildung. Einige seiner Werke entstanden am Bodensee, wo der Dichter und Nobelpreisträger acht Jahre lebte.

Die Sonne segnet die Türme und Zinnen der Stadt mit goldenem Licht und wärmt das mit roten Schindeln bedeckte Dach des Konzilgebäudes in Konstanz. Hinter seinen geschichtsträchtigen Mauern wurden im Sommer 1415 der tschechische Priester, Reformator und ehemalige Rektor der Karls-Universität Prag Jan Hus zum Tode verurteilt und 1417 am Martinstag, dem 11. November, Oddo Kardinal di Colonna zum Papst Martin V. gewählt.

Langsam entfernt sich unser Boot vom Konzilgebäude und gleitet aus dem Hafen über den Rhein durch die Stadt hinaus auf den spiegelglatten Untersee, der allmählich erwacht. Im Morgendunst dümpeln kleine Fischerboote. Zielstrebig queren wir den See und nähern uns der Halbinsel Höri – einer idyllisch gelegenen Kolonie, die bevorzugt von Künstlern und Naturfreunden bewohnt wird und bis heute Bestand hat. Es geht nach Gaienhofen.

Im Morgendunst dümpeln Boote auf dem See

„Gaienhofen ist ein ganz winziges Dorf“, schrieb Hermann Hesse im September 1904 an Stefan Zweig. „Es hat keine Eisenbahn, keine Kaufläden, keine Industrie. Dafür ist die Landschaft licht und hübsch; es gibt genügend Stille, Luft und Wasser gut, schönes Vieh, famoses Obst und brave Leute … Es lebe Peter Camenzind! Ohne den hätte ich nicht heiraten und nicht hierher ziehen können. Er hat mir 2500 Mark eingebracht, davon kann ich zwei Jahre leben, wenigstens wenn ich hier bleibe.“

1904 veröffentlichte Hermann Hesse den Roman „Peter Camenzind“, in dem er das Leben eines in ärmlichen Verhältnissen lebenden Schweizer Bergbauernbubs auf der Suche nach sich selbst schildert, der gern wandert, die Natur liebt und am Sinn des Lebens zweifelt. Hesses erster Roman traf den Zeitgeist der Jugend und wurde auch finanziell ein Erfolg. Sein Buch handelt von der Absage an Großstadt und Moderne, rückt stattdessen die Innerlichkeit, die Schönheit der Natur und Wertschätzung des Individuums stark in den Vordergrund. „Zurück zur Natur“ lautete dann auch die Devise vieler junger Menschen, die dem unaufhaltsamen Boom der rücksichtslosen Industrialisierung Anfang des 20. Jahrhunderts mit Sorge und Skepsis begegneten und das Weite suchten. Auch Hermann Hesse suchte Erfüllung in der Natur, folgte dem Vorbild seiner eigenen Romanfigur und zog mit seiner Frau Mia, einer Fotografin aus Basel, aufs Land.

Hesses Zeit in Gaienhofen war geprägt von harter Arbeit. Für Haus und Unterhalt zu sorgen war beileibe kein Zuckerschlekken.

In seinem bäuerlich-schlichten Domizil gab es weder Strom noch Gas, geschweige denn eine Wasserleitung. Die Anreise erfolgte umständlich per Dampfschiff, von Konstanz aus an das gegenüberliegende Ufer nach Steckborn und weiter mit dem Bootsmann über den See nach Gaienhofen, das seinerzeit 300 Einwohner zählte. Bis auf einen Bäcker gab es vor Ort keine Einkaufsmöglichkeiten. Für den täglichen Bedarf ruderte Hesse regelmäßig hinüber an das knapp zwei Kilometer entfernte Ufer der Schweiz nach Steckborn. Dafür wohnte das junge Paar am Untersee äußerst preiswert. Für 150 Mark pro Jahr hatte ihm der Bauer die Wohnhälfte mit fünf kleinen Stuben seines Gehöfts vermietet, während die andere Hälfte als Stall und Scheune landwirtschaftlich genutzt wurde.



Am Bodensee: Auf den Spuren Hermann Hesses — Bild: Diekmann

Über sein erstes Wohnhaus, das heute als Museum mit Literaturbereich und Galerie der „Höri-Künstler“ jedem Interessenten offen steht, schrieb Hesse 1930 in seinem Buch „Wahlheimat“: „Mir das Leben leicht und bequem zu machen, habe ich leider niemals verstanden. Eine Kunst aber, eine einzige, ist mir immer zu Gebote gestanden: die Kunst, schön zu wohnen. Seit der Zeit, da ich meinen Wohnort mir selbst wählen konnte, habe ich immer eine charakteristische, große, weite Landschaft vor meinem Fenster gehabt.“

Vom großen Schreibtisch, den Hesseverehrer seit Einführung der Hesse-Tage 2004 in Gaienhofen besichtigen können, schweift der Blick über die romantische Landschaft, den See und das Appenzellerland bis zu den schneebedeckten Glarner Alpen mit dem 2502 Meter hohen Säntis. Davor entfaltet sich ein unberührtes, schilfbewachsenes Naturschutzgebiet mit seltenen Pflanzen und einzigartigen Vögeln. Ringsum locken idyllische Dörfer, sorgsam angelegte Obst- und Gemüsegärten, die Schatten spendenden Wälder des Schienerbergs und eine Vielzahl an Rad- und Wanderwegen, die zu ehrwürdigen Klöstern, barocken Schlössern und wehrhaften Burgen mit reichhaltigen Kulturschätzen führen. In fast jedem Ort finden sich historische Bauwerke, die eine Besichtigung lohnen. Mal sind sie im heiteren Barock, mal im Stil der Renaissance erbaut. Die alten Häuser sind schmal und hoch, die Fassaden mit Fresken reich verziert oder schlicht aus Fachwerk.

Nach seiner Indienreise 1912 kam Hesse zu dem Schluss, dass das Leben sich in Gaienhofen für ihn erschöpft habe: „Acht Jahre habe ich nun am Untersee zwischen Konstanz und Stein gewohnt, und wenn ich nun ans Abschiednehmen denke und zum letzen Mal meinen Garten bestelle, so tue ich's nicht aus Müdigkeit, weil mir die Gegend verleidet wäre, sondern aus dem Bedürfnis nach Menschennähe. Die Landschaft des Untersees wird mir zeitlebens fehlen, es sprechen an wenigen Orten so stark wie hier zu dem Fenster herein See, Wald, Himmel und Wiese zu mir … und ich meine, schon im voraus zu fühlen, wie der Anblick des weiten Wassers, über dem alle Lufterscheinungen so rein und farbig wirken, mir später überall fehlen wird …“

Noch im selben Jahr suchte Hesse einen Käufer für das schöne Wohnhaus, das er nach der Veröffentlichung seines zweiten Buches „Unterm Rad“ 1907 wegen der Geburt dreier Söhne am Erlenloh in Gaienhofen hatte bauen lassen, und zog mit der Familie nach Bern in das Haus des verstorbenen Malers Welti.

Renato Diekmann

Liebesgeschichten der Maler

Ausstellung im Sprengel Museum zeigt Sehnsucht, Hingabe und Erfüllung in Werken des 20. Jahrhunderts

Die Liebe ist ein elementares Thema der Kunst. Das veranschaulicht uns eine facettenreiche Ausstellung in Hannovers Sprengel Museum. Sie umfasst rund 190 Werke der Jahre 1900 bis 1960 aus eigenem Besitz, die von Sehnsucht und Erfüllung, aber auch von Ängsten und Liebesnöten erzählen.

Die Schau beginnt mit großen Augen und einem offen stehenden Mund. Die zeigt der von Emil Nolde dargestellte Mann angesichts einer fülligen nackten Schönheitstänzerin, die verschämt die Augen niedergeschlagen hat. Die Radierung trägt den treffenden Titel „Bewunderung“ (1922). Wie Nolde war auch Marc Chagall glücklich verheiratet. Auf zahlreichen Bildern verherrlicht er einander innig zugetane Liebespaare, die nicht selten vom Boden abgehoben haben. Liebe ist eben etwas Himmlisches. Kuratorin Isabelle Schwarz kommentiert: „Für ihn bedeutet die Essenz der Liebe, das Leben als ein Fest zu betrachten und die Freude als wesentliche Grundlage der Existenz zu begreifen.“

Freude als Grundlage der Existenz

Der Zeit seines Lebens von Liebesglück beflügelte und Liebesleid gebeutelte Pablo Picasso war bettelarm, als er die anrührende Radierung „Das kärgliche Mahl“ (1904) schuf. An einem notdürftig gedeckten Tisch sitzt uns ein bis auf die Knochen abgemagertes Paar gegenüber. Er hat ihr den Arm um die Schulter gelegt – sein Gesicht aber von ihr weggedreht. Auch sie hat ihren melancholisch auf die Hand gestützten Kopf von ihm abgewandt. Die Darstellung verbindet körperliche Nähe mit innerer Distanz. Picasso scheint zu fragen: Ist Liebe in Elend und Armut aufrechtzuerhalten?

Edvard Munch hat nie ein unbeschwertes Liebesglück erfahren, wie Isabelle Schwarz berichtet. Ganz danach sieht auch sein Ölgemälde „Weiblicher Halbakt“ (1902) aus. Beim Anblick der üppigen Dame mit dem rotbraunen Haar kann einem Angst und Bange werden. Sie wirkt geradezu gefährlich, wie sie einen mit leicht zusammengekniffenen Augen fixiert. Kein Wunder also, dass das Gemälde auch unter dem Titel „Das Biest“ bekannt ist.

Auch Paul Klee und Otto Dix warten mit eindrucksvollen Liebesgeschichten auf. Klees Lithographie „Der Verliebte“ (1923) zeigt einen Mann, auf dessen verkümmertem Körper ein riesiger, kreisrunder Kopf sitzt. In dem ist eine Art Hampelmann dargestellt, der weibliche und männliche Geschlechtsmerkmale aufweist. Die Liebe als groteske Kopfgeburt. Dix hingegen hält sich im Gemälde „Die Eltern des Künstlers II“ (1924) an eine Geschichte, die das wahre Leben schrieb. Alt und etwas ins Hässliche gezogen sitzen die Eltern auf dem Sofa eng nebeneinander – traute Zweisamkeit nach all den Jahren …



Max Beckmann: Quappi auf dem Sofa bei Kerzenlicht (Öl, 1940–1942). Der Künstler war in zweiter Ehe mit Margarete von Kaulbach verheiratet, die er „Quappi“ nannte. — Bild: Sprengel Museum

Max Beckmann war in zweiter Ehe glücklich mit der wesentlich jüngeren Mathilde von Kaulbach verheiratet, der er den Kosenamen „Quappi“ gab. Auf dem Gemälde „Quappi auf dem Sofa bei Kerzenlicht“ (1940–1942) stellt er uns die Dame seines Herzens vor. In einem Brief an sie formulierte Beckmann wundervolle Sätze über das Phänomen der Liebe: „Ein neues Spiel – Ein altes Spiel. – Es liegt an Dir und mir es ‚einzigartig‘ zu gestalten.“

Veit-Mario Thiede

Die Ausstellung ist bis 15. August im Sprengel Museum, Kurt-Schwitters-Platz, Hannover, mittwochs bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, dienstags bis 20 Uhr zu sehen. Der Katalog kostet 20 Euro.

In Kürze

Geheimnisse des alten Ägyptens

Das Museum für Kunst und Technik des 19. Jahrhunderts zeigt seine dritte Ausstellung: „Die Pyramide von innen. Die Entdekkung des alten Ägyptens im 19. Jahrhundert.“ Die Ausstellung bietet mit zwei hervorragend erhaltenen Mumien und zahlreichen Skulpturen der altägyptischen Kultur Einblicke in die Zeit von zirka 3500 v. Chr. bis in das frühe Christentum. In enger Zusammenarbeit mit der Stiftung für ein Schweizerisches Orientmuseum konnten für die Ausstellung einige spektakuläre Exponate aus Sammlungen gewonnen werden, die erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Neben Grabbeigaben und Schriftplatten vermitteln Schmuckstücke und Amulette die kunsthandwerklichen Fertigkeiten der Ägypter. Kinder dürfen sich in einer nachgebauten Grabkammer im Untergeschoss des Museums als Archäologen versuchen und sich auf Schatzsuche begeben.

Nachgebaute Grabkammer

Die Ausstellung präsentiert atemberaubende, Jahrtausende alte Sammlungsstücke und thematisiert zugleich die Entstehung der Ägyptologie als Wissenschaft im 19. Jahrhundert. Nicht erst seit dem napoleonischen Feldzug nach Ägypten, der zwischen 1798 und 1801 die Aufmerksamkeit Europas auf sich zog, löste das Land am Nil eine Faszination auf Künstler und Wissenschaftler aus. Zunächst lag der Schwerpunkt des Interesses allerdings in der – teils räuberischen – Aneignung von bislang ungehobenen Schätzen. Nach und nach entdeckte man die altägyptische Kultur, die monumentalen Grabanlagen und entschlüsselte die Hieroglyphen.

Hinter den Geheimnissen um Mumie und Sphinx wurden die Umrisse eines faszinierenden Zeitalters erkennbar: Jahrtausende, geprägt von umfassenden medizinischen und astronomischen Kenntnissen, komplexer, religiöser Erinnerungskultur sowie Mythen und göttlichen Gestalten. Heute ist das 19. Jahrhundert mit seinen Eroberungen und seinem Wissensdrang unser Fenster zur Vergangenheit.

Der Weg durch die Ausstellung folgt einem beispielhaften biographischen Einzelfall bei der persönlichen Begegnung mit dem alten Ägypten. Wilhelm Dieudonné Stieler (1888–1912) bereiste 1908/09 das Land und war von der alten Kultur zutiefst fasziniert.

Mit den Augen eines Sammlers gesehen

Er legte eine kleine Sammlung von Aegyptiaca an, die heute von der Stiftung für ein Schweizerisches Orientmuseum, Basel, betreut wird. Stielers Sammlung bildet den exemplarischen Kern der Ausstellung. „Durch die Augen einer Person aus dem 19. Jahrhundert blicken wir ins alte Ägypten. Stieler ist für uns die Brückenfigur zu Sphinxen, Mumien und Pyramiden“, so Museumsdirektor Matthias Winzen über die Bedeutung Stielers für die Ausstellung und den Besucher. *PAZ*

Die Ausstellung im Museum für Kunst und Technik des 19. Jahrhunderts im LA8, Lichtentaler Allee 8, Baden-Baden, ist bis 15. August dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt: 7/5 Euro.

Freundlich, pflichtbewusst und genial

Vor 100 Jahren kam Konrad Zuse zur Welt – Der Sohn eines preußischen Postbeamten erfand den Computer

„Ich war zu faul zum Rechnen", pflegte Konrad Zuse oft humorvoll zu sagen – und erfand die erste programmgesteuerte Rechenanlage der Welt und damit den ersten Computer. Die Grundlagen zur automatischen Steuerung seiner Maschinen schuf Zuse gleich mit. Sein Plankalkül nahm alle Grundsätze der heutigen höheren Programmiersprachen voraus.



Konrad Zuse (l.) und Hermann Flessner (r.): Am Tage der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Hoyerswerda an Zuse im Sommer 1995

Foto: Flessner

Konrad Zuse wurde am 22. Juni 1910 in Wilmersdorf bei Berlin als Sohn eines Postbeamten geboren und lebte ab 1949 bis zu seinem Tode am 18. Dezember 1995 in Hünfeld zwischen Fulda und Bad Hersfeld. Seine ersten beiden Lebensjahre verlebte er in seiner Geburtsstadt, dann zog er mit seiner Familie ins ostpreußische Braunsberg. Als er 15 Jahr alt war, wurde sein Vater als Beamter nach Hoyerswerda in der Oberlausitz zur Leitung des dortigen Postamtes versetzt. Dort legte Sohn Konrad 1928 sein Abitur ab. Er war sehr vielseitig begabt, vor allem zeichnete er gern und gut. Doch war eine zunächst angestrebte Tätigkeit als Werbegraphiker in der Wirtschaftskrise um 1930 wenig aussichtsreich.

Sein großes Interesse an technischen Entwicklungen und entsprechende elterliche Unterstützung führten ihn zunächst zum Studium des Maschinenbaus an die Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg. Es folgten einige Semester Architektur, bevor er endgültig zum Bauingenieurwesen wechselte. Als Student in diesem Fach unternahm Zuse 1934 erste Versuche zur Erleichterung technischer Berechnungen und zu seinen Konzepten für den Bau einer programmgesteuerten Rechenmaschine.

Anschließend arbeitete er als Statiker bei den Henschel-Flugzeugwerken, verfolgte aber gleichzeitig seine Vision einer vollautomatischen Rechenanlage. Bei bewunderungswürdiger Unterstützung durch seine Eltern, Verwandten und Freunde schuf er 1938 die legendäre, rein mechanische Rechenanlage Z1 und über einige Zwischenstufen 1941 den ersten funktionsfähigen Rechner, den „Ur-Computer" Z3. Dieser wurde 1941 einem kleinen Kreis von Fachleuten erstmalig vorgeführt.

Zuses Leistungen als Erfinder sind so außergewöhnlich, weil er nicht etwa schon existierende Rechenmaschinen weiterentwickelte, sondern grundsätzlich ganz neu begann. Erstens benutzte er von Anbeginn das duale beziehungsweise binäre Zahlensystem, das dem dyadischen System nach Gottfried Wilhelm Leibniz entspricht, das er bereits kannte, und den Aussagenkalkül, der ebenfalls mit dem Zweiersystem auskommt, ihm allerdings noch unbekannt war.

Zweitens schuf er gleich zu Beginn seiner Arbeiten die halblogarithmischen Zahlen, mit denen auch rationale Zahlen, also Zahlen mit Stellen hinter dem Komma, dargestellt und verarbeitet werden können. Allgemeingültig sagen wir dazu heute Gleitkomma-Darstellung. Mit ihr kann man die Größenordnung und die Genauigkeit der Zahlenrechnung besonders vorteilhaft den jeweiligen Aufgabenstellungen anpassen.

Zuse verfolgte drittens in seinen automatisch ablaufenden Rechenoperationen konsequent den Gedanken, dass es in Programmen keine Gleichungen gibt, sondern nur Zuweisungen. Das heißt, aus anfangs vorgegebenen Zahlen ergeben sich neue Werte, zum Beispiel: aus 3 plus 4 ergibt sich 7, wobei die 7 als Zwischenergebnis wiederum Ausgangsgröße für nachfolgende Berechnungen sein kann und so weiter. Wer heutzutage mit Computern arbeitet, weiß das (hoffentlich). Vor 75 Jahren war das aber niemandem bewusst.

Seine Produkte waren der Zeit voraus

Von Zuse stammen darüber hinaus viele weitere grundlegende Neuerungen, auch außerhalb der Rechentechnik. Nicht alle, aber immer noch weit über 100, hat er zum Patent angemeldet. Sehr erfolgreich war darunter sein programmgesteuerter Zeichentisch „Graphomat".

Ausgehend von seiner Schaltungslogik entwickelte Zuse bereits ab 1935 eine „Allgemeine Theorie des Rechnens". Sie war die Basis seines von ihm so genannten Plankalküls, schriftlich niedergelegt 1945 nach dem Krieg. Der Plankalkül ist inzwischen international anerkannt als erste universell einsetzbare algorithmische Sprache und gilt als Vorgänger der heutigen „Formalen Sprachen" und höheren Programmiersprachen.

Zuses unternehmerische Tätigkeit begann schon Ende 1941 mit der Gründung der „Zuse Ingenieurbüro und Apparatebau, Berlin". Nach Kriegsende und Umsiedlung mit seiner Maschine Z4 ins Allgäu begann er zunächst mit dem „Zuse-Ingenieurbüro Hopferau" und gründete dann die „Zuse KG" mit Sitz zunächst in Neukirchen und dann wenige Kilometer weiter nördlich in Bad Hersfeld. Dieses Unternehmen war sehr erfolgreich, nach 15 Jahren hatte es über 1100 Mitarbeiter. Trotz voller Auftragsbücher erlitt die Zuse KG aber ein ähnliches Schicksal wie viele andere Unternehmen, deren Produkte ihrer Zeit zu weit voraus sind. Zuse sagte selbst, dass ihm das Unternehmerische seiner Arbeit nicht besonders lag. Im Mittelpunkt seiner Gedanken war immer die technisch-konstruktive Facette.

Als er um 1967 aus seiner Zuse KG ausschied und sich ganz seiner wissenschaftlichen Tätigkeit zuwandte, hatte er auch wieder mehr Zeit, sich seiner weiteren Leidenschaft zu widmen, der Malerei. Als Künstler reizten ihn Motive, die das Spiel der Kräfte, der Linien und der Formen sichtbar machten. Anders jedoch als in seinen Geräten kann er in seinen Bildern mit gekonntem schnellem Pinselstrich schwungvoll freien Lauf lassen. Seine Öl- und Pastellbilder sind meistens wunderbar farbig. Sie haben Bauwerke zum Gegenstand, aber auch Landschaften und frei erdachte Szenen. Und seine Portraits zeigen, dass er wirklich malen konnte. Vielleicht wäre dem Autodidakten Konrad Zuse mit seiner Kunst ein ähnlicher Höhenflug beschieden gewesen wie als Erfinder, wenn er diesen Bereich zu seinen Hauptberuf erwählt hätte, was er ja eigentlich vorhatte. Denn, wie er selbst einmal sagte, Informatik hatte er schließlich auch nicht studiert.

Man kann heute getrost von hundert Jahren Konrad Zuse sprechen; denn in den 15 Jahren nach seinem Ableben ist weltweit erst so richtig deutlich geworden, wie unwidersprochen er überall anerkannt wird. Er war diszipliniert, freundlich, aber auch anspruchsvoll. In seinen Jahren als Firmenchef haben seine Mitarbeiter ihn ausnahmslos verehrt. Seine Eltern waren ihm Vorbilder, nicht nur weil sie ihn immer unterstützten, sondern auch in ihrer bescheidenen, pflichtbewussten Lebensart. In seinen Lebenserinnerungen hat er mit einigem Stolz darauf hingewiesen, Zitat: „Mein Vater war Preuße, preußischer Beamter im besten Sinne. Bis zu seinem 40-jährigen Dienstjubiläum hat er nicht einen Tag wegen Krankheit gefehlt". Auch er war offensichtlich aus gleichem Holze. Er wurde im Alter natürlich langsamer und eine etwas fehlgegangene Operation in den letzten Lebensjahren hat ihn belastet. Aber wegen Krankheit gefehlt hat er eigentlich nie. *Hermann Flessner*

Der Autor dieses Beitrags ist Mitgründer und bis heute Vorstandsmitglied der Konrad-Zuse-Gesellschaft sowie Träger der Konrad-Zuse-Medaille und einer der Autoren der Biographie „Konrad Zuse – Der Vater des Computers".

Sonderbriefmarke und Gedenkmünze für Zuse

Das Bundesministerium der Finanzen würdigt den 100. Geburtstag von Konrad Zuse mit der Herausgabe eines Sonderpostwertzeichens und einer Zehn-Euro-Gedenkmünze. Das Motiv der Briefmarke, die einen Wert von 55 Cent hat, entwarfen Stefan Klein und Olaf Neumann aus Iserlohn. Der Entwurf der Münze stammt von Heinz Hoyer aus Berlin. Im Mittelpunkt der Bildseite steht ein Quadrat mit der zukunftsweisenden binären Rechnersprache, teilweise überlagert durch ein stilisiertes Profil Zuses. Diese Kombination soll, in Verbindung mit dem im oberen Teil dargestellten Lochstreifen sowie den seitlich abgebildeten Bezeichnungen der von Zuse gebauten Apparate Z1 bis Z64, seiner bis in die heutige Zeit reichenden Bedeutung in überzeugender Weise gerecht werden. Die Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND", die zwölf Europa-Sterne, die Wertziffer mit der Euro-Bezeichnung sowie die Jahreszahl 2010 und das Münzzeichen „G" (Staatliche Münzen Baden-Württemberg, Prägestätte Karlsruhe). Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „KONRAD ZUSE – VISIONÄR ZWISCHEN NULL UND EINS". Die Gedenkmünze besteht – wie die bisherigen deutschen Zehn-Euro-Gedenkmünzen – aus 18 Gramm „Sterlingsilber" (925er Silber).

Seit dem 10. Juni ist die Briefmarke in den Filialen der Deutschen Post erhältlich. Die Zehn-Euro-Gedenkmünze kann vom gleichen Tag an bei den Banken und Sparkassen sowie den Filialen der Deutschen Bundesbank erworben werden. *PAZ*

Nicht jede Niederlage kostet den Kopf

Friedrich der Große erkannte, dass er seinen General Fouqué mit der Verteidigung von Landeshut überfordert hatte

Im fünften Jahr des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) hatte Friedrich der Große ein starkes Kontingent unter dem General der Infanterie Heinrich August Baron de la Motte-Fouqué (1698–1774) nach Schlesien detachiert, wo er das enge Tal bei Landeshut gegen eine Übermacht der österreichischen Streitkräfte halten sollte, um weitere Truppenverschiebungen Wiens in die schlesische Ebene zu verhindern.

Fouqué hatte die Höhen auf dem östlichen Boberufer ausgebaut und besetzt. Seine Stellung war aber mit über sechs Kilometer Länge für seine nur 9542 Infanteristen und 1985 Kavalleristen mit 68 Geschützen zu weitläufig. Außerdem war die Stellung durch den Zieder-Bach, der bei Landeshut von Südosten nach Nordwesten fließend in den Bober mündet, in zwei Teile getrennt. Die südlich der Stadt Landeshut verlaufende südliche Stellung war die Hauptstellung, war aber durch zahlreiche Hügel unterbrochen.

Fouqué standen 12 000 Mann zur Verfügung, seinem östterreichischen Gegner 35 000

Der österreichische Feldzeugmeister (Generalleutnant) Gedeon Ernst von Laudon (1716–1790), der einer der besten Generäle der Österreicher war und dem König bereits am 12. August 1759 bei Kunersdorf schwer zugesetzt hatte, stand ihm gegenüber. Er hatte den Auftrag, das Korps der Preußen zu vertreiben. Laudon hatte den Angriff auf den 23. Juni festgesetzt. Er detachierte etwa 4000 Mann gegen den noch einige Kilometer östlich bei Freiburg stehenden General Hans Joachim von Zieren (1699–1786), um diesen davon abzuhalten, in den Kampf einzugreifen. Vor Landeshut hatte Laudon 34 871 Soldaten zur Verfügung.

Noch in der Nacht begann das Geschützfeuer aus 22 Kanonen gegen den linken preußischen Flügel, der auf dem rechten Ufer des Zieder-Bachs stand. Dann erfolgte der Angriff. Trotz heftiger Gegenwehr wurden die dort stehenden Preußen von der Übermacht geschlagen und zogen sich nach Landeshut zurück. Auf dem linken Ufer des Zieder-Bachs verlief die Schlacht ähnlich. Sie begann noch in der Dunkelheit mit einer Kanonade der Österreicher und setzte sich dann mit dem Angriff starker österreichischen Kräfte fort. Wieder leisteten die hier postierten vorwiegend schlesischen Bataillone der Preußen starken Widerstand, trieben die Angreifer sogar bis Reichshennersdorf zurück und eroberten zwei Fahnen und eine Standarte. Die hier kämpfenden preußischen Truppen erhielten gegen 7 Uhr den Befehl zum Rückzug, da sie inzwischen dem Kanonenfeuer der auf den eroberten nördlichen Höhen aufgefahrenen schweren Artillerie der Österreicher ausgesetzt waren, und Fouqué ließ seine Kavallerie, die in dem engen Tal nichts ausrichten konnte, aus dem Kessel ausbrechen. Sie schlug sich nach Norden durch und sammelte sich bei Rudelstadt östlich von Kupferberg. Die Österreicher gingen nach einer kurzen Verschnaufpause durch Landeshut hindurch und zwangen die Preußen, sich von Berg zu Berg zurückzuziehen. Laudon forderte gegen 7 Uhr seinen Gegner auf, sich zu ergeben, was abgelehnt wurde. Weiterhin leisteten die Preußen heftigen Widerstand und trieben sogar die Österreicher ein zweites Mal bis Reichhennersdorf zurück, aber gegen 9 Uhr ging ihnen die Munition aus. Sie zogen sich in bester Ordnung über den Bober zurück, um die bewaldeten Höhen nordwestlich der Stadt zu erreichen. Bei Ober-Leppersdorf wurde ein Karree gebildet. Der verwundete Fouqué geriet unter sein Pferd und musste sich gefangen geben. Von dem Rest der Truppen retteten sich noch 359 Mann mit fünf Fahnen in Richtung Breslau.

Der General verlor nicht nur die Schlacht, er geriet auch in Laudons Gefangenschaft

Die Preußen verloren 1927 Mann an Toten; drei Generäle, 239 Offiziere und 7809 Mann gingen teils verwundet in Gefangenschaft. 34 Fahnen, zwei Standarten und ein Paar Pauken fielen den Österreichern in die Hände. Der Verlust der Österreicher wurde mit 774 Toten und 2144 Mann Verwundeten angegeben. Die Stadt Landeshut wurde viele Stunden lang so erbarmungslos geplündert, dass Laudon am 28. Juni 1760 den Ältesten ein Schreiben übergeben ließ, in dem er die „frevelhaften Taten" scharf verurteilte. Friedrich zog seinen General nicht zur Verantwortung, da er einsah, dass dieser den Befehl auszuführen versucht hatte, was aber unter den gegebenen Bedingungen nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte. *Jürgen Ziechmann*

Luthers Beichtvater und Grabredner

Vor 525 Jahren wurde im pommerschen Wollin der Reformator Johannes Bugenhagen geboren

Als Reformator entwickelte der Pfarrer an der Stadtkirche Wittenberg, Lehrer an der Universität Wittenberg und Generalsuperintendent des sächsischen Kurkreises neue Kirchenordnungen für große Teile Norddeutschlands, Dänemark und Norwegen. Damit hat der Freund und Weggefährte Martin Luthers eine nachhaltige Bedeutung für die sich herausbildende Evangelische Kirche erlangt.

Von dem „Pomeranus“ redete Luther ironisch-sarkastisch gerne dann, wenn er sich über seinen Freund und Beichtvater, den Wittenberger Stadtpfarrer Johannes Bugenhagen, geärgert hatte. Besonders dessen in seinen Augen viel zu lange Predigten kritisierte er zuweilen heftig und meinte, der „Priester“ habe an diesem Sonntag seine Predigthörer „außerordentlich geopfert“. Da Predigten von einer Stunde Länge bei den Reformatoren als normal galten, muss Bugenhagen wohl schier endlos gepredigt haben.

Seine Kindheit, Jugend und Schulzeit verbrachte der vor 525 Jahren, am 24. Juni 1845, geborene Bugenhagen auf der Insel Wollin vor dem Stettiner Haff, daher sein Spitzname „Pomeranus“. Dort wirkte sein Vater Gerhard als Ratsherr und vielleicht auch als Bürgermeister. Durch sein Elternhaus lernte er schon als Kind die Mechanismen der kleinstädtischen Machtpolitik kennen, was ihm später bei der Einführung der reformatorischen Kirchenordnungen in Lübeck, Hamburg, Bremen oder Braunschweig zugute kam. Diese Verträge regelten nach Einführung der Reformation die wichtigsten religiösen und sozialen Belange eines Gemeinwesens, wie das Schulwesen, die Armenfürsorge, den Unterhalt der Pastoren, die Durchführung von Gottesdiensten oder Hochzeiten. Die Kirchenordnungen, darunter auch die pommersche, gelten als das wichtigste Werk des engen Weggefährten Martin Luthers.

Das Elternhaus Bugenhagens pflegte intensive Beziehungen zum Zisterzienserkloster in Wollin, das von einer Schwester des Pommernherzogs Bogislaw X. geleitet wurde. Der Fürst hatte in den Wirren der Reformationszeit seit 1517 eine nach innen flexible Religionspolitik vollzogen. Evangelische Prediger wurden zugelassen, solange ihre Predigten nicht zum Aufruhr führten. Dieser Politik musste sich der damalige Bischof Erasmus von Manteuffel fügen, und Bogislaws Söhne, Georg und Barnim, setzten diese Linie nach dem Tod ihres Vaters fort. Dabei musste auch Rücksicht auf die Reichspolitik genommen werden, denn Pommern war bis 1530 Reichslehen. Der katholische Kaiser Karl V. hatte über die Vergabe zu entscheiden.



Johannes Bugenhagen: Porträtiert von Lucas Cranach dem Älteren (1472–1553)

Die Reformation wurde daher in Pommern zunächst stillschweigend toleriert. Die reformatorische Bewegung, die sich vor allem in evangelischer Predigt, der deutschen Messe und dem Abendmahl in beiderlei Gestalt manifestierte, zog noch keine organisatorischen Konsequenzen oder schwere Zerwürfnisse nach sich. Bilderstürme, Zerstörung von Klosteranlagen, gewaltsame Vertreibung der Mönche und Nonnen oder bürgerkriegsähnliche Zustände, wie in anderen Teilen Norddeutschlands, blieben aus. Die staatliche Einheit und eine einheitliche Regierung konnten erhalten werden.

Dies änderte sich, als die pommerschen Städte durch die reformatorische Bewegung eine gute Gelegenheit gekommen sahen, ihre durch die Herrschaft Bogislaws eingeschränkte Selbständigkeit zurückzugewinnen. Durch den neuzeitlichen Humanismus, der demokratische Regungen unter den Bürgern stärkte, sahen sich die Ratsherren und Kaufleute der Städte aufgerufen, gegen angebliche Misswirtschaft aufzubegehren und nach einer partiellen Neuverteilung der Macht zu rufen.

So entschlossen sich die pommerschen Herzöge unter dem Druck der reformistischen Kräfte schließlich im Sommer 1534 dazu, die Reformation auch in ihrem Lande durchzuführen. Dabei wollten sie sogar den katholischen Bischof von Manteuffel mit in die Neuordnung der Kirchenverhältnisse integrieren, um möglichst wenig Unruhe bei der Neugestaltung zu erzeugen. So riefen sie am 13. Dezember 1534 einen „Landtag“ in Treptow ein, wozu der katholische Bischof von Cammin, die Stiftsstände, der Adel, die Städte, die evangelischen Vertreter der Städte Stralsund (Christian Ketelhot), Stettin (Paul vom Rode), Greifswald (Johannes Knipstro), Stargard (Hermann Riecke) und Stolp (Jacob Hogensee) sowie Johannes Bugenhagen geladen waren. Eine Übereinkunft konnte nicht erzielt werden.

Man ersuchte nun Johannes Bugenhagen, für Pommern eine Kirchenordnung zu verfassen. Dies gestaltete sich aufgrund des erfolglosen Landtages schwierig. So konnte er nur eine Kirchenordnung ausarbeiten, die den absoluten Notwendigkeiten Rechnung trug und als Grundlage der zu schaffenden reformatorischen Landeskirche in Pommern dienen sollte. Schon Anfang Januar 1535 war die pommersche Kirchenordnung unter Berücksichtigung der Landesvorlagen dann in ihrer endgültigen Form ausgearbeitet. Sie ging alsbald nach Wittenberg zum Druck und erschien noch im selben Jahr. Die Kirchenordnung selbst ist daher im Verhältnis zu den Ordnungen der Städte relativ kurz und enthält auch nicht die predigtartigen theologischen Begründungen der Stadtordnungen. In ihr werden die Themen des Predigtamtes, der „Gemeine Kasten“ (Armenfürsorge) und die Zeremonien angesprochen.

Die pommersche Kirchenordnung versucht der Verkündigung des Evangeliums als Gotteswort Raum zu geben und ein Gott gemäßes Leben in der Gemeinde zu sichern. Unter diesem Aspekt fließen auch Ausführungen zum Schulwesen ein, doch werden anders als in der Wittenberger Ordnung Bugenhagens Mädchenschulen nicht erwähnt.

Die Empfehlungen Bugenhagens haben die Zeiten überdauert und sind bis heute in der Pommerschen Landeskirche lebendig geblieben. Was der Reformator allerdings dazu sagen würde, dass seine Nachfahren die Auflösung eben dieser Landeskirche im Jahr 2012 planen, wäre interessant zu erfahren. Dann nämlich sollen die drei evangelisch-lutherischen Landeskirchen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zur „Nordkirche“ fusionieren. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

Besatzer und Ehrenbürger

Berlin – General Nikolaj Bersarin, der erste sowjetische Stadtkommandant von Berlin, liebte deutsche Motorräder, und – Ironie der Geschichte – auf einer erbeuteten Zündapp verunglückte er am 16. Juni 1945 tödlich. Josef Stalin war wütend über diesen „Rowdy“, die deutschen Stalinisten um Ulbricht freuten sich hingegen über den Tod des aus ihrer Sicht zu umgänglichen Generals, den viele Berliner bedauerten. „An der Front schlug ich die Deutschen“, so der General zu Journalisten, „aber im Hinterland sorgte ich für ihre Verpflegung“. In den 54 Tagen von Bersarins Kommandantur ging es den Berlinern besser als den Moskauern, wie selbst der CDU-Politiker Ernst Lemmer verblüfft meinte. Wichtiger noch waren Verkehr, Stromversorgung, Kultur und so weiter, die Bersarin wieder ankurbelte – umsichtig und ohne ideologische Scheuklappen. Als die Westalliierten Anfang Juli 1945 in Berlin eintrafen, fanden sie eine trotz aller Zerstörungen weithin funktionierende Stadt vor. Erst 1975 machte Ostberlin Bersarin zum Ehrenbürger, seit dem 11. Februar 2003 ist er es auch im wiedervereinten Berlin, in Würdigung seiner „Verdienste beim Aufbau“. *Wolf Oschlies*



Nikolaj Erastowitsch Bersarin

Landesmütterlich

Vor zehn Jahren starb Christiane Herzog

So wie Mildred Scheel gegen den Krebs und Veronica Carstens gegen die Multiple Sklerose kämpfte Christiane Herzog gegen Mukoviszidose. Im Gegensatz zu den Ehefrauen der Bundespräsidenten Karl Carstens und Walter Scheel war die Frau von Roman Herzog keine Ärztin. Vielmehr hat die am 26. Oktober 1936 in München geborene Pfarrerstochter Pädagogik studiert und anschließend als Hauswirtschaftslehrerin an einer Sonderschule gelehrt.

1958 heiratete sie den in Landshut gebürtigen Roman Herzog. Beide bildeten ein harmonisch wirkendes Paar, strömte doch auch sie die von ihrem Mann kultivierte ganz unverkrampfte bayerische Gemütlichkeit aus. Selbst für manchen Norddeutschen war das eine Wohltat nach der betonten elitären Intellektualität von Weizsäckers.

Es wäre jedoch falsch, hieraus auf ein gemütliches, undiszipliniertes Leben der Christiane Herzog zu schließen. Bei dem rasanten, mit vielen Umzügen verbundenen Aufstieg ihres Mannes hielt sie ihm den Rücken frei und während seiner Amtszeit als Bundespräsident wusste sie bereits um ihre schwere Krankheit. Sie behielt es für sich und versuchte trotzdem, ihren Landsleuten eine Zuversicht ausstrahlende Landesmutter zu sein. Zu diesem Image passte, dass die vormalige Hauswirtschaftslehrerin ihre Mitbürger zu einer Kochsendung vor den Fernseher lud und ihnen Kochbücher anbot. Die Erlöse kamen ihrer Stiftung für Muskoviszidose-Kranke zugute.

Christiane Herzog Bild: dpa

Vor zehn Jahren, am 19. Juni 2000, erlag die siebte First Lady der Bundesrepublik Deutschland ihrem schweren Krebsleiden. *M.R.*

Sportwagen aus Mailand

Vor 100 Jahren wurde Alfa Romeo gegründet – Das Stammwerk schuf ein Franzose

Die Geschichte von Alfa Romeo beginnt mit Alexandre Darracq. Der französische Automobilbauer errichtete 1906 vor den Toren Mailands ein Zweigwerk, in dem aus in Frankreich vorgefertigten Teilen Wagen der Marke „Darracq“ montiert wurden. Die Niederlassung wurde jedoch ein Opfer des Nationalismus. Es hieß, die Franzosen würden den Italienern mangelhafte Vorprodukte liefern. Wer in Italien einen Darracq wollte, kaufte ihn daher lieber in Frankreich. Und nationalbewusste Italiener zogen dem in Italien nur montierten Darracq in Italien produzierte Autos wie den Fiat vor.

Ugo Stella, Geschäftsführer der Niederlassung und einer ihrer wenigen italienischen Mitarbeiter, gewann autobegeisterte lombardische Bankiers für die Idee, das Werk zu übernehmen. Am 24. Juni 1910 wurde die von ihnen gegründete (Società) Anonima Lombarda Fabrica Automobili (A.L.F.A., Aktiengesellschaft Lombardische Automobilfabrik) in Mailands Handelsregister eingetragen. Dieses gilt heute als die Geburtsstunde Alfa Romeos.

Als Logo verband man das rote Kreuz auf weißem Grund des Mailänder Stadtwappens mit der ein Kind verschlingenden Schlange der lombardischen Herzogsfamilie Visconti. Darum herum schlug man ein blaues Band mit dem Firmenkürzel oben und der italienischen Bezeichnung Mailands unten sowie zwei Savoyischen Knoten der italienischen Königsfamilie links und rechts zwischen den Schriftzügen.

Die neuen Herren des Unternehmens fürchteten die Konkurrenz des nationalen Marktführers Fiat und suchten sich deshalb eine Nische: leistungsstarke Autos für gehobene Ansprüche. Damit war A.L.F.A. auch tatsächlich im Automobilsport erfolgreich. Der Erste Weltkrieg wurde A.L.F.A. allerdings zum Verhängnis. Der Kriegsausbruch führte zur Schließung der Grenzen. Der Export brach weg. Und statt Luxuswagen wurde Kriegsgerät nachgefragt. Die Umstellung der Produktionspalette gelang nicht und das Unternehmen wurde 1915 zum Konkurs angemeldet.

Sorgenkinder namens »Alfasud« und »Arna«

Neuer Herr des Werkes wurde der lombardische Industrielle Nicola Romeo, der mehr Rüstungsaufträge als Produktionskapazitäten sein Eigen nannte und deshalb gerne zugriff. Nach dem Krieg nahm er dann die Autoproduktion wieder auf. Aufgrund des guten Rufes der A.L.F.A.-Fahrzeuge übernahm er für seine Autos das Kürzel, verband es allerdings mit seinem Nachnamen zu Alfa Romeo. Das alte A.L.F.A.-Logo wurde mit der entsprechenden Änderung übernommen und 1930 erhielt auch das Unternehmen den Namen der von ihm produzierten Automobile.

Alfa Romeo war im Rennsport durchaus erfolgreich, doch hatte Romeo das gegenteilige Problem von A.L.F.A. Ihm wollte die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion nicht so recht gelingen. Nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wurde Alfa Romeo deshalb verstaatlicht.

Dem verlorenen Zweiten Weltkrieg folgte das Ende der Monarchie in Italien. Die beiden Savoyischen Knoten im Alfa-Romeo-Logo wurden durch stilisierte Bänder ersetzt. Jedoch hatte die italienische Niederlage und Besetzung auch handfestere Folgen für das Unternehmen. Bei Kriegsende waren drei Fünftel des Stammwerkes zerstört. Doch der Wiederaufbau gelang. Allerdings widerfuhr Alfa Romeo schließlich das Schicksal vieler Staatsunternehmen, bei denen Entscheidungen durch Politiker nach nicht betriebswirtschaftlichen Kriterien bestimmt werden. Um die dortige Arbeitslosigkeit zu senken, baute das Mailänder Unternehmen ab 1972 nämlich bei Neapel den „Alfasud“. Im Logo spiegelt sich das durch den Fortfall des unteren Schriftzuges „MILANO“ und der beiden stilisierten Bänder wider.

Der „Alfasud“ ist als ein Fahrzeug der Kompaktklasse mit Frontantrieb dem VW „Golf“ vergleichbar, hatte für seinen Hersteller jedoch betriebswirtschaftlich eine ganz andere Bedeutung. Im süditalienischen „Alfasud“-Werk war nämlich die Zahl der Streiks über- und die Fertigungsqualität unterdurchschnittlich. Bereits ein Jahr nach der Aufnahme der Produktion im Mezzogiorno rutschte Alfa Romeo in die Verlustzone. Als wenig erfolgreich erwies sich auch die Zusammenarbeit mit Nissan beim Bau des „Arna“, für den ab 1981 in Avellino ebenfalls ein neues Werk gebaut wurde.

Alfa Romeo war nun übernahmereif. Ford zeigte Interesse. Doch einen nationalen Konkurrenten mit der Potenz eines US-Multi im Rücken wollte Fiat vermeiden und so griffen die Turiner 1986 selber zu, beendeten Alfa Romeos Unabhängigkeit. Manche „Alfisti“ beklagen, dass seitdem Alfa Romeo verkappte Fiats seien. Aber wenigstens äußerlich heben sich die etwas sportlicheren Autos mit dem „Scudetto“ (schildförmiger Kühlergrill) noch von der Massenware der Mutter ab. *Manuel Ruoff*

Vertane Chance

Zu: „Vorherrschaft nicht erwünscht“ (Nr. 18) und „Zur Sprengfalle mutiert“ (Nr. 17)

Einmal mehr stellen unsere Migranten als erstes Forderungen in unserem Land. So wie jetzt die neue niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan (CDU). Sie forderte als erste Amtshandlung das Verbot von Kruzifixen in deutschen Schulen und ergebnisoffene EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Und Hannelore Kraft (SPD) hat sich doch tatsächlich Frau Kaykin von der hochumstrittenen „Merkez-Moschee“, als „Expertin für den interkulturellen Dialog und gelebte Integration“ in ihr Wahlkampfteam geholt. Sie soll jetzt Integrationsministerin werden. Bravo, rufen da wieder unsere „Gutmenschen“. Leider ist der Schuss aber nach hinten losgegangen, denn ausgerechnet dieser Verein, übrigens mit 2,5 Millionen Euro Steuergeldern finanziert, hat sich kurz nach Eröffnung abgeschottet und die Fundamentalisten haben die „Führung“ übernommen.

Ach ja: Hier kritisiert ein türkischer Verbandschef, dass von Türken gezahlte GEZ-Gebühren einseitig für die Berichterstattung über den Genozid an den Armeniern ausgegeben würden.

Jutta Becker, Herten

Deutschlands ewige Lust an der Selbstgeißelung

Zu: Leserbrief „Charta der Heimatvertriebenen kaum gewürdigt“ (Nr. 18)

Mit Interesse habe ich die *PAZ* gelesen, die über das von den herkömmlichen Medien oft vernachlässigte Schicksal der Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen dankenswerterweise berichtet. Ich, 48 Jahre, bin Schwabe und finde, preußische Tugenden und schwäbischer Fleiß ergänzen sich hervorragend. Ich habe die Geringschätzung, die die Linken diesem Land entgegenbringen, nie verstanden. Deutschland hat eine reiche Kulturtradition und genießt, auch dies realisieren die Verleumder nicht, international einen ausgezeichneten Ruf, ist Anwalt der osteuropäischen Staaten, leistet Entwicklungshilfe und ist die treibende Kraft bei der europäischen Einigung.

Zur aktuellen Diskussion um den Bund der Vertriebenen (BdV): Ein klares Bekenntnis von Erika Steinbach zur Oder-Neiße-Grenze würde helfen, Spannungen abzubauen und zur Versachlichung beitragen. Dennoch ist die mangelnde Unterstützung für die Vertriebenen und das willfährige Entgegenkommen gewisser politischer Kreise gegen-über den Vertreiberstaaten bei gleichzeitiger Aufgabe von ehemaligen Konsenspositionen ein handfester Skandal. Die 68er und ihre Nachfolger haben ganze Arbeit geleistet und dominieren weitgehend die Medien zum Schaden unseres Landes. Günter Grass, der vermeintliche Vertreter des besseren Deutschlands, hat seine einstigen Landsleute verraten, indem er sich von ihnen abwandte und Positionen der Vertreiberstaaten übernahm, die das Geschehene als „Umsiedlung“ verharmlosen.

Es gibt wohl kaum ein Land in Europa, das so wenig Selbstbewusstsein hat wie wir und wo die Lust an der Selbstgeißelung so verbreitet ist. Es ist nicht abzusehen, dass sich dies in absehbarer Zeit ändert, da die Vertriebenen überwiegend als „ewig Gestrige“ betrachtet werden, die bei der Versöhnung mit Polen und Tschechien eigentlich nur stören. Solange das Unrecht aber nicht als solches benannt wird, ist Versöhnung schlicht nicht möglich. Andere Länder formulieren ihre Interessen viel deutlicher. Aber was politisch nicht gewollt ist, kann auch nicht durchgesetzt werden, zum Schaden unseres Landes und seiner Bewohner.

Ich wünsche Ihnen den Mut, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen und sich nicht bei der Behandlung heikler Themen beirren zu lassen. Ich habe keinen Vertriebenenhintergrund, dennoch lerne ich Tschechisch, um mir vor Ort ein Bild von einem Land zu machen, wo solches geschah.

Martin Wessel, Stuttgart



Ab an die Steckdose: Die 15 bis 20 Kilowattstunden nachzuladen, die ein Kleinwagen auf 100 Kilometer benötigt, dauert über eine normale Haushaltssteckdose etwa sechs bis acht Stunden. Wer sich einen Drehstromanschluss in die Garage legt, kann auf unter zwei Stunden kommen. Bild: ddp

Höhere Steuern für Kinderlose

Zu: „Geburten gehen weiter zurück“ (Nr. 20)

Bei der jetzt in Bund und Ländern, ja in fast ganz Europa unumgänglichen Haushaltssanierung wird es mit bloßen Einsparungen nicht getan sein. An Steuererhöhungen führt leider kein Weg vorbei. Wo aber soll die Schraube ansetzen? Vermutlich wird es bei uns wieder auf eine Umsatzsteuererhöhung hinauslaufen: die unsozialste Steuer, die es gibt, da sie die Allerärmsten genauso trifft wie die Besserverdienenden.

Gerechter wäre es da anzusetzen, wo die Wurzeln vieler Übel liegen: bei den Kinderlosen, die in vielfacher Hinsicht die Verursacher unserer Probleme sind. Sie sparen sich Mühe und Kosten der Kinderaufzucht, rechnen aber sicher darauf, dass anderer Leute Kinder ihnen im Alter die Rente erwirtschaften und die Krankenkassenkosten mitfinanzieren. Es ist ein zentraler Fehler unseres Steuersystems, dass solches Verhalten sich bisher bestens rentiert: Kinderlose können sich Urlaubsreisen oder Anschaffungen leisten, von denen Familien mit drei oder vier Kindern nur träumen können, von deren viel größeren Berufs- und Wohnungsproblemen (Mietkosten!) mal ganz abgesehen. Daher wäre es nur gerecht, diese stets wachsende Personengruppe durch eine entsprechende Steuer gründlich anzuzapfen. Ein Aufschlag von etwa 15 Prozent auf die Einkommensteuer könnte da die Richtgröße sein.

Man denke übrigens nicht, dass ich im eigenen Interesse schreibe: ich selbst bin unverheiratet und kinderlos. Gerade darum weiß ich genau, welche materiellen Vorteile man dadurch hat. Ein Staat, der das zulässt, sollte das Wort „sozial“ lieber nicht in den Mund nehmen.

Dr. Tilmann Leidig, Heidelberg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Infizierte Zeitgeschichte

Zu: „Nicht nur ‚Kollateralschaden‘“ (Nr. 19)

Die Habgier der Polen nach nichtpolnischem Land kennzeichnet seit 1920 das Bestreben dieses Volkes. Im Oktober 1945 stand meine polnische Tante ausgeplündert und vertrieben aus ihrer Wohnung in Graudenz bei meinen Eltern vor der Tür und bat um Aufnahme. Aufnahme in eine Wohnung, die zu 75 Prozent durch Bombenterror zerstört war. Natürlich nahmen wir meine Tante und ihre Familie bei uns auf. Ihre eigenen Landsleute hatten sie verjagt, nur weil sie mit einem Deutschen verheiratet war. Bereits im September 1939 hatten die Polen meine Tante in den Leidenszug der Volksdeutschen nach Lowitsch gesteckt und ihre Zahnarztpraxis total zerstört. Welcher deutsche Michel weiß heute noch etwas von diesem Leidenszug der Volksdeutschen? Eine durchgebrochene deutsche Panzerspitze rettete damals diese Menschen vor ihrer Exekution. Diese liebenswerte Frau erholte sich damals acht Wochen lang bei meinen Eltern von ihren Traumata, wie man das heute nennt.

Es ist Herrn Dr. Westerwelle nicht anzulasten, dass ihm diese Erfahrung fehlt. Aber lernwillig sollte er schon sein. Unsere heutigen Politiker sind Kinder ihrer Zeit. Sie gehören der Reeducationgeneration an. Was ist darunter zu verstehen? Der ehemalige Chefredakteur der Zeitung „New York World“, Walter Lippmann, lässt es uns wissen: „Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger in die Geschichtsbücher der Besiegten eingegangen ist und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden.“ Jeder, der sich heute in ein Schulgeschichtsbuch vertieft, kann sich davon überzeugen, dass dieses in einmaliger Weise gelungen ist.

Wenn wir uns heute zeitgeschichtlichen Vorgängen zuwenden, sollten wir an ein Wort des Philosophen A. Schopenhauer erinnern, der formulierte: „Die Zeitgeschichte ist mit der Lüge infiziert wie die Hure mit der Syphilis.“ Wenn Schopenhauer in seiner Zeit zu dieser Feststellung kam, dann scheint dieses Problem nicht neu zu sein.

Dr. Hans-Joachim Meyer, Alfeld

Abstimmungs-Saga machte mich zum »Gesinnungsostpreußen«

Zu: „Ein Beispiel preußischen Organisationstalentes“ (Nr. 17)

Bezüglich Ihres Artikels über die Volksabstimmung in Ostpreußen am 11. Juli 1920 kann ich mich noch sehr gut daran erinnern, dass mein Großvater Karl Kowalewski und meine Großmutter Marie-Louise, geborene Stiebert, beide waschechte Masuren aus Leegen und Lyck, uns Kindern immer wieder von ihrer Seereise von Kiel nach Ostpreußen mit dem „Seebäderdienst“ zur Abstimmung erzählten. Diese Seereise war die bleibende und unvergessliche Erinnerung unserer „Heimattreuen“, die auch meine Beziehung zu meiner Ahnen-Heimat emotional so sehr geprägt hat, dass ich mich ein Leben lang als „Gesinnungsostpreuße“ gefühlt habe. Was meine lieben Ostpreußen durch den Heimatverlust erlitten haben, habe ich mitgelitten, als ob es meine eigene Heimat gewesen wäre. Als ich dann später als Besucher die Heimat meiner Väter kennenlernte, war ich tief erschüttert, als ich an den Gräbern meiner Vorfahren stand.

Meine Großeltern hatten 1890 ihre Heimat aus beruflichen Gründen verlassen müssen, aber als „heimattreue“ Ostpreußen hingen sie mit großer Liebe an ihrer alten Heimat, von der sie immer wieder erzählten. Großvater „Karlchen“ pflegte seine „Mietze“ anlässlich der ungezählten Rezitationen der Abstimmungs-Saga gerne zu necken, indem er, nicht ohne gutmütige Schadenfreue, jedes Mal andeutete, Großmutter sei bei der Seereise seekrank geworden, worauf Großmutter stets mit fast mädchenhafter Verlegenheit reagierte: „Aber Karrlichen ....“ Der masurische Klang dieser Worte lässt sich phonetisch nicht darstellen, aber ich höre diese wunderbare Melodie immer noch, als wenn es gestern gewesen wäre ...

Dr. Karl Kowalewski, Lüchow

Flexible Elektroautos sind technisch nicht möglich

Zu: „Ehrgeiziges Ziel“ (Nr. 18)

Haben Sie einmal ausgerechnet, wie weit Sie mit der Energie Ihrer vollgeladenen Autobatterie kommen? Das sind gerade einmal fünf Kilometer. Und wenn Sie auf Licht, Heizung und Klimatisierung nicht verzichten wollen, reduziert sich das auf nicht einmal die halbe Strecke.

Angenommen, Sie leisten sich eine entsprechend große Lithium-Ionenbatterie. Dann können Sie 100 bis 120 Kilometer weit fahren. Wenn Sie dann zu einer Elektro-Tankstelle zum Aufladen kommen, dann wird Ihnen der Elektro-Tankwart sagen: Kommen Sie nach sechs Stunden wieder!

Ein alltagstaugliches Elektro-Auto, das wie wir es gewohnt sind, seinen Dienst tun soll, wird es daher nie geben. Der Grund ist einfach: Es gibt keinen Tank für Elektrizität. Das ist ein Wunschtraum seit 100 Jahren und wird es bleiben. Man muss einen Umweg über die Speicherung chemischer Energie benutzen. Die chemischen und physikalischen Vorgänge, die in einer Batterie ablaufen, sind bekannt, und man kennt auch die Grenzen. Die heute vielgepriesene Lithium-Ionenbatterie hat gegenüber der Bleibatterie Vorteile: Sie wiegt die Hälfte und liefert eine höhere Spannung. Sie braucht nur die halbe Zeit zum Aufladen. Sie darf andererseits nicht überladen werden und erfordert daher eine Technik zur Ladebegrenzung. Sie darf auch nur zu 80 Prozent entladen werden, sonst nimmt sie Schaden. Sie muss möglichst bei 15 bis 25 C betrieben werden, braucht also im Winter eine Heizung. Sie ist teuer. Um 10 000 bis 15 000 Euro muss man rechnen. Lithium ist ein seltenes Mineral. Nennenswerte Vorkommen sind nur in Südamerika bekannt. Mit einer spekulativen Verteuerung ist zu rechnen.

Elektroautos wird es geben, zum Beispiel im Paketzustelldienst. Schon vor 80 Jahren fuhren dafür Elektroautos der Firma Bergmann durch die Straßen, leise, langsam und abgasfrei. Nachts wurde die Batterie aufgeladen. Viel mehr ist auch in Zukunft nicht zu erwarten.

Dr. Gustav Krüger, Herrenberg

Abendmahl: Die Einsetzungsworte von Leib und Blut sind gerade noch tolerierbar

Zu: „Absurde Forderung“ (Nr. 20)

Der Autor stellt Betrachtungen an, die für Anhänger der Auffassung vom Vorrang der Lehre Jesu eine ganz unchristliche und unnötige Provokation darstellen. Wieder ist unjesuanische Destruktion am Werke!

1. Behauptung: Es müsse für Nichtkatholiken zumindest ein tiefer Konsens darüber bestehen, dass diese bei Teilnahme an der katholischen Eucharistiefeier in der Weise „kommunizieren“, dass sie – wie die katholischen Brüder und Schwestern – den (mystischen) Leib Christi empfangen wollten. Alles andere wäre Unaufrichtigkeit. Dieses Argument lebt von der Unterstellung eines eingeengten Kommunizierungswillens, den es so nicht gibt. Wenn zum Beispiel ein evangelischer Ehegatte an der katholischen Eucharistiefeier seiner Ehefrau teilnimmt, dann wird seine Motivation dazu aus seiner protestantischen Überzeugung bestimmt bleiben. Das unterstellte Wollen hat er nicht, und er ist dabei nicht einmal unaufrichtig vor Gott und sich selbst. Schuldet er doch die Aufrichtigkeit und die Kongruenz seines Glaubens nur Gott und nicht dem Katholizismus. Der aufgeklärte Protestant begegnet in der Abendmahlsfeier dem Geist Jesu, er tritt in Gemeinschaft mit ihm (communio) und dankt ihm gleichzeitig (evcharisto = griech. für Danke) für seine Heilsbotschaft. Die althergebrachten Einsetzungsworte von Leib und Blut sind ihm gerade noch tolerierbares, traditionelles, überholtes Beiwerk aus der Dogmengeschichte. Er sähe es lieber überwunden.

2. Behauptung: Die Verweigerung einer gemeinsamen ökumenischen Mahlfeier durch die katholische Kirche sei gegründet in deren Sorge um das Seelenheil (sic!) der verwirrten evangelischen Gläubigen, das diese durch ihre angebliche Unaufrichtigkeit gefährdeten. Dabei wird die lutherische Rechtfertigungslehre hier als Argument dahin fehlgedeutet, dass die Sola-fide-Theologie angeblich nur solche Glaubensinhalte zulasse, die – unausgesprochen – von der kirchlichen Dogmenhierarchie vorgegeben werden. Alles andere wäre Beliebigkeit, Subjektivität. Dabei bleibt nicht nur Kant auf der Strecke, der zur eigenverantwortlichen Glaubenssuche riet, wobei die Kirchen nur ein mögliches Medium zur Befähigung des Glaubenkönnens darstellen. Es wird dabei auch übersehen, dass es nichts Beliebigeres als die paulinische Interpretation des Heilsgeschehens mit dem Blutopfer am Kreuz gibt. Paulus hat weder Jesus gekannt noch dessen ausschließliches Konzept (siehe seine Botschaft) für die Irdischen je verstanden, soweit es nicht „nur“ um moralisch-ethische Regeln des allgemeinen Humanismus ging. Sein archaischer Opferglaube gilt heute als Mythos des Altertums und ist einer Zeit der Unaufgeklärtheit noch geschuldet. Weil dies inzwischen erkannt ist, betont die moderne evangelische Theologie heute die Heilswirkung der Botschaft Jesu. Nicht wer an den Opfertod zur Selbstentzürnung Gottes glaubt, sondern derjenige, der der Botschaft der Bergpredigt nachzufolgen anstrebt, ist im Geiste Jesu und des von ihm aufgezeigten Weges des Heils (schon) auf Erden unterwegs.

»Paulus hat Jesus nicht verstanden«

3. Behauptung: Interkonfessionelle Abendmahlfeiern bedrohen den innersten Kern der jeweiligen Identität auf katholischer wie auf protestantischer Seite und seien von daher nutzlos. Wenn es denn einen solchen innersten Kern der Gemeinsamkeit gibt, dann ist es dringende Aufgabe, diesen auch in der gemeinsamen Abendmahlsfeier sichtbar werden zu lassen: Was wollte Jesus für die Lebenden erreichen? Er wollte den Weg aufzeigen, wie sie auf Erden schon das Reich Gottes erfahren könnten und für diese Überzeugung ging er in den politischen Tod. Jesus war auch kein Jenseitsvertröster, zu dem ihn Paulus macht. Jesus forderte hier und jetzt und allezeit die Nachfolge im Geiste wie im Tun. Nicht die konfessionelle Dogmen-identität ist das Anliegen Jesu, sondern das Heil der Menschen. Sollten wir uns nicht in Dankbarkeit dafür zum gemeinsamen Mahle einfinden können?

Michael Wiesemann, Hitzacker

Das Ostpreußenblatt

Nr. 24 – 19. Juni 2010

MELDUNGEN

Reicher Gouverneur

Königsberg – Georgij Boos hat seine Steuererklärung für 2009 offen gelegt. Sein Jahreseinkommen betrug demnach 86 419 301 Rubel (über 2,2 Millionen Euro). Davon macht das Gouverneursgehalt nur 851 960 Rubel (rund 22 000 Euro) aus. Der Rest sind vor allem Zinsen von Bankeinlagen, Dividenden aus Wertpapieren und Renditen aus Gesellschafteranteilen. Davon lebt er, das Gouverneursgehalt spendet er Kinderheimen. *PAZ*

Fischerfriedhof rekonstruiert

Nidden – Auf Initiative der Gemeindeverwaltung von Neringa, einem Zusammenschluss von Erlenhein, Schwarzort, Perwelk, Preil und Nidden, hat die Renovierung des alten Niddener Friedhofs begonnen. Verwitterte Kurenbretter wurden durch Kopien ersetzt und auch neue aufgestellt. Des weiteren wurden die Felder gepflegt, der Friedhofszaun repariert und Leuchten an den Wegen installiert. Das von der Europäischen Union geförderte Projekt wird den einmaligen, berühmten und unter anderem von Lovis Corinth in Öl gemalten Fischerfriedhof von Nidden nicht vollständig wiederherstellen, doch einen Eindruck des alten Zustandes wird der Besucher wohl gewinnen können. *PAZ*



Neues auf dem alten Friedhof

Deutsche ringen mit Russen

Tilsit – Tilsit hat sich zu einem Zentrum des Ringersports entwickelt. Alljährlich findet dort das internationale Babinow-Gedenkturnier statt. Im Rahmen der Kieler Städtepartnerschaft fuhr unlängst eine Jugend-Ringermannschaft des TuS Gaarden nach Tilsit, um am diesjährigen Turnier teilzunehmen. In einem großen Teilnehmerfeld von 220 Aktiven aus der Russischen Föderation und den baltischen Staaten schlugen sich die Kieler Jungs beachtlich und errangen in der D-Jugend (bis 31 Kilogramm) sogar den Turniersieg. Die Tilsiter Jugendringer, die bereits dreimal an Städtevergleichstreffen in Kiel teilnahmen, sind im September mit einem Ringerteam zum Tag des Sports nach Kiel eingeladen. Die sportliche Begegnung soll ein weiterer Schritt sein, die Kieler Partnerschaft mit der Stadt am Memelstrom mit Leben zu erfüllen. *H. Dz.*

Die besten Steine nach Moskau

Der Zeitzeuge Ojars Blumbergs berichtet vom Schicksal der jüdischen Friedhöfe in Königsberg und Riga



Hier war einst Königsbergs jüdischer Friedhof: Orthodoxe Juden weihen im März 2002 eine Gedenktafel für Rabbi Israel Salanter an dessen Grab ein. Zeitzeuge Ojas Blumbergs berichtet nun, wie dieser Friedhof im Jahre 1952 zerstört wurde. Bild: Ullstein

Von den damals lebenden und arbeitenden Personen bin ich der einzige Übriggebliebene auf dieser Welt. Ich erfülle nur ein Versprechen, das ich einmal meinem deutschen Meister Waldmann gegeben habe, dem ich es verdanke, in den 50er Jahren das Steinmetz-Handwerk in der Firma „Granit“ in Riga, Friedensstraße, erlernt zu haben.

Wir arbeiteten im Wechsel: zwei Wochen Nachtschicht, worauf eine Woche Tagschicht folgte. Das gab die Möglichkeit, beim Schichtwechsel am Abend in Riga das 8. Rainis-Abend-Gymnasium für die Arbeiterjugend zu besuchen. Es gibt keinen Menschen, der das noch heute erzählen könnte. Ich hatte damals 17 Jährchen, der nächstjüngere Fabrikarbeiter, A. Bulga junior, war über 40. Mir gefiel diese Arbeitsstelle auch deswegen, weil es hier keine Komsomol-Organisation gab, auch nicht in der Abendschule. Schon seit früher Jugend hatte ich den Grund zu meinem „Apolitismus“ in der herrschenden bolschewistischen Gesellschaft erworben.

Am 15. März 1952 – ich erinnere mich gut an diesen Tag, denn ich verspürte eine leichte Müdigkeit von der Feier meines Geburtstages am 14. März. An diesem Morgen, am Anfang der Schicht, versammelte Meister Kirpitschow nach einer Liste die Jüngeren und Stärkeren für eine sehr wichtige Entlade-Arbeit. Es würden bald zwei Studebaker-Laster erwartet. Für die, die es nicht wissen: Das sind die großen dreiachsigen Armee-Lastwagen mit sechs oder zehn Rädern, die die USA der UdSSR geleast hatten, um beim Krieg gegen Deutschland zu helfen. In den angekommenen zwei Studebakern waren um die 50 sehr eindrucksvolle, große und gut beschliffene Grabsteine behutsam gestapelt, an allen Kanten kunstvoll bearbeitet, so wie die Steinmetze auf Bestellung nach Wunsch und Geschmack im Stil der Vorkriegszeit gearbeitet haben, ohne jede Schramme, ohne „Wunde“, wie die Steinmetze es nennen. Das war eine große Überraschung, denn die Ladung kam aus Königsberg vom Judenfriedhof, aus einer Stadt, die von gnadenlosen Kriegsstürmen zerstört war, wo auch jahrelang die von der Ideologie beherrschte Politik der realisierten gnadenlosen Judenvernichtung erfolgt war.



Ojas Blumbergs Bild: privat

Selbst ich war ein wenig verwundert, dass die Faschisten die Gräber der verstorbenen Juden ohne Beschädigung gelassen hatten. In meinem Gedächtnis haben sich einige Namen auf den Grabsteinen erhalten, in Deutscher – man kann auch sagen in jüdischer Sprache: Kinkelstein, Kirschbaum, Bermann, Zuranski, Mogilewski und so weiter. Ich hatte viele aufgeschrieben, aber im Lauf der Jahre ist das Blatt verschwunden. Aufschriften gab es auch in Iwrit, aber im Allgemeinen wenige. Alle diese Raubzüge und Operationen der Überführung nach Riga – später folgten noch viele solche – geschahen unter Beteiligung oder gar Leitung eines NKWD-Obersten, denn ohne die Tscheka konnte solches nicht geschehen, da schon die betreffenden Grenzübergänge streng überwacht wurden. Es ist klar, dass diese grausigen Grabplünderungen mit der entsprechenden Moskauer Machtinstanz abgestimmt waren, ebenso mit ihren Filialen in Riga und Königsberg/Kaliningrad. Sie konnten niemals ohne Wissen oder Wink der höchsten kommunistischen Partei-Organe geschehen. Nach Auslese wurde ein Teil der besten Steine weiter transportiert – direkt nach Moskau.

> Sowjetische Bonzen nutzten die schönen Grabsteine erneut

Einige seltene, besonders prächtige Steine zieren die Grabstellen der höchsten Moskauer Parteileute, einige, an die ich mich erinnere, befinden sich auf dem Friedhof von Nowodjewitschi. Es wurden neue Inschriften auf der Rückseite eingraviert, nachdem von der ehemaligen Vorderseite die jüdischen Namen mit einem Zahnhammer und scharfen grobkörnigen Reiben sauber abgeschliffen waren – eine gewohnte tägliche Arbeit der Steinhauer. Auf den Gräbern mussten die Steine nur mit der neuen Schauseite aufgestellt werden. Einen sah ich sogar in Armenien auf dem Grab eines Obersten. Auch nach Georgien wurden viele gebracht, wo unter anderem der Name eines hervorragenden Helden eingraviert wurde. So kann man sagen, ist der Bolschewik lebenslang ein Bruder für den Hebräer. Kurz gesagt – eine kleine Fortsetzung vom Rationalismus in Mauthausen, Buchenwald und anderen faschistischen Todeslagern, nur in den praktischen Formen der Bolschewistischen Partei.

Wenn ich betrübt diese Zeit überdenke, ist mir ein anderer Moment in Erinnerung geblieben. Der Firmendirektor von „Granit“ war nach Herkunft polnischer Jude und fing damals an, hemmungslos zu trinken, und verkürzte dadurch sein Leben sehr. Sein jüngerer Bruder arbeitete als Graveur und wegen seiner professionellen Meisterschaft verehrte ich ihn sehr. Beide hatten die Kriegszeit in der Roten Armee verbracht und viele Auszeichnungen erhalten. Beide waren Parteigenossen. Was dachten sie über das Vorgefallene?

Lycker Ordensschloss verkauft

Nach fünf vergebens anberaumten Versteigerungen und fast zwei Jahrzehnten fand sich endlich ein Käufer

Nach 20-jährigem Bemühen der Stadtverwaltung konnte das Ordensschloss verkauft werden. Für mehr als 1,7 Millionen Zloty (413 000 Euro) hat der Lycker Unternehmer Piotr Basiewicz das Gebäude mit zwei Grundstücken gekauft. Der neue Eigentümer wollte jetzt noch nicht über seine Pläne sprechen, er muss aber vereinbarungsgemäß in zwei Jahren mit den Bauarbeiten beginnen und diese nach weiteren drei Jahren beendet haben. Wie Basiewicz sagte, sei es noch zu früh, über Konkretes zu sprechen. Die Nutzung des Schlosses ist im Bebauungsplan festgelegt. Möglich sind Sporteinrichtungen, Touristik und Erholung, Hotels, Penionate oder Konferenz-Zentren. Der neue Eigentümer hat keine Erfahrung mit Baudenkmalen, aber er kennt sich in Bauarbeiten aus. Alle Bauarbeiten sind mit dem Konservator in Allenstein abzustimmen. Der Vizepräsident von Lyck, Wlodzimierz Szelazek, begrüßte den Verkauf, obwohl er auch meinte, dass es noch zu früh sei, von einem Erfolg zu reden. Dafür müsse man die Auswirkungen abwarten. Zuerst wurde Anfang der 90er Jahre versucht, das Schloss zu verkaufen. Seit dieser Zeit wurden den fünf Versteigerungen anberaumt, bei denen aber keine Angebote abgegeben wurden. *PAZ*



Das Lycker Schloss aus der Ordenszeit: In den nächsten zwei Jahren sollen Bauarbeiten aufgenommen und in spätestens fünf Jahren diese abgeschlossen werden.

Foto: Dziengel

Gedenken in Postelberg

Tafel erinnert an rund 800 ermordete Sudetendeutsche

Nach jahrelangen Bemühungen und vielen Anläufen ist es endlich gelungen, in Postelberg, am Ort eines der schlimmsten Massaker an Sudetendeutschen, eine Gedenktafel einzuweihen. „Dies ist ein Tag der Trauer und inneren Bewegung“, erklärte Uta Reiff, Vorsitzende des Saazer Heimatkreises, gegenüber der ARD. „Nach 65 Jahren gibt es jetzt endlich einen Ort, wo ich um meinen Vater trauern kann.“ Am 3. Juni 2010 wurde auf dem Friedhof vor zahlreichen Gästen aus Deutschland und der Tschechischen Republik, darunter dem deutschen Botschafter, eine Gedenktafel enthüllt. Anwesend waren die tschechischen Bürgermeister von Saaz und Postelberg, der frühere Außenminister Karl zu Schwarzenberg ließ einen Kranz niederlegen. Die Tafel erinnert an die ungesühnten Morde an sudetendeutschen Zivilisten mit dem zweisprachigen Text: „Den unschuldigen Opfern der Ereignisse in Postelberg im Juni 1945“.

Etwa 800 Männer und Jugendliche im Alter zwischen 15 und 60 Jahren wurden damals erschossen, zusammen mit einer Vielzahl weiterer Morde im Umland und Todesfällen bei der Verschleppung zur Zwangsarbeit haben die beiden Kreise Saaz und Postelberg mit 2000 Toten mit den höchsten Blutzoll aller achtzig sudtendeutschen Heimatkreise erlitten.

Man kennt die Namen der Mörder

Um den Text der Tafel war lange gerungen worden. Eigentlich hätte es heißen sollen „des Massakers“ statt „der Ereignisse“, aber das war auf tschechischer Seite nicht durchsetzbar. Dafür ist nun von „unschuldigen Opfern“ statt von „Deutschen“ die Rede. Das ist keineswegs verletzend, aber doch subtil. Wer nicht bescheid weiß, könnte meinen, hier seien Tschechen zu Tode gekommen, auch könnte – spitz interpretiert – der Eindruck entstehen, unter den Erschossen seien auch soundsoviel „Schuldige“ gewesen, denen das Gedenken nicht gelten soll.

Immerhin besteht heute Einigkeit über die Dimension des Massakers: 768 Tote wurden 1947 von einer tschechischen Untersuchungskommission exhumiert, etwas über 820 werden deutscherseits vermisst. Da einige der Opfer womöglich zunächst überlebten und später als Zwangsarbeiter starben und/oder 1947 eines der Massengräber übersehen wurde, kann die Zahl heute mit etwa 800 zuverlässig benannt werden. Die Täter wurden übrigens 1947 namentlich ermittelt, aber nie bestraft. Eine Wiedergutmachung für die Überlebenden und Hinterbliebenen ist nicht vorgesehen. *PAZ*

Die letzten ihrer Art

Vergessene baltendeutsche Dörfer im Nordosten der Türkei

Türken in Deutschland werden häufig als Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund bezeichnet. Doch einige wenige der meist in den 70er Jahren eingewanderten türkischen Staatsbürger sind nicht nur Deutschtürken, sondern ursprünglich Türken mit deutschem Migrationshintergrund, denn im Nordosten des Landes, in einem Streifen, der von 1878 bis 1921 zu Russland gehörte, lebten bis vor kurzem Baltendeutsche.

„Unsere Familie ist im 19. Jahrhundert hierhergekommen“, so August Abruk gegenüber dem Sender SWR. Der bekennende Protestant, der Türkisch und ein wenig Russisch spricht, lebt noch in der Türkei. Seine Familie ist die letzte mit deutschen Wurzeln in Karacaören, das unter dem Namen Paulinenhof von Baltendeutschen gegründet wurde. „Ob das als Folge der Kriegswirren geschah oder ob sie hier als Bauern und Handwerker angesiedelt wurden, das weiß ich nicht genau ... Auf jeden Fall haben sie dieses Dorf hier gegründet seinerzeit, und zwar als deutsches Dorf.“

1892, als der Nordosten Anatoliens zum Russischen Reich gehörte, gründeten Siedler aus Estland, die der dortigen deutschen Volksgruppe angehörten, einige Dörfer in der Region. Diese blühten bald wirtschaftlich auf.

Türke mit deutscher Volkszugehörigkeit

Genaue Zahlen über die ethnische Zusammensetzung sind kaum zu finden, doch gaben bei einer russischen Volkszählung 1897 knapp 1000 Personen der etwa 290000 Einwohner der Region um die Stadt Kars an, sie würden Deutsch oder Estnisch sprechen. Ein Teil von ihnen könnte aber auch Soldaten der russischen Armee gewesen sein. Esten und Deutsche waren in der Armee des Zaren nicht selten.

1921 fiel der Landstrich an das Osmanische Reich, 1923 wurde er Teil der Türkischen Republik. Trotzdem sollen laut Abruk damals allein in Paulinenhof noch etwa hundert Deutschstämmige gelebt haben, die sogar eine eigene Kirche und einen Friedhof hatten. Doch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts habe sich der Assimilierungsdruck erhöht, die christliche Kirche seien geschlossen worden und viele Familien seien als Gastarbeiter nach Deutschland gezogen. Der arbeitslose Abruk ist überzeugt, dass er seine Stelle als Mechaniker bei der Stadtverwaltung in Kars verloren hat, weil er Christ ist. Allerdings kann er sich, weil er einer der letzten „seiner Art“ in der Region ist, über Unterstützung aus Deutschland freuen. *Bel*

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

unsere Ostpreußische Familie erweist sich immer mehr als Fundgrube, und somit schließen wir nahtlos an unsere letzte Folge an. Was mir Frau **Doris Richter** mitzuteilen hat, wird zwar in erster Linie die Leser aus dem Kreis Bartenstein interessieren, aber nicht nur sie: Es ist eine Liste gefunden worden, in der etwa 500 Einzelschicksale von Männern, Frauen und Kindern aufgeführt sind, die in den ersten Monaten des Jahres 1945 von den Eroberern festgenommen und abtransportiert wurden. Die Liste, die aus zusammengesetzten, wahrscheinlich aus einer anderen schriftlichen Aufstellung geschnittenen Streifen besteht, ist im Zeitraum von 1961 bis 1963 angefertigt worden. Sie wurde im vergangenen November in der Heimatstube der Kreisgemeinschaft Bartenstein in Nienburg bei einer Bestandsaufnahme aufgefunden. Wer sie damals in mühevoller Arbeit erstellt hat, ist nicht bekannt, es gibt auch keine Quellenangaben zu den vorhandenen Informationen. Diese aber können für viele Vertriebene und ihre Nachkommen, die noch immer keine Gewissheit über das Schicksal ihrer vermissten Angehöriger haben, von großer Wichtigkeit sein, da sie erste Hinweise auf den unbekannten Lebensweg enthält. Herr **Walter Tiedtke** hat die Liste überarbeitet und gibt im Heimatbrief „Unser Bartenstein“ den Hinweis, dass Einzelheiten bei ihm erfragt werden können. (Walter Tiedtke, Eversand 15 in 28259 Bremen, Telefon 0421/571347, E-Mail: Walter Tiedtke@online.de)

Die Liste soll auch beim Kreistreffen der Bartensteiner im September ausgelegt werden, so dass jeder Interessierte selber nachforschen kann. Aber diejenigen, die nicht nach Erfurt fahren können, wollen wir mit dieser Veröffentlichung schon vorab auf den Fund aufmerksam machen und damit zu einer möglichst breiten Information beitragen. Wir erreichen damit auch nicht aus dem Kreis Bartenstein Stammende, die Angehörige vermissen, die sich vermutlich beim Russeneinfall in jener Gegend befanden, zumeist Flüchtlinge aus dem nördlichen Ostpreußen, die vom Russen überrannt wurden. Das kann man leicht anhand der Angaben feststellen, die auf der Liste so gegliedert sind:

Name, Vorname, Alter, Geburtsdatum und Geburtsort, Beruf, Heimatort bis 1945, kurzer Überblick über die Ereignisse bei dem Einmarsch der Russen. Bei den nicht im Kreis Bartenstein aufgeführten Ortsnamen sind die betreffenden Kreise aufgeführt, so dass genaue Angaben über die Herkunft der betreffenden Personen vorliegen. Die Angaben sind sehr genau, wie man aus der Eintragung entnehmen kann, die Frau **Richter** auf ihre Anfrage nach Unterlagen über ihren Vater erhielt: „**Tischel**, **Reinhardt**, 38, *19. Dezember 1907 in Tillnitz, Kreis Löbau, Bauer, Wolmen. Am 2. Februar 1945 auf der Flucht in Polkitten von sowjetischem Militär festgenommen und am 15. Februar 1945 über Gerdauen und Schippenbeil mit unbekanntem Ziel abtransportiert.“



Eine fröhliche Frauengruppe aus Pronitten Bild: privat

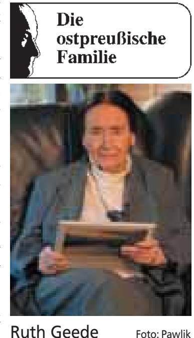
So konnte Frau Richter wenigstens zwei Stationen seines Weges herausfinden, sein weiteres Schicksal liegt noch immer im Dunkeln. Obwohl Frau Richter alles versucht und sogar in Moskau nachgefragt hat, konnte bisher nicht geklärt werden, in welches Lager Herr Tischel kam, wo und wann er verstarb. Reinhardt Tischel wurde zwar in Westpreußen geboren, die Familie gab aber nach dem Ersten Weltkrieg ihren angestammten Hof auf, um sich in Ostpreußen neu anzusiedeln. Tochter Doris wuchs mit Eltern und Geschwistern auf dem nunmehrigen Besitz in Wolmen, Kreis Bartenstein auf. Während der letzten Kriegsmonate war ihr zur Wehrmacht eingezogener Vater als Kraftfahrer beim Bunkerbau im Westen eingesetzt, wurde dann nach Ostpreußen abkommandiert, wo er den Russeneinfall erlebte. Er konnte sich zuerst der Gefangennahme entziehen, wollte sich nach Wolmen zu seiner Familie durchschlagen, aber dann holte ihn der Russe doch ein und er wurde, wie Frau Richter nun weiß, in Polkitten inhaftiert. Auch seiner Familie war die Flucht nicht geglückt. Doris blieb mit Mutter und Geschwistern zurück und erlebte furchtbare Jahre, in denen die Kinder bettelnd nach Litauen zogen, bis sie 1947 ausgewiesen wurden. Zwar glaubt Frau Richter nicht, dass sich noch jemand an ihren Vater erinnern könnte, trotzdem wäre sie für jeden Hinweis dankbar, der die weiteren Stationen des Schicksals von Reinhardt Tischel etwas durchleuchten könnte. (Doris Richter, Goldhähnchenweg 35 in 12359 Berlin, Telefon 030/6014163.)

Dokumentierte Schicksale aus der Hölle nach der Russenbesetzung finden zumeist ein Echo, das noch lange nachhallt. So der Bericht von Zeitzeugen aus Nordostpreußen, den Herr **Helmut Priebe** im Nachlass seines Vaters fand und den er uns zur Veröffentlichung überließ. Wie erwartet gab es aufgrund der vielen Namen, die im dem Tatsachenbericht genannt wurden, entsprechende Zuschriften. Auf eine der letzten will ich besonders eingehen, weil sie auch eine Suchbitte enthält. Frau **Hanna Kopp** aus Hildesheim hatte den in Folge 16 erschienenen Bericht nicht gelesen, weil sie zu jener Zeit im Krankenhaus war, um so mehr Aufmerksamkeit erregten dann die Zuschriften zu diesem Bericht, die ich in Folge 19 veröffentlichte, weil er Hinweise auf die damaligen Informanten brachte. Das waren vor allem Mediziner, die über das Schicksal ihrer im Raum Königsberg verbliebenen Kollegen berichteten. Herr Dr. **Hans Willutzki** hatte dabei auf die in den ersten Nachkriegsjahren in Göttingen von Dr. med. **P. Schröder** gegründete „Ostpreußische Arztfamilie“ und ihre Publikationen hingewiesen, und auf diese setzt auch Frau Hanne Kopp ihre Hoffnung. Sie schreibt: „Mein Interesse geht dahin, aus dem Königsberger Gebiet etwas über die dort verbliebenen Ärzte zu erfahren: Ein Großonkel von mir, Dr. med. **Herbert Bittrich**, ist bis zum Russeneinfall in Königsberg geblieben, um Verwundete und dort Verbliebene mit seiner Frau ärztlich versorgen zu können. Sie haben nicht gedacht, dass der Russe mit ihnen – vor allem mit seiner Frau – derartig umgehen könnte. Das haben sie nicht ausgehalten und ihrem Leben ein Ende gesetzt. Ich wüsste nun gerne, unter welchen Bedingungen die anderen Ärzte gelebt und eventuell noch gearbeitet haben und ob über Dr. Bittrich Genaueres bekannt geworden ist, vielleicht auch bei der Ostpreußischen Arztfamilie. So hoffe ich, Näheres auch über meinen Großonkel erfahren zu können, wenn vielleicht auch auf Umwegen.“ Das wird mit Sicherheit der Fall sein, liebe Frau Kopp, und deshalb gebe ich gerne Ihren Wunsch weiter und auch ihre Anschrift: Ostpreußenstraße 21 in Hildesheim.

Dass unsere Zeitung von vielen Leserinnen und Lesern immer mit Sehnsucht erwartet wird, bestätigen uns die Zuschriften und auch, dass unsere Kolumne dann möglichst schnell gelesen wird. So kommt es, dass auf manche veröffentlichten Fragen die Antwort schon erfolgt, ehe der oder die Suchende die betreffende Ausgabe gelesen hat. Diese Erfahrung machte jetzt auch Frau Gudrun Schlüter aus Münster, deren heraldische Fragen, die im Zuge der Familienforschung derer von Langheim auftraten, wir in Folge 18 brachten. „Die *PAZ* war noch keine 24 Stunden erschienen, da erhielt ich schon einen Anruf auf meine Anfrage in der Ostpreußischen Familie“, bestätigt Frau Schlüter. „Der Kontakt erbrachte nicht die Antwort auf heraldische Fragen, doch den wertvollen Hinweis auf die Quassowski-Kartei, von der ich noch nicht wusste. Mir wurde sogar in Aussicht gestellt, sie eines Tages übernehmen zu können, ein großer Wert, da sie nicht mehr vollständig zu erhalten ist. Die von Langheim sollen darin gehäuft vorkommen.“ Na, bitte, das ist doch ein schöner Erfolg. Leider können wir in einer weiteren Angelegenheit Frau Schlüter nicht weiter helfen. Sie besitzt einen kostbaren Holzstich „Kantdenkmal vor der Altstädtischen Kirche“ und übersandte uns eine Abbildung, die sich aber leider nicht zur Veröffentlichung eignet. Das ist schade, denn dieses Bild würde viele Königsberger erfreuen, weil es das von Christian Daniel Rauch geschaffene Denkmal an dem Platz zeigt, wo es 1864 aufgestellt wurde. Vor Kants Wohnhaus an der Mündung der Prinzessinstraße im Schatten der mächtigen Altstädtischen Kirche. Dort verblieb das in einer Rotunde stehende Denkmal bis 1885, als es zum Paradeplatz versetzt wurde. Der Holzschnitt müsste also irgendwo in diesen zwei Jahrzehnten zwischen Aufstellung und Versetzung angefertigt worden sein. Es gibt eine alte Photographie mit dem Motiv, die aber lange nicht den Eindruck von Ruhe und Ehrfurcht vor dem großen Sohn Königsbergs vermittelt wie diese Arbeit des leider unbekannten Künstlers. Das wäre auch Frau Schlüters Frage gewesen, die wir leider im Augenblick nicht erfüllen können. Wir werden versuchen, dies nachzuholen.

Zu den bedeutendsten Leichtathleten, die in Ostpreußen beheimatet waren, gehört auch der Speerwerfer **Bruno Mäser**. Nun wandte sich der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) an uns mit der Bitte um einige Angaben zur Vita des ehemaligen Deutschen Meisters im Speerwurf. Der Verband ist dabei, sein „Biographisches Handbuch zur Geschichte der Deutschen Leichtathletik“, das zur Zeit auf 1600 Seiten die Namen von 12100 Personen enthält, zu vervollständigen. Was bekannt ist, sind seine sportlichen Erfolge. Mäser, der dem Akademischen SC Olympia 1902 Königsberg angehörte, bestritt zwei Länderkämpfe für Deutschland, in denen er Sieger wurde. Das war in den Jahren 1930 und 1931 bei den Spielen Deutschland–Frankreich in Hannover und Paris. Bei vier deutschen Meisterschaften wurde er zweimal Deutscher Meister (1930 und 1931). Seine persönliche Bestleistung erzielte er mit 65,19 Meter 1931 in Hannover. Bruno Mäser verstarb bereits mit 56 Jahren in Düsseldorf. Das können wir genau belegen, denn 1960 erschien im *Ostpreußenblatt* seine Todesanzeige. Damit muss das Geburtsjahr korrigiert werden, das beim DLV mit 1910 angegeben ist. Mäser muss also 1904 geboren sein, aber es fehlt nicht nur das genaue Geburtsdatum, sondern auch der Geburtsort. Wer kann uns und dem DLV da helfen? Zuschriften bitte an den Deutschen Leichtathletik-Verband, Verbandsarchiv, Herrn **Klaus Amrhein**, Haus der Leichtathletik, Alsfelder Straße 27 in 64289 Darmstadt, Telefon 06151/770829, Fax 06151/770878, E-Mail: Klaus.Amrhein@leichtathletik.de)

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: Pawlik

Kürzlich fand Herr **Ernst Hanselbach** beim Stöbern auf dem Flohmarkt die Reste eines Fotoalbums bestehend aus drei losen Blättern. Eins trägt den Titel „Sommerferien in Ostpreußen September 1942“. Vier von den insgesamt elf Schwarz-Weiß-Fotos waren der Grund, weshalb Herr Hanselbach die Blätter mitgenommen hat. Sie könnten für Landsleute aus unserem Leserkreis von Bedeutung sein, weil sie auf bestimmte Personen und Orte hinweisen. Ein Foto zeigt ein längliches Wohnhaus das mit „Rudak, Geburtshaus Annas“ beschriftet ist. Die anderen Fotos sind „In Meltbach“ aufgenommen, zeigen eine Personengruppe und Motive von einem Bauernhof und Pferdekoppel. Da dieser Ort im Kreis Angerapp noch nicht einmal 100 Einwohner zählte, dürfte sich die Suche auf einen kleinen Personenkreis fokussieren. Vielleicht ist ja jemand aus unserem Lesekreis überrascht, dass noch Aufnahmen aus seinem Heimatort existieren und dank Herrn Hasselbach vor der „Entsorgung“ gerettet wurden. (Ernst Hasselbach, Am Lohbach 12 in 45470 Mülheim-Ruhr, Telefon 0208/435000.)

Das Foto, das wir heute bringen, stammt aus dem in der letzten Folge erneut angebotenen Album der Krankenschwester **Margarete Bubel** aus Pronitten. Und in diesem im Kreis Labiau gelegenen Ort entstand etwa Ende der 30er Jahre die Aufnahme, die eine fröhliche Frauengruppe zeigt. Es dürften Angehörige der Familie Bubel, aber auch Freundinnen und Nachbarinnen sein. Wer erkennt sich oder bekannte Personen auf dem Bild? (Zuschriften an **Hartmut Schikowsky**, Von-Axen-Straße 10 in 22083 Hamburg, Telefon 040/2203118.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„**Unsere Familie**“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren …

ZUM 96. GEBURTSTAG

Olschewski, Luise, geb. **Lischewski**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, jetzt Sandgrubenweg 16, 97084 Meidingsfeld, am 24. Juni

Schulz, Adalbert, aus Leegen, Kreis Ebenrode, jetzt Scheideweg 5, 23896 Nusse, am 26. Juni

Schulz, Martha, geb. **Rafalzik**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt An der Ringmauer 26, bei Wagner, 60439 Frankfurt, am 21. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Draab, Hermann, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Am Hopfenberg 4, 31195 Lampspringe, am 25. Juni

Kugies, Johannes, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Ürdinger Straße 57, 40474 Düsseldorf, am 24. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Blumstein, Gertrud, aus Neidenburg, jetzt Farnweg 1, 26160 Bad Zwischenahn, am 22. Juni

Donnerstag, Alfred, aus Wehlau, Deutsche Straße, jetzt Rotdornring 1, 26725 Emden, am 7. Juni

Gallmeister, Anna, geb. **Mucha**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Wiedenthaler Bogen 2B, 21147 Hamburg, am 25. Juni

Krohn, Ulrich, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Hettenholter Weg 37, 32602 Vlotho, am 23. Juli

Pauli, Ella, geb. **Birkhan**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Stiegenweg 6, 44369 Dortmund, am 25. Juni

Piotrowski, Martha, geb. **Rosek**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, jetzt Mühlenstraße 54, 21509 Glinde, am 25. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Eggert, Georg, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, jetzt Deister Allee 14A, 31785 Hameln, am 8. Juni

Heiland, Ursula, geb. **May**, aus Ebenrode, jetzt Burgstraße 76, 51103 Köln, am 25. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Franke, Johanna, geb. **Kallweit**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Alter Postweg 18, 26133 Oldenburg, am 22. Juni

Pollack, Ilse, geb. **Neumann**, aus Königsberg, Lange Reihe 20, jetzt Weindorfstraße 31, 44866 Bochum, am 21. Juni

Strauß, Erna, geb. **Broscheit**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Seniorenpark Lindenstraße 32c, 86420 Diedorf, am 26. Juni

Schweiger, Erich, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, jetzt Siegener Straße 29, 56477 Rennerod, am 5. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Besener, Johanna, geb. **Babarski**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Lenaustraße 4, III. Etage, 12047 Berlin, am 24. Juni

Cybulla, Charlotte, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, jetzt Schippelsweg 2B, 22455 Hamburg, am 25. Juni

Gerdey-Backhaus, Hildegard, geb. **Pancritius**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Nordertorstriftweg 32, 31582 Nienburg, am 27. Juni

Niemzik, Ewald, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Rosa-Luxemburg-Weg 2, 39606 Osterburg, am 24. Juni

Radtke, Erika, aus Preußisch Eylau, jetzt Werraweg 6, 34260 Kaufungen, am 22. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Abendroth, Johanna, geb. **Kellner**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, jetzt Im schmalen Bruch 9, 42369 Wuppertal, am 22. Juni

Ballendat, Horst, aus Wehlau, Lindendorfer Straße, jetzt Mühlenhofsweg 132, 26125 Oldenburg, am 9. Juni

Bomber, Herbert, aus Gutten, Kreis Treuburg, jetzt Hausotter Straße 52, 13409 Berlin, am 27. Juni

Breß, Lieselotte, geb. **Habermann**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Bremer-Straße 11, 27211 Bassum, am 20. Juni

Hagmüller, Hedwig, geb. **Komp**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Kumpfallee 47, 9500 Villach, Österreich, am 20. Juni

Kakies, Erich, aus Argenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Kepler-Straße 5, 40215 Düsseldorf, am 15. Juni

Kretschmann, Herbert, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, jetzt Suhrenbrooksweg 12, 24616 Brokstedt, am 25. Juni

Pilz, Margot, geb. **Butsch**, aus Treuburg, jetzt Wiesengrund 25, 50354 Hürth-Efferen, am 25. Juni

Pinsch, Else, geb. **Höpfner**, aus Tapiau, Königsberger Straße, jetzt Sachsenhäuser Straße 2, 64832 Babenhausen, am 15. Juni

Skusa, Lotte, geb. **Mross**, aus Neidenburg, jetzt Heinrich-Schatzel-Straße 4, 97337 Dettelbach, am 26. Juni

Weigel, Kurt, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, jetzt Brockenblick 2, 38364 Schöningen, am 23. Juni

Wenger, Lotte, geb. **Hecht**, aus Wehlau, Große Vorstadt, jetzt Wilhelm-Leuschner-Weg 5, 74172 Neckarsulm, am 20. Juni

Wilhelms, Margarete, geb. **Zint**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Flotowstraße 11, 18273 Güstrow, am 2. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Aschmann, Günter, aus Wittenberg, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Fehrsstraße 21, 24576 Bad Bramstedt, am 18. Juni

Baier, Christel, geb. **Lewitzki**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, jetzt Kattriedestraße 18, 31582 Nienburg, am 2. Juni

Barkowski, Eva, geb. **Kledewski**, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Hasenweg 7, 44536 Lünen, am 25. Juni

Böhmer, Christel, geb. **Rattay**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, jetzt Nordmarkplatz 7, 22049 Hamburg, am 24. Juni

Czimczik, Hugo, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Stettiner Straße 32, 45968 Gladbeck, am 27. Juni

Fischer, Hedwig, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt Moshainweg 6, 88214 Ravensburg, am 22. Juni

Garben, Siegfried, geb. **Galilea**, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, jetzt Blücherstraße 28, 25336 Elmshorn, am 24. Juni

Gollembusch, Helmut, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Hünekestraße 18, 28197 Bremen, am 27. Juni

Haerig, Kurt, aus Ebenrode, jetzt Drachenweg 19, 79110 Freiburg, am 23. Juni

Hildenbrandt, Edgar, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, jetzt Goethestraße 4, 98714 Stützerbach, am 21. Juli

Hollstein, Rolf, aus Friedrichsthal, Katharinenhof, Kreis Wehlau, jetzt Hauptstraße 35, 30916 Isernhagen, am 7. Juni

Isbrecht, Gerhard, aus Moterau Dorf, Kreis Wehlau, jetzt Eckgasse 1a, 78194 Immerdingen, am 24. Juni

Konstanski, Karl, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Pforzheimer Straße 16, 78048 Villingen, am 21. Juni

Krehn, Erna, geb. **Bojarzin**, aus Goldheidenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Pohlmannstraße 1, 25582 Hohenaspe, am 23. Juni

Kroekel, Irmgard, geb. **Heun**, aus Wehlau, Langgasse, jetzt Mergentheimer Straße 56, 97082 Würzburg, am 6. Juni

Lange, Frieda, geb. **Puschinski**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Kolpingstraße 25, 48485 Neuenkirchen, am 27. Juni

Lehmann, Margarete, geb. **Wrendt**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Chattenstraße 4, 45665 Recklinghausen, am 25. Juni

Leidwanger, Erna, geb. **Kurapkat** aus Seekampen, Kreis Ebenrode, jetzt Wallstraße 2, 31655 Stadthagen, am 27. Juni

Lösch, Waltraud, geb. **Darge**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Seckenheimer Straße 116, 68165 Mannheim, am 21. Juni

Mindt, Werner, aus Wehlau, Parkstraße, jetzt Körnerstraße 5, 06844 Dessau, am 5. Juni

Packeiser, Leo, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Durschstraße 17, 78628 Rottweil, am 27. Juni

Pietrzik, Traute, geb. **Liebergesell**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 6, 34281 Gudensburg, am 21. Juni

Pohner, Evemarie, geb. **Block**, aus Lyck, Lycker Garten 16, jetzt Ludwig-Renn-Straße 66, Seniorenheim, 12687 Berlin, am 26. Juni

Poschadel, Irmgard, aus Wittigen, Kreis Lyck, jetzt Nebelflucht 41, 38226 Salzgitter, am 26. Juni

Rokitta, Erika, geb. **Magdowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, jetzt Tejastraße 8, 42281 Wuppertal, am 26. Juni

Rosowski, Alfred, aus Schobendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Moosberg 1B, 21033 Hamburg, am 25. Juni

Sadowski, Marie, geb. **Galla**, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, jetzt Bramweg 10, 49716 Meppen, am 23. Juni

Schorlepp, Erika, geb. **Stößer**, aus Wehlau, Kirchenstraße, jetzt Krantorstraße 8, 24536 Neumünster, am 19. Juni

Seifert, Erich, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, jetzt Fischerkoppel 2, 21481 Lauenburg, am 13. Juni

Spoerke, Helga, geb. **Liedtke**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Wellingsbütteler Weg 71, Zimmer 310, 22391 Hamburg, am 23. Juni

Scholz, Elisabeth, geb. **Burkatzki**, aus Ittowo, Kreis Neidenburg, jetzt Albert-Schweitzer-Straße 32, 60437 Frankfurt am Main, am 24. Juni

Schulz, Marianne, geb. **Schiele**, aus Tapiau, Kirchenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Fornsbacher Straße 32-36, 71540 Murrhardt, am 22. Juni

Schweitzer, Bruno, aus Schönwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rehsiepen 88, 42369 Wuppertal, am 21. Juni

Schwöll, Günther, aus Pr. Rockels/Biegiethen, Kreis Samland, jetzt Gartenstraße 9, 21438 Brackel, am 22. Juni

Tomkowitz, Elfriede, geb. **Samotia**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Wolfram-von-Eschenbach-Straße 10, 63897 Miltenberg, am 27. Juni

Vogt, Dorothea, geb. **Zöllner**, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, jetzt Germanenstraße 30, 56727 Mayen, am 17. Juni

Wagner, Lydia, geb. **Loch**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt 2706 Ridge Valley Drive, Fort Wayne IN 46804-7819, USA, am 24. Juni

Weißfuß, Johanna, geb. **Raddant**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Stettiner Straße 5, 88682 Salem, am 8. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bengsch, Helga, geb. **Zehlius**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, jetzt Kantstraße 27, 14471 Potsdam, am 24. Juni

Biallas, Ernst, aus Rumeyken, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-List-Straße 68, 72827 Wanneweil, am 21. Juni

Bleck, Erika, geb. **Kraft**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, jetzt Heidberger Straße 30, 24582 Bordesholm, am 27. Juni

Bürgen, Arnold, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Rosendalstraße 97, 40882 Ratingen, am 23. Juni

Busch-Strohofer, Hildegard, geb. **Skwarra**, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Krablerstraße 32, 45326 Essen, am 27. Juni

Dunkel, Veronika, geb. **Beck**, aus Weißensee, Grünwalde, Kreis Wehlau, jetzt Mooslethstraße 5, 89343 Jettingen-Scheppach, am 8. Juni

Ferdian, Irmgard, geb. **Lojewski**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Dörner-Brücke 42, 42283 Wuppertal, am 24. Juni

Foss, Irmgard, geb. **Jablonski**, aus Tapiau, Landsturmstraße, Kreis Wehlau, jetzt Königsberger Straße 2, 58332 Schwelm, am 23. Juni

Gabriel, Johanna, geb. **Agustin**, aus Lyck, Blücherstraße 20, jetzt Albrecht-Schaeffer-Weg 55, 30455 Hannover, am 23. Juni

Grätsch, Gertrud, geb. **Meyn**, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Im Sande 16, 29640 Schneverdingen, am 25. Juni

Grundmann, Marianne, geb. **Münchow**, aus Tapiau, Fährkrug, Kreis Wehlau, jetzt Leibnitzstraße 1, 75015 Bretten, am 24. Juni

Grunwald, Lucia, geb. **Czeczka**, aus Tapiau, Rohsenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Quellenweg 3, 59581 Warstein-Belecke, am 8. Juni

Humm, Anneliese, geb. **Steinke**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Seniorencentrum CURA, Warteburgstraße 4, 23774 Heiligenhafen Ortmühle, am 22. Juni

Jünger, Erich, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, jetzt Angerapper Platz 14, 40822 Mettmann, am 27. Juni

Kalinowski, Bruno, aus Goldap und Heiligenbeil, Legion-Condor-Weg 22, jetzt Gerberstraße 11, 25548 Kellinghusen, am 26. Juni

Klutke, Friedrich Wilhelm, aus Ebenrode, jetzt Südstraße 3, 40670 Meerbusch, am 25. Juni

Krüger, Irma, geb. **Räse**, aus Gundau, Kreis Wehlau, jetzt Elbinger Straße 15b, 27419 Sittensen, am 6. Juni

Kuhn, Magdalena, geb. **Kuhn**, aus Moterau, Kreis Wehlau, jetzt Untere Bergkoppel 20, 21033 Hamburg, am 27. Juni

Kulschewski, Herbert, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, jetzt An der Haardtstraße 6, 45731 Waltrop, am 11. Juni

Lasogga, Johannes, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Jöferweg 11, 42349 Wuppertal, am 23. Juni

Migat, Ernst-Moritz, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Bahnhofstraße 20, 58640 Iserlohn, am 23. Juni

Möhrke, Edeltraut, geb. **Grunow**, aus Allenburg, Gerdauer Straße, Kreis Wehlau, jetzt Angerburger Straße 15, 27356 Rotenburg, am 25. Juni

Poersch, Gerhard, aus Seebrücken, Kreis Lyck, jetzt Waleri-Bykowski-Straße 12, 08248 Klingenthal, am 23. Juni

Radtke, Gerhard, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Albrecht-Thaer-Straße 13, 29525 Uelzen, am 22. Juni

Ragnitz, Heinz, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Annette-von-Droste-Hülshoff-Straße 10, 48527 Nordhorn, am 23. Juni

Robitzki, Kurt, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Papyrusweg 13c, 22117 Hamburg, am 2. Juni

Rossmann, Hildegard, geb. **Fuchs**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, jetzt Meierei 4, 24816 Luhnstedt, am 15. Juni

Rossol, Gerda, geb. **Braasch**, aus Reipen, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 41, 24790 Schacht-Audorf, am 2.Juni

Schlüter, Helga, geb. **Oberpichler**, aus Bilderweiten / Wabbeln, Kreis Ebenrode, jetzt Breitstraße 91, 25361 Krempe, am 27. Juni

Schwiderowski, Helene, geb. **Renner**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, jetzt 91161 Meckenhausen, am 6. Juni

Stolzenberger, Walter, aus Leysuhnen und Heiligenbeil, Bismarckstraße 56, Finanzamt, jetzt Groten Hoff 7, 22359 Hamburg, am 26. Juni

Suffa-Paulus, Werner, aus Königsberg-Maraunenhof, jetzt Kronemattenstraße 7, 79100 Freiburg im Breisgau, am 13. Juni

Taube, Ernst-Moritz, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Mehlemer Straße 46B, 53343 Wachtberg, am 23. Juni

Thiel, Walter, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, jetzt Drakestraße 4, 40545 Düsseldorf, am 31. Mai

Thiemann, Karl-Heinz, aus Hamburg-Harburg, jetzt Bromberger Straße 6, 21629 Neu Wulmstorf, am 25. Juni

Utesch, Hildegard, geb. **Melzer**, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Im Dinkelacker 4, 72218 Wildberg, am 1. Juni

Westphal, Kurt, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Akattsund 2, 24837 Schleswig, am 25. Juni

Wlotzka, Ruth, geb. **Pyko**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Bergedorfer Straße 122a, 21029 Hamburg, am 22. Juni

Zacharias, Heinz, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Alter Forsthof 23, 21493 Schwarzenbek, am 26. Juni

Ziedorn, Heinz, aus Gundau, Kreis Wehlau, jetzt Deubach 37, 99848 Wutha-Farnroda, am 16. Juni

Zimmerling, Edith, geb. **Jodeit**, aus Klein Budlacken, Kreis Wehlau, jetzt Mustersiedlung 25, 49324 Westerhausen, am 22. Juni



Pistorius, Rudolf, und Frau Erna, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Elberfelder Straße 16-18, 58452 Witten-Bommern, am 27. Juni



Krahnert, Siegfried, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, und Frau Hann, jetzt Bahnhofstraße 5, 29378 Wittingen, am 20. Juni

Neß, Gerhard Siegfried, aus Sislack-Salwarschienen, Kreis Preußisch Eylau, und Frau Anneliese, geb. **Braun**, aus Braunsberg, jetzt Priggenkamp 14, 21680 Stade, am 17. Juni

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Hohenstein

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel. (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Erfolgreicher Besuch in der Patenstadt. Überaus erfolgreich verlief ein Besuch von Mitgliedern des Fördervereins zur Partnerschaft der Landkreise Grafschaft Bentheim / Kreis Elchniederung (Rayon Slawsk) – Vorausgegangen waren mehrere vorbereitende Gespräche mit der dortigen Stadt- und Kreisverwaltung bezüglich möglicher Einbindung des Fördervereins. Es war zu erfahren, dass derzeit die Nachfrage nach Kindergartenplätzen für Kinder ab zwei Jahren nicht gedeckt werden kann, weil es an der Ausstattung fehlt. Von Renate Grzmehle und Galina Möllering ging die Initiative aus, eine weitere Kindergartengruppe zu ermöglichen. Im Gebäude des Kindergartens „Lastotschka" in der Neuen Straße sind zwar Räume dafür vorhanden, diese müssten jedoch zuvor renoviert werden. Dies könne womöglich aus Zuwendungen der Gebietsverwaltung in Königsberg bestritten werden. Nur könne die Verwaltung in Heinrichswalde (Slawsk) die Ausstattung mit Möbeln nicht finanzieren, so war von dortiger Seite zu erfahren. Die von hier erbetene Übermittlung einer Liste der erforderlichen Möbel mit Preisangabe (bei Bestellung und Herstellung im Kreisgebiet) erfolgte umgehend. Es stellte sich heraus, dass hierfür etwa 3000 Euro zugewendet werden müssen. Um das Projekt im Einzelnen zu besprechen, sich auch an Ort und Stelle zu informieren und die Entscheidungsträger in der Verwaltung persönlich kennen zu lernen, fuhren Helga und Jürgen Stoßberg, Renate und Eberhard Grzemehle sowie Albert Paul am 16. Mai mit einem Kleintransporter in den Patenkreis. Mit an Bord befanden sich diverse Kleidung für Kleinkinder und ältere Menschen und Spielzeug. In der Stadt traf sich die Gruppe am 18. Mai mit Galina und Ralf Möllering, welche die Gruppe mit Nadeshda Busdik bekannt machten. Sie leitet das Alten- und Therapiezentrum in der Stadt. Sie ermöglichte auch den Besuch eines Kinderheimes in Insterburg. Da die Gruppe nicht angemeldet war, ergab sich ein unverfälschter Einblick in das Geschehen dort. Die Kinder dort im Alter bis zu 18 Jahren leben in kleinen Gruppen, die Schlafräume sind für je vier Plätze eingerichtet. Die Aufenthalts- und Wohnräume sind in hellen freundlichen Farben gestrichen. Eine Betreuerin gab bereitwillig zu jeder Frage Auskunft und bat darum, den Kontakt zu ihr mittels E-Mail beizubehalten. Die Kinder freuten sich sehr über kleine mitgebrachte Geschenke der Gruppe. Für den 19. Mai war ein Treffen mit der Verwaltungsspitze des Patenkreises vorgesehen. Auf Seiten der Verwaltung nahmen daran teil: Landrat Anatoli G. Malzew, Verwaltungschef Alexander A. Kotschkow sowie Pressereferent Wjatscheslaw Kent. Letzterer begleitete die Gruppe bei den anschließenden Besuchen, nahm etliche Fotos auf und verfasste den Bericht für die örtliche Presse.

Das Gespräch mit der Verwaltungsspitze selbst verlief in einer betont freundschaftlichen Atmosphäre, fast so, als wenn man sich bereits seit geraumer Weile kennen würde. Die Gruppe übergab jedem ein kleines persönliches Geschenk. Nachdem sich alle Teilnehmer gegenseitig bekannt gemacht haben, zeigte Verwaltungschef Kotschkow mehrere Möglichkeiten für die weitere Zusammenarbeit auf. Zum einen die bereits angesprochene Förderung für den Kindergarten, Intensivierung der Beratung für die Landwirtschaft sowie Betreuung älterer und behinderter Menschen. Im Anschluss an das Gespräch wurde der Kindergarten in der Neuen Straße besucht. Die Kinder der dort bereits vorhandenen drei Gruppen freuten sich über Süßigkeiten, Spielzeug und Stofftiere. Diese Stofftiere hatten Schüler einer Spezialschule für Behinderte gestiftet. Auch hier im Kindergarten fiel die freundliche Gestaltung der Räume auf. Die Leiterin, Frau Elena A. Matwejewa, führte die Besuchergruppe durch die noch zu renovierenden Räume der neu einzurichtenden Kindergruppe. Die Arbeiten sollen Ende September beendet sein, so dass die neue Gruppe sodann eingerichtet werden kann. Frau Matwejewa betonte, dass sie mit der angedachten Spende für Möbel die neue Gruppe vollständig ausstatten kann. Am darauffolgenden Tag, 20. Mai, besuchte die Gruppe das Heimatmuseum in Breitenstein (Uljanowa). Dieses ist in der dortigen Schule eingerichtet und wird von Schuldirektor Juri Userzow seit nunmehr fast 30 Jahren mit sehr viel Engagement geleitet und stetig ausgebaut. Es ist nicht nur eine Ausstellung von Fundstücken und Dokumenten, nein, über jeden früheren Landkreis, jedes Kirchspiel sind Exponate vorhanden, oft sogar vollständige Einwohnerlisten. Für jeden Besucher des Gebietes eigentlich ein unabdingbares Muss. Selbst der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche war zweimal dort. Am Nachmittag hatte die Stadt- und Kreisverwaltung noch einmal in das Verwaltungsgebäude eingeladen. Diesmal war auch der Ansprechpartner für internationale Angelegenheiten und Fremdenverkehr, Iwan Malachow, zugegen. Am Vortag war er leider verhindert. Er bot seine Hilfe an für private Einladungen zwecks Visabeschaffung, des weiteren ist man sehr interessiert an Besuchern, welche Natur pur erleben wollen. Dies ist auf vielfältige Weise möglich (unter anderem mit Radtouren, Wandern oder Zelten) und wird von ihm jederzeit unterstützt. Landrat Malzew nutzte die Gelegenheit, sich bei den Mitgliedern des Fördervereins für das Engagement zu bedanken, und setzt auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Als Zeichen der besonderen Wertschätzung überreichte er den Besuchern jeweils ein persönliches Geschenk. Im Anschluss daran erwartete die Leiterin des städtischen Krankenhauses, Frau Dr. Lilia J. Schischljannikowa, die Gruppe zum gemeinsamen Abendessen im Krankenhaus. Sie führte die Besucher durch alle Abteilungen. Die Renovierungsarbeiten sind bis auf die Kinderstation weitgehend abgeschlossen. Üblich sind Zwei-Bett-Zimmer, lediglich ein Raum ist noch mit vier Betten ausgestattet. Insgesamt machte alles einen sehr gepflegten Eindruck. Die Hilfslieferungen der Vergangenheit haben sehr zur Verbesserung der Lage beigetragen, wie Dr. Schischljakowa betonte. Es wurde vereinbart, auch mit ihr ständig im Gespräch zu bleiben. Hilfslieferungen, evtl. über den Malteserdienst, können für Krankenhaus und Sozialstation gebündelt werden.

Abschließend der Versuch, ein Resümee zu ziehen – Es war von absoluter Wichtigkeit, dass sich Vorstandsmitglieder des Fördervereins und die Entscheidungsträger in der Verwaltung des Patenkreises gegenseitig kennenlernten. Es wurden beiderseits viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit aufgezeigt. Es liegt nun am Förderverein selbst und letztendlich an jedem einzelnen Mitglied, diese zu nutzen. Die sehr intensive Vorbereitung des Besuchs war Grundlage dafür, dass er keineswegs nur ein Höflichkeitsbesuch war, sondern für beide Seiten von großem Nutzen.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreis-johannisburg.de. Schriftführerin: Ingelore Friedrich, Hitzackerweg 1, 30625 Hannover, Telefon (0511) 578649, E-Mail: friedrich@kreis-johannisburg.de, Internet: www.kreis-johannisburg.de

Gemeinschaft Arys Stadt und Land / Busreise in die Region Königsberg und ins Masuren vom 11. bis 22. August – Kommen Sie mit auf eine schöne Reise nach Ostpreußen. Organisiert wird diese Reise von der Gemeinschaft Arys. Wir fahren mit dem Reiseservice Busche. Start der Reise ist am Mittwoch, 11. August, in Moers mit Zusteigemöglichkeiten in Dortmund, Hamm, Herford, Hannover, Helmstedt und Berliner Ring. Es besteht die Möglichkeit, einen Tag vor der Reise zum Busunternehmen Buschen nach Rodenwald für eine Übernachtung anzureisen. Nach der Reise kann dort ebenfalls eine Übernachtung erfolgen. Zwischenübernachtung am 11. August im Großraum Posen. Weiterfahrt am 12. August nach Königsberg, dort drei Übernachtungen im Hotel Baltika. Am 13. August Tagesfahrt nach Insterburg, Gumbinnen, Rominter Heide und Trakehnen. Am 14. August Stadtbesichtigung von Königsberg. Im russisch bewohnten Teil Ostpreußens haben wir eine deutschsprachige Reiseleitung. Für die Reise nach Königsberg ist ein Reisepass nötig. Die Visagebühren betragen 50 Euro. Am 15. August Fahrt über Pr. Eylau nach Lötzen. Dort sechs Hotelübernachtungen. Während des Aufenthalts in Lötzen besuchen wir mit unserem Reisebus zweimal Arys, machen eine Masuren-Rundfahrt mit Besuch der Wallfahrtskirche Heiligenlinde, Rastenburg, Steinort, Angerburg, Kruklanken und fahren mit dem Schiff von Lötzen nach Nikolaiken, dem Venedig Masurens (Schiffsfahrtkosten nicht im Reisepreis). Weitere Vorschläge für Fahrziele können gerne gemacht werden. Am 21. August erfolgt die Abfahrt aus Lötzen zur letzten Übernachtung in der Nähe von Landsberg / Warthe. Am 22. August Fortsetzung der Rückfahrt. Der Reisepreis pro Person im Doppelzimmer beträgt bei 25 Teilnehmern 950 Euro und verringert sich stufenweise bis auf 780 Euro bei 45 Mitreisenden. EZ-Zuschlag 150 Euro. Interessenten an der Reise werden gebeten, sich möglichst bald bei dem Organisator der Fahrt anzumelden: Waldemar Wyludda, Gubener Straße 8, 30823 Garbsen, Telefon (05137) 76568, Fax (05137) 998481, Mobil (0177) 3501302.

KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Hindenburg-Oberrealschule – Zum nächsten Treffen unserer Schulvereinigung laden wir vom 1. bis 3. Oktober 2010 nach Duisburg, der Patenstadt Königsbergs, ein. Die Anmeldungen sollten bitte bis spätestens 31. August unter dem Stichwort: „Hindenburgschule" direkt erfolgen beim Mercure Hotel Duisburg City, Landfermannstraße 20, 47051 Duisburg, Telefon (0203) 300030, E-Mail: H0743@arcor.com Das Hotel liegt gut erreichbar in der Nähe des Hauptbahnhofs. Im Rahmen des Treffens sind unter anderem eine Hafenrundfahrt und eine Führung durch die neue Sonderausstellung „Kant, der Europäer" im Museum Stadt Königsberg vorgesehen. Wir hoffen wieder auf eine gute Teilnahme. – Unser letztes Treffen fand in Jena statt, der durch ihre Universität und die optische Industrie geprägten thüringischen Stadt. Dort waren wir im Best Western Hotel gut untergebracht. Am Freitagabend erlebten wir einen Diavortrag der besonderen Art: Durch Stereobrillen konnten wir den Thüringer Wald und die Landschaft des Saaletals faszinierend plastisch betrachten. Am Sonnabend fuhren wir mit einem Bus nach Dornburg und spazierten bei herrlichem Sonnenschein an den drei zu verschiedenen Zeiten erbauten Dornburger Schlössern entlang und durch die schön gestalteten Gärten. Von der Aussicht am Absturz des Gebirges ins Saaletal konnten wir nicht genug bekommen. Zurück im Hotel gab es zur Stärkung ein schmackhaftes „Thüringer Lunchbuffet". Bei der Versammlung am Nachmittag konnten wir Alberten an unsere Jubilare Hans-Georg Mertsch (Abitur 1942) und Ehrenvorstand Fritz Masuhr (Abitur 1934) überreichen. Den Bericht über die Finanzen trug Horst Köhn vor. Trotz deren abnehmender Tendenz waren alle Anwesenden dafür, weitere Treffen zu Veranstalten. Beim gemütlichen Abend wurde wieder viel „geschabbert" und „plachandert". Am Sonntagvormittag erlebten wir im Zeiss-Planetarium eine eindrucksvolle Sondervorführung „Vorstoß ins Universum". Die anschließende Stadtführung ging am Fürstengraben entlang in die Innenstadt. Nach einem gemeinsamen Mittagessen trafen sich noch gesondert die beiden Gruppen der ehemaligen Luftwaffenhelfer.

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Heimatbrief – Unser Heimatbrief „Land an der Memel" Nr. 86 ist rechtzeitig zu Pfingsten erschienen und allen registrierten Landsleuten und sonstigen Beziehern zugesandt worden. Aus gegebenem Anlaß wird darauf hingewiesen, dass der neue Heimatbrief – und auch ältere Exemplare – bei dem Schriftleiter Manfred Malien, Rastorfer Straße 7a, 24211 Preetz, Telefon und Fax (04342) 87584, bestellt werden können. Dort ist auch das neue „Memel Jahrbuch 2010 – Rund um die Memel und das Kurische Haff", 152 Seiten, zum Preis von 8,50 Euro zuzüglich Versandkosten erhältlich.

Mitarbeiter werden gesucht – Leider können einige Kreistagsmitglieder aus gesundheitlichen Gründen die ehrenamtliche Arbeit nicht mehr leisten, daher bitten wir, wer Zeit und Lust hat, uns zu unterstützen. Bitte, melden Sie sich bei der Geschäftsstelle. Allen wünschen wir Gesundheit und eine schöne Sommerzeit.

Geschichtsseminar

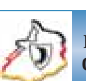
Hamburg – „Ostpreußen in der Weimarer Republik" ist das Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen, das vom 24. bis 26. September 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont, von Dr. Sebastian Husen geleitet wird. Dr. Gogan spricht über die Volksabstimmung von 1920, Dr. Hartmann über die polnischen Standpunkte zum Plebiszit. Dr. Shindo referiert über die Zuständigkeitserweiterung des Oberpräsidenten Ostpreußens, Dr. Rix behandelt August Winning, Dr. Oberdörfer die siegreichen Großmächte und die Zukunft des Memellandes 1919 bis 1924/45. Ruth Geede spricht über das literarische Leben in Königsberg. Die Seminargebühr beträgt 80 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Die Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

Ortsänderung Sommerfest

Hamburg – Das Deutsche Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen am 26. Juni findet in diesem Jahr in Hohenstein und nicht wie irrtümlich gemeldet in Allenstein statt. Nähere Informationen bei Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819 E-Mail: rinser@ostpreussen.de

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

BJO – 21. bis 30. Juli, Memelland-Sommerfahrt. Der nördlichste Teil Ostpreußens, das Memelland, steht in diesem Jahr im Mittelpunkt. Genau genommen wird man die Nächte zwischen Heydekrug und Saugen – in Szameitkehmen – verbringen. – **31. Juli bis 8. August, BJO-Paddeltour** durch Masuren. Die Anreise erfolgt in Kleinbussen beziehungsweise im Pkw von Ansbach oder Würzburg aus. Jeder sollte die Gelegenheit nutzen und die Natur Südostpreußens in ihrer ganzen Schönheit erleben! – **23. bis 29. August, Mehrgenerationenreise** durch Pommern, Westpreußen und das südliche Ostpreußen. Das Kennenlernen der natürlichen Schönheit des Landes im Osten (Pommern – Westpreußen – südl. Ostpreußen) ist zentrales Anliegen der Fahrt, welche sich an Mitglieder der Erlebnisgeneration samt ihren Kindern und Enkeln richtet.

BJO-West – Sonnabend, 10. Juli, **Regionalversammlung** des BJO-Regionalverbandes West und Flugblattaktion zur Volksabstimmung von 1920. – **Sonntag, 11. Juli**, 11 Uhr, **Kleines Ostpreußentreffen** auf Schloss Burg bei Solingen am 90. Jahrestag der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen (11. Juli 1920). Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr; Beginn der Kundgebung: 14 Uhr.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Mittwoch, 23. Juni, 11.45 Uhr, Teilnahme an der Backvorführung der Firma Maas in Grünsfeld mit zwölf Personen. Die Abfahrt erfolgt bei den jeweiligen Pkw-Fahrern. Nähere Informationen unter Telefon (06281) 8137. – Dienstag, 6. Juli. 15 Uhr, „Ein Nachmittag mit Königin Luise“ im Reiterhof am Hühnerberg. Abfahrt Musterplatz / Edeka, 14.40 Uhr.

Göppingen – Mittwoch, 7. Juli, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Restaurant Mythos, Hauptstraße 65, Eislingen. Auf dem Programm stehen „Lieder und Gedichte aus der Heimat“ sowie „Stuhlgymnastik“. Ehrengast ist die Landesvorsitzende Uta Lüttich.

Lahr – Die Gruppe trauert um ihren ehemaligen Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden Heinz Schindowski, der am 30. Mai in Lahr verstarb. Heinz Schindowski hat die Gruppe 25 Jahre mit großer Heimatliebe geleitet. Durch seine freundliche und heimatbezogene Art war er ein geschätzter Mann bei den Mitgliedern. Es war ihm nie zu viel, wenn es um die Belange seiner Landsleute ging. Er war der erste, als es wieder möglich war, nach Ostpreußen zu fahren, der Busse von Lahr aus zur Fahrt nach Ostpreußen charterte. Ebenso hat er immer wieder Busreisen zu den Ostpreußentreffen organisiert. Er war in unermüdlichem Einsatz im Dienst der Vertriebenen, so arbeitete er auch viele Jahre im BdV-Vorstand mit. Himmelforth im Kreis Mohrungen in Ostpreußen prägte sein Leben. Heinz Schindowski war ein Vorbild aus einer Generation, die viel Leid und den Verlust der Heimat erfahren musste, aber er hat mit seiner aufgeschlossenen und tatkräftigen Art sein Leben gemeistert, voran immer an erster Stelle seine Liebe zu seiner Heimat Ostpreußen stand. Heinz Schindowski wird als guter Ostpreußenfreund in steter Erinnerung bleiben. Das Mitgefühl gilt seiner Frau Gretel.

Ludwigsburg – Dienstag, 22. Juni, 15 Uhr, Stammtisch in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.

Metzingen – Die Gruppe feierte 60jähriges Bestehen. Das Erinnern an die Heimat und das Fortbestehen ihrer Bräuche wird weiter bewahrt. Alle waren der Einladung zum festlichen Jubiläum gefolgt, der Oberbürgermeister der Stadt Metzingen, Dr. Ulrich Fiedler, die Vorsitzende der Landesgruppe, Uta Lüttich, für die Landsmannschaft Wendlingen-Nürtingen Helmut Pallas, der Landesschriftführer Praß, die Vorstände der Pommern und Siebenbürgen und die Jubilare in großer Zahl. Der Vorstand Heinz Scheffler begrüßte die große Festgesellschaft im Hotel Bohn. Welche Geschichte die Heimatvertriebenen durchlebten, machte er deutlich. Die Vertreibung sei „die schrecklichste Zeit“ ihres Lebens gewesen. Die Integration von Millionen von Heimatvertriebenen gilt heute, mehr als 60 Jahre nach dem Krieg, als eine der größten sozialpolitischen Leistungen der 1949 gegründeten Bundesrepublik. Ende 1945 habe es in dem vom Krieg weitgehend verschont gebliebenen Metzingen nur 29 Flüchtlinge gegeben, 1959 seien es 2273 Heimatvertriebene gewesen. Die Schwaben und Preußen mussten sich zusammenraufen, was nicht immer leicht war. In ihrer Festrede stellte die Landesvorsitzende Uta Lüttich das Leben ihrer Landsleute in den großen Rahmen der 800-jährigen Geschichte der Deutschen im Osten von der ersten Besiedlung über das einst friedliche Zusammenleben von Deutschen und Polen bis zu heutigen Partnerschaften mit Orten, die heute in Polen liegen. Sie ging auf Gedenktage, Ereignisse und Persönlichkeiten ein, die mit der einstigen Heimat der Landsleute verbunden sind. Der Oberbürgermeister Dr. Fiedler empfahl den inzwischen in Metzingen heimisch gewordenen Landsleuten: „Halten Sie ihre Wurzeln lebendig.“ Für sein Wirken in der Landsmannschaft zeichnete die Landesvorsitzende Heinz Scheffler mit dem Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen aus. Weitere Ehrungen folgten. Dagmar Voß und Horst Sauff erhielten ebenfalls dieses Ehrenzeichen. Hedwig Lobert ist nicht nur seit 60 Jahren Mitglied der Gruppe, sie gehört auch zu den Gründungsmitgliedern und wurde als Ehrenmitglied ausgezeichnet. Das silberne Ehrenzeichen der Gruppe (zehn Jahre) ging an: Helga und Peter Brulow, Hannelore Flammer, Anneliese Gelzinus, Christel Kautt, Anneliese Lutz, Hanne Mauser, Johann Pawelzik und Ingrid Sauff. Das goldene Ehrenzeichen (20 Jahre und mehr) konnten Christine Ehlert, Fritz Krause, Edith Schanz und Helmut Wolff entgegen nehmen. Nach dem offiziellen Teil der Feier wurde gemütlich gefeiert. Beim gemeinsamen guten Essen vom reichhaltigen Büffet und flotter Tanzmusik vom Musiker kam gute Stimmung auf bei der das Fest gemütlich ausklang.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 19. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 19. Juni, 8 Uhr, Ausflug nach Bad Wörishofen. Abfahrt um 8 Uhr vom Schloßplatz. Anmeldungen bei Frau Bauer.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 2. Juli, Treffen der Gruppe im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 10. Juli, 15 Uhr, Sommertreffen der Gruppe in der Gaststätte Falter, Unterkotzau.

Ingolstadt – Sonntag, 20. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Landshut – Freitag, 9. Juli, Ausflug der Gruppe nach Ellingen und Besuch des Kulturzentrums. Anreise erfolgt mittels privaten Pkws.

München Nord/Süd – Sonnabend, 26. Juni, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Vortrag von Hans-Otto Kößler: „Preußisch Holland, meine Stadt in Westpreußen, und die Heimat meiner Kinderjahre“. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Rosenheim – Sonntag, 20. Juni, 11 Uhr, Heimatkreuz in Au (Auer Berg), Fahrdienst wird angeboten, Treffpunkt hierzu um 10 Uhr am Bauernhof. – Mittwoch, 7. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Höhensteiger, Westerndorf St. Peter.

Weißenburg-Gunzenhausen – Sonnabend, 19. Juni, 8.30 Uhr, Ausflug nach Bad Wörishofen zusammen mit der Gruppe Ansbach. Dort Besuch des Kneipp-Museums und des Königsberger Cafés Schwermer. Abfahrt 8.30 Uhr Gunzenhausen, 9 Uhr Ellingen, 9.15 Uhr Weißenburg. Anmeldung erbeten bei Lm. Kösling, Telefon (09831) 611665.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Prussia

Duisburg – Die Prussia trifft sich am Sonnabend, 26. Juni, 11 Uhr, im Museum Stadt Königsberg, Karmelplatz 5, Duisburg, zu einer Vortragsveranstaltung sowie ihrer Jahreshauptversammlung. Vor Beginn der Vortragsveranstaltung (10 bis 10.55 Uhr) besteht Gelegenheit – ebenso wie in der Mittagspause – das Museum und die große Ausstellung „Kant – der Europäer“ zu besuchen. Ab 11 Uhr referiert dann Prof. Dr. Hartmut Fröschle über „Ostpreußens Bedeutung in der deutschen Politik- und Geistesgeschichte“. Gegen 14 Uhr wird dann Dr. Walter T. Rix über „Ostpreußen im Spannungsfeld der politischen Mächte“ sprechen. Die Jahreshauptversammlung beginnt um 16 Uhr. Gäste sind herzlich willkommen.

Agnes Miegel-Seminar

Hamburg – „Agnes Miegel – Neue Mosaiksteine zu ihrem Leben und Werk“ lautet das Thema der diejährigen Seminarveranstaltung vom 29. bis 31. Oktober 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont. Das BKM-geförderte Seminar steht unter der Leitung von Dr. Marianne Kopp, Erste Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., und Christiane Rinser, Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Dr. Marianne Kopp spricht über Miegels Briefe an Lulu Diederichs und ihre Plaudereien über die ostpreußische Küche. Zu den frühen Gedichten mit jüdischer Thematik bei Börries von Münchhausen und Agnes Miegel referiert Dirk Herrman, Sebastian Harms Bolte zieht Parallelen zwischen Christina Rossetti und Agnes Miegel. Ihrer Haltung im Dritten Reich widmet sich Dr. Bodo Heitmann. Dr. Ursula Seibt thematisiert die Aufnahme in den „Orden deutscher Dichter und Dichterinnen“. Annemete von Vogel interpretiert Miegels Dichtung und Dr. Rudolf Muhs schildert ihre Gratwanderung zwischen Feminismus und Nationalismus. Die Seminargebühr beträgt 75 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

Stiftung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. *„Zukunft für Ostpreußen“*

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der
Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt,

die Landsmannschaft Ostpreußen hat eine Stiftung ins Leben gerufen, um die Erinnerung an Ostpreußen und seine Menschen dauerhaft zu bewahren und nachfolgenden Generationen ein Bild dieser großartigen europäischen Kulturlandschaft zu vermitteln.
Ihr Name ist: Stiftung ***„Zukunft für Ostpreußen“***.

Welche Zwecke verfolgt die Stiftung?

Zu ihren wesentlichen Aufgaben zählen die Förderung von Forschung und Wissenschaft im Hinblick auf die ostpreußische Geistes-, Siedlungs- und Kulturgeschichte als Teil der deutschen und europäischen Geschichte sowie die Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Deutschen und ihrer Nachkommen bei dem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Großes Gewicht wird dabei der Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten eingeräumt.

Wie hilft die Stiftung?

- Vergabe von Forschungsaufträgen und Auslandsstipendien,
- Veröffentlichung und Mitfinanzierung von Publikationen,
- Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Seminaren,
- Förderung des Jugendaustausches mit Litauen, Polen und Russland,
- Unterstützung der deutschen Minderheit in Ostpreußen, z. B. durch Förderung des deutschen Sprachunterrichts,
- Restaurierung von Bauwerken und Gedenkstätten in Ostpreußen.

Was können Sie tun?

Sie können die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch Zustiftungen oder Spenden (Zuwendungen) unterstützen.

Zustiftungen

Mit einer Zustiftung fördern Sie die Arbeit der Stiftung auf Dauer. Ihr Beitrag wird Teil des Grundstockvermögens und nur die Zinserträge werden für die Arbeit der Stiftung eingesetzt. Zustiftungen ab 5.000 Euro werden in unserem Stiftungsbuch erfasst, damit der Name der Stifter und ihr Einsatz für Ostpreußen der Nachwelt erhalten bleibt.

Erbschaften

Mit der Errichtung der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ wird auch dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, mit ihrem Erbe dauerhafte Spuren zu hinterlassen. Wenn Sie sicher sein wollen, dass Ihr Erbe ausschließlich für gemeinnützige Zwecke eingesetzt wird, ist die Stiftung das geeignete Instrument. Bekunden Sie Ihren Willen zu einer Zustiftung in Ihrem Testament. Oder machen Sie eine Teilstiftung zu Lebzeiten und verfügen testamentarisch eine Erhöhung dieses Betrages. So erleben Sie noch persönlich, welche Früchte Ihre Zustiftung trägt. Mit einem Vermächtnis können Sie der Stiftung auch Sachwerte zukommen lassen – etwa Immobilien.

Spenden (Zuwendungen)

Spenden an die Stiftung fließen nicht in das Stiftungskapital ein. Die Gelder werden zeitnah zur Verwirklichung der Stiftungsprojekte verwendet.

Steuerliche Begünstigung

Ihr Engagement für einen guten Zweck kann mit erheblichen steuerlichen Vorteilen verbunden sein. 2007 hat der Bundesrat das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verabschiedet, womit die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für Stifter und Stiftungen erheblich verbessert wurden. Als gemeinnützige Organisation ist die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ von der Erbschaftssteuer befreit.

Ob Sie die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch eine Zustiftung, einen Nachlass, eine Schenkung oder Spende unterstützen, entscheiden Sie. Jeder Beitrag hilft, Ostpreußen eine Zukunft zu geben. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand sichern Ihnen eine effiziente Verwendung der Stiftungsmittel zu.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands, Dr. Sebastian Husen, husen@ostpreussen.de oder Tel. 040 - 41 40 08 - 23.

Wirken Sie mit an der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“!

Wilhelm v. Gottberg
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsrates

Dr. Sebastian Husen
Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsvorstands

Stiftungskonten:

Berenberg Bank	Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 0056941016	Konto-Nr.: 1001834983
BLZ: 201 200 00	BLZ: 720 300 14

Bitte vermerken Sie bei Ihrer Überweisung unter dem Verwendungszweck, ob es sich um eine Spende oder eine Zustiftung handelt. Auf Wunsch stellen wir gerne eine Zuwendungsbestätigung aus.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 13. Juni, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 b, 13629 Berlin. Anfrage: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



Bartenstein – Sonnabend, 26. Juni, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, 14153 Berlin, (S-Bahn Zehlendorf). Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Mohrungen – Donnerstag, 1. Juli, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher-Straße 29, 14197 Berlin. Anfragen: Ursula Dronsek, Telefon (030) 2164338.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Die Gruppe bietet zusammen mit JWD-Reisen eine Zwei-Tages-Busfahrt an. Termin: 7. bis 8. August 2010, Reiseverlauf: 7. August: 8.30 Uhr Abfahrt vom ZOB Bremen, 10.30 Uhr bis zirka 12.30 Uhr Besichtigung der Ausstellung „Luise – Mythos und Leben“ im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, 12.30 bis 14 Uhr Mittagspause (Restaurant Krone, Mittagessen ist nicht im Reisepreis enthalten!), Weiterfahrt nach Potsdam, zirka 17.30 Uhr Ankunft in Potsdam im zentral gelegenen Art'otel in Potsdam, Zeppelinstraße 136 – der Abend steht zur freien Verfügung. 8. August: Frühstück im Art'otel, 10 Uhr Abfahrt nach Paretz, 10.40 Uhr bis 11.40 Führung durch die Ausstellung „Luise. Die Kleider der Königin“, anschließend individuelle Besichtigung des Parks im Schloss Paretz, Mittagspause bis 14 Uhr, anschließend Rückfahrt nach Bremen, zirka 20 Uhr Ankunft in Bremen, ZOB. Leistungen: Hin- und Rückfahrt im modernen Reisebus, eine Übernachtung mit Frühstück im Vier-Sterne-Art'otel in Potsdam, Eintritt und Führungen, Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen – Anmeldeschluss: 18. Juni 2010, Preis pro Person: im DZ 99 Euro, im EZ 115 Euro. Nähere Informationen ab sofort in der Geschäftsstelle der Gruppe in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

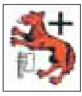
Bremerhaven – Freitag, 25. Juni, 14.30 Uhr, Sommerfest der Gruppe im „Barlachhaus“. – Für den Zeitraum vom 6. bis 13. August ist eine Reise nach Nikolaiken und Elbing geplant. Besucht werden Stargard, Deutsch-Krone, Schneidemühl (1x Übernachtung), Bromberg, Thorn, Sensburg (3x Übernachtungen), Nikolaiken, Kruttinnen, Eckertsdorf, Lötzen, Steinort, Rastenburg, Bartenstein, Frauenburg, Cadinen, Elbing (2x Übernachtungen), Oberländischer Kanal, Buchwalde, Marienburg, Tiegenhof, Danzig, Karthaus, Stolp, Köslin (1x Übernachtung), Naugard, Stettin und Kolbitzer (Grenze). Die Reise kostet pro Person 799 Euro / DZ beziehungsweise 985 Euro / EZ. Anmeldungen ab sofort bei Klaus Eichholz, Telefon (04744) 5063, oder Bernhard Tessarzik, Telefon (04703) 1612.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Sonnabend, 26. Juni, 14 Uhr, Sommerfest der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7, Hamburg. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen. Bei Kaffee und Kuchen, in geselliger Runde sollen zusammen einige fröhliche Stunden verbracht werden. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Es wird der Videofilm „Romantisches Masuren – Land der 1000 Seen“ gezeigt. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab den U-Bahnstationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek Markt. Anmeldung bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092, bis zum 25. Juni.



Osterode – Sonnabend, 19. Juni, 12.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Spanferkelessen im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 552, Hamburg-Ohlsdorf. Der Preis pro Person beträgt 15 Euro. Anmeldungen und Überweisung des Geldbetrages nehmen Marlies und Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9017, entgegen.



Sensburg – Sonntag, 20. Juni, 15 Uhr. Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 6. Juli, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. Juni, 15 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). „Die beste Zeit im Jahr ist mein“ – Lieder und Geschichten zur Sommerzeit.



HESSEN

Vorsitzende: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Bergstraße – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, findet wieder das beliebte Sommerfest auf dem Gelände des Geflügelzuchtvereins in Reichenbach statt. Geboten wird neben einem Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen nebst diversen Getränken ein Unterhaltungsprogramm. Für Kuchenspenden ist der Verein dankbar. – Vom 2. bis 17. August liegt ein Reiseangebot vor: „Unterwegs auf dem Fluss Lena in Russland und Sibirien“. Anmeldungen werden erbeten an Brigitte Sattler, Telefon (06251) 39303.

Darmstadt – Sonnabend, 19. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Darmstadt-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel hält Dieter Leitner anlässlich des 200. Todestages einen Diavortrag: „Königin Luises Kinder- und Jugendjahre in Darmstadt und Schloss Braunshardt“.

Dillenburg – Mittwoch, 30. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein. Ingrid Nowakiewitsch referiert über Johann Sebastian Bach. – Bei der letzten Monatsversammlung sprach Waltraud Kranick über den deutschen Kaiser Wilhelm II. und Königin Sophia von Spanien sowie deren Verwandtschaft. Zunächst brachte Waltraud Kranick die wichtigsten Fakten aus dem Leben von Wilhelm II. Er wurde am 27. Januar 1859 als ältester Sohn des damaligen Kronprinzen und späteren Kaisers Friedrich III. und dessen Frau, der englischen Prinzessin Victoria geboren. Er war somit ein Enkel von Kaiser Wilhelm I. und der britischen Königin Victoria. Wilhelm erhielt die für einen Thronfolger übliche Erziehung: Hauslehrer, Kadettenanstalt und Militärdienst, Abitur und Studium in Bonn, später auch Unterricht in ziviler Verwaltung. Im Jahre 1881 heiratete er Prinzessin Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Im sogenannten Drei-Kaiser-Jahr 1888 starb zunächst sein Großvater, Kaiser Wilhelm I., nach 99 Tagen Regierungszeit auch sein Vater Friedrich III., und Wilhelm wurde Kaiser Wilhelm II. Er regierte von 1888 bis ins Jahr 1918, in dem er als Folge der Novemberrevolution 1918 abdanken musste und nach Holland ins Exil ging. Dort lebte er ab 1920 auf Haus Doorn, bis zu seinem Tode 1941. Im zweiten Teil ihrer Ausführungen befasste sich Waltraud Kranick mit der spanischen Königin Sophia. Sie wurde am 2. November 1938 in

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 19. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Katharina die Große.

Sonnabend, 19. Juni, 0.00 Uhr, Phoenix: Meine Geschichte – Das Kriegsende.

Sonntag, 20. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

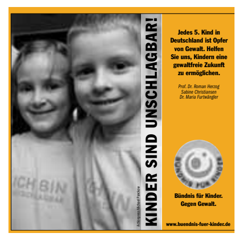
Dienstag, 22. Juni, 20.15 Uhr, Arte: Irans grüner Sommer.

Dienstag, 22. Juni, 22.15 Uhr, NDR: Der Krieg.

Mittwoch, 23. Juni, 20.15 Uhr, Arte: Neapel, offene Stadt – 1943–1948.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Athen als ältestes Kind des griechischen Königs Paul I. und seiner Frau Friederike von Hannover-Braunschweig, einer Tochter von Prinzessin Viktoria Luise von Preussen (Tochter von Wilhelm II. und Prinzessin Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg), geboren. Sophia verbrachte einen Teil ihrer Jugend in Alexandria/Ägypten und in Südafrika, da ihre Familie nach der Besetzung Griechenlands durch die Deutschen fliehen musste. Nach dem Krieg besuchte sie das deutsche Internat Salem; nach dem Abitur studierte sie in Athen Musik und Archäologie. Sie spricht fließend Deutsch. 1960 nahm sie als Seglerin an den Olympischen Spielen in Rom teil. Im Jahre 1962 heiratete sie den spanischen Thronfolger Juan Carlos de Borbon. Sie haben drei Kinder. Seit 1975, nach General Francos Tod, sind Juan



Carlos und Sophia König und Königin von Spanien. Königin Sophia widmet sich ihren repräsentativen Pflichten sehr gewissenhaft und ohne diplomatische Schnitzer. Sie engagiert sich stark in sozialen Angelegenheiten, vor allem im Zusammenhang mit der Fürsorge für Frauen und Kinder. Sie gilt als sehr warmherzig und ist allgemein beliebt. Trotz des ungewöhnlichen Themas erhielt Waltraud Kranick viel Beifall von den Anwesenden. Da sie lange in Spanien gelebt hat, konnten auch noch einige Spanien betreffende Fragen beantworten.

Wiesbaden – Sonnabend, 19. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Motto: „Erinnerungen an Zuhause – Ein Heimat-Nachmittag". Wer etwas beitragen möchte, seien es Geschichten, Gedichte und / oder Informationen, melde sich bitte gleich bei Familie Schetat. Zuvor ist Zeit für Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Eingedenk der auch 65 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges immer noch nicht beseitigten Folgen von Flucht, Vertreibung und Deportation in Europa appelliert die Landsmannschaft Ostpreußen – Landesgruppe Niedersachsen e.V. an die im Jahre 2007 in Triest unter Mitwirkung der Landsmannschaft Ostpreußen gegründete Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) nicht nachzulassen, an das begangene Unrecht zu erinnern, die Rechte der Vertriebenen nach internationalem Menschen- und Völkerrecht einzufordern und die Politiker aufzufordern, endlich mit der Aufarbeitung des noch andauernden menschenverachtenden Vertreibungsunrechts zu beginnen. Nachdrücklich begrüßen wir daher die von der EUFV in ihrer Satzung niedergeschriebenen Ziele: Uneingeschränktes Rückkehrrecht in die Heimat, ausgestattet mit den Menschenrechten gemäß Uno-Standard, mit einem Leben ohne Diskriminierung; schnellstmögliche Lösung der Eigentumsfrage mit dem Grundsatz: Restitution vor Entschädigung; Bekenntnis der Vertreiberstaaten zur historischen Wahrheit über Flucht und Vertreibung. Wir bedauern, dass weder die Bundesregierung noch die im deutschen Bundestag vertretenen Parteien die berechtigten Interessen der deutschen Heimatvertriebenen, so zum Beispiel bei der Durchsetzung von Eigentumsansprüchen, vertreten. Es sei nur daran erinnert, dass die Bundesregierung den betroffenen deutschen Bürgern den diplomatischen Schutz bei der Durchsetzung der Eigentumsrechte zu gewähren hat. Daher wird die EUFV mit Wilhelm von Gottberg und Dr. Massimiliano Lacota an ihrer Spitze gebeten, die deutschen Vertriebenen und die anderen vertriebenen europäischen Volksgruppen bei der Verwirklichung ihrer Rechte zu unterstützen. Wir bitten, die Beseitigung des Unrechts immer wieder anzumahnen und die Politiker an die Wahrnehmung ihrer Pflichten gegenüber dem vom Zweiten Weltkrieg am härtesten Betroffenen zu erinnern. Hannover, den 31. Mai 2010

Braunschweig – Mittwoch, 23. Juni, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig. Frank Riedel vom Brandenburg-Preußen-Museum in Wustrau hält einen Diavortrag: „Wegweisende Aspekte der frühen preußischen Schul- und Bildungsgeschichte". Gäste sind herzlich willkommen. – Beim letzten Treffen der Gruppe hielt Klaus Lunau einen Vortrag über das Ostseebad Cranz, das Samland und die Kurische Nehrung. Leider konnten aus technischen Gründen die Fotos hierzu nicht gezeigt werden. Klaus Lunau berichtete aber ausführlich über das nördliche Ostpreußen, insbesondere über Cranz. Sein Einsatz für diese Region ist beachtlich, zumal er vieles Reisen dorthin unternimmt. Durch seine zahlreichen Aufenthalte verfügt er über gute Kenntnisse in allen Bereichen. Die anschließenden Fragen konnte er somit erschöpfend beantworten. Der Vortrag – diesmal mit den dazugehörigen Bildern – soll zu einem späteren Zeitpunkt wiederholt werden.

Göttingen – Donnerstag, 5. August, 14.30 Uhr, Grillnachmittag im Holtenser Forst. Es wird ein Bus für die Hin- und Rückfahrt eingesetzt. Anmeldungen bis zum 27. Juli bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Osnabrück – Freitag, 18. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Donnerstag, 24. Juni, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Die diesjährige Reise „Königsberger Provinz" war restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann – zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung – Adresse und Telefonnummer Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rinteln, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, auch in diesem Jahr findet an der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg eine Kulturveranstaltung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen statt. Die Landesgruppe hofft, ab 11 Uhr (Zeit zum Plachandern), recht viele Landsleute und Gäste auf dem „Kleinen Ostpreußentreffen" begrüßen zu können. Wie schon in den vergangenen Jahren besteht die Veranstaltung aus einem offiziellen (14 Uhr) und einem unterhaltsamen Teil. Zu Beginn läuten die Glocken aus Königsberg und Breslau, man gedenkt der Toten und hört das Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden" (Trompeter F. Braun). Hubert Maessen, WDR-Redakteur, wird die Festrede halten. Für das leibliche Wohl sorgen die Damen der Landesgruppe mit ostpreußischen Spezialitäten. Zahlreiches Erscheinen ist der Lohn für den Veranstalter mit seinen ehrenamtlichen Mitwirkenden. **Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, dass die 224 Seiten fassende Gedenkschrift „Ostpreußen – Land der dunklen Wälder" zum Preis von 3 Euro plus Versandkosten zu erwerben ist.**

Bielefeld – Sonntag, 20. Juni, 13 Uhr, Abfahrt ab Kesselbrink nach Delbrück in „Das gastliche Dorf". Anmeldungen an Frau Matthies, Telefon (0521) 441125. – Donnerstag, 24. Juni, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Gladbeck – Dienstag, 29. Juni, 8 Uhr, Tagesausflug der Gruppe ins Sauerland mit Schiffsfahrt und Planwagenfahrt. Abfahrt ab Busbahnhof Oberhof.

Gevelsberg – Freitag, 18. Juni, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Spießbratenessen und gemütliches Beisammensein im Vereinslokal Keglerheim, Hagener-Straße 78.

Gütersloh – Montag, 21. Juni, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 28. Juni, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Hagen – Donnerstag, 9. Juli, findet der diesjährige Busausflug der Gruppe zur Lahn (Limburg) – Bus- und Schiffsfahrt – statt. Es sind noch Plätze frei.

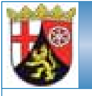
Köln – Dienstag, 6. Juli, Treffen der Gruppe. Es wird ein Diavortrag über die „Sozialkulturelle Betrachtung Indiens" gezeigt. Auch bietet dieses Treffen Gelegenheit, sich für die Mitfahrt zum „Kleinen Ostpreußentreffen" auf Schloss Burg (11. Juli) einzutragen.

Leverkusen – Sonnabend, 19. Juni, 15 Uhr, Sommerfest der Gruppe im Haus Ratibor, Küppersteger Straße 56. Zusammen mit Mitgliedern, Familien, Freunden sowie Gästen soll das fröhliche und abwechslungsreiche Fest gefeiert werden. Im Programm: gemeinsame Kaffeetafel, Wettbewerbsspiele: Dartspiele, Fußball, Glücksrad, Taubenschießen und andere Spiele. Ein kulturelles Programm wird geboten. Eine Bar wird eingerichtet und Abendessen vorbereitet, Verzehrpreis: 4 Euro zu entrichten am Eingang. Kinder bis zwölf Jahre sind frei. Um Kuchenspenden wird gebeten, die dann zu kleinem Preis verkauft werden. Der Erlös fließt der diesjährigen Weihnachtsfeier zu. Danke im Voraus. Nähere Informationen bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

Neuss – Donnerstag, 1. Juli, 15 Uhr (Ende gegen 18 Uhr), „Tag der offenen Tür" mit Kaffee und Kuchen in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, Neuss.

Siegburg – Mittwoch, 23. Juni, Sommerausflug der Gruppe zur „Dienststelle Marienthal" (ehemaliger Regierungsbunker an der Ahr). Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Wilhelm Kreuer, Telefon (02246) 5100.

Witten – Donnerstag, 24. Juni, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Kaffeetafel, Thema: „Ostpreußische Speisen und Essgewohnheiten".



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 25. Juni, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 2. Juli, 13 Uhr,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

56. Werkwoche

Hamburg – Unter der Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, findet vom 11. bis 17. Oktober 2010 im Ostheim in Bad Pyrmont die 56. Werkwoche statt. Es werden wieder folgende Arbeitsgruppen angeboten: Musterstricken, Kreuz- und Weißsticken, Trachtennähen sowie Weben, Doppelweben und Knüpfen. Besonders würden wir uns über eine Teilnahme von jüngeren Interessierten freuen. Die Seminargebühr beträgt 120 Euro, darin enthalten sind Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 6 Euro pro Nacht. Fahrkosten werden nicht erstattet.

Nähere Informationen und Anmeldeformulare erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 19

Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

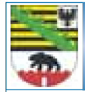
Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 19. Juni, Abfahrt vom Bahnhofsvorplatz, Neustadt, zum Jahresausflug der Gruppe nach Landau, dort Besuch des Zoos. Der Eintrittspreis beträgt 6 Euro. Im Anschluss ist ein gemütliches Beisammensein mit Mittagessen vorgesehen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Dresden – Mittwoch, 23. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Sommergrillen auf dem Hof der Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3, 01309 Dresden. Gäste sind herzlich eingeladen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 30. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Schönebeck – Mittwoch, 23. Juni, 14 Uhr, Treffen in der Begegnungsstätte „Haus Luise“. Auf dem Programm stehen Berichte über die Reise nach Masuren.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Die Herbstfahrt der Gruppe geht nach Walsrode, in die Lüneburger Heide zum Heide-Back-Haus mit einem „Vollkorn-Seminar“, Besichtigung der Backstube und Führung, danach eine Komödie im Back-Theater und ein musikalischer Abschluss mit Mitsingen und Schunkeln – natürlich alles einschließlich eines kräftigen Mittagessens und großen Kaffeetrinkens mit Heidcher Sahnetorte und Rahmbutterkuchen und eines Gastgeschenks. Abfahrt ZOB Bad Schwartau 9 Uhr, Preis alles inklusive 44 Euro. Gäste sind wie immer herzlich willkommen. Informationen bei Regina Gronau, Promenadenweg 26, 23611 Bad Schwartau, Telefon (0451) 26706.

Flensburg – Am 5. August 1950 wurde der Kreisverband Flensburgs des Bundes der Heimatvertriebenen, gegründet. Fast bis Ende der 50er Jahre lebten tausende von Landsleuten noch in Flensburgs Holz- Steinbaracken. Sehr viele ostdeutsche Landsleute fanden in diesem Kreisverband Flensburg ihre kleine Heimat. Hier traf man sich und konnte in gewohnter Heimatsprache miteinander reden. Ein sehr guter Nachweis ist die im Jahr 1950 gestickte Fahne der Ostpreußischen Landsmannschaft Flensburg. Die Spuren auf der Fahnenstange zeigen die Teilnahme an unendlich vielen Veranstaltungen, denn sie wurde stets mitgeführt. Folgende Gruppen traten dem Kreisverband bei: Ostpreußen, Westpreußen, Memellanddeutsche, Pommern, Warthekländer, Sudeten Schlesier, Danziger, Sachsen, Sachsen-Anhaltiner, Thüringer, Brandenburger und Mecklenburger. Auf dem Flensburger Friedhof „Friedenshügel“ erinnern die vorhandenen Gedenksteine an die alte Heimat. Sie wurden von den Eltern der heutigen doch etwas älteren Damen und Herren beschafft, graviert und errichtet. Das Geld dafür wurde mühsam zusammengesammelt, es wurde „vom Mund abgespart“! Oberst a. D. Kersten Freiherr von Rosen sagte einmal: „Können Steine sprechen?“ Ja, sie könnten uns doch so vieles erzählen, wenn wir auch etwas dazu beitragen würden. Diese Gedenksteine dürfen nicht entfernt werden, „der Fremde“ sollte einmal darüber nachdenken, warum und wozu sie auf diesem Friedhof errichtet wurden. Der Vorsitzende gibt darüber gerne Auskünfte. Viele Damen und Herren arbeiteten in den einzelnen Vorständen, besonders im Kreisverband Flensburg. Dank diesen hilfsbereiten, ehrenamtlichen Landsleuten, denn viele sind nun leider nicht mehr unter uns. Vor fast 60 Jahren bauten diese Vorstände mit den „heimathungrigen Landsleuten“ das auf, was heute immer noch von großem Wert ist! Die Heimat der Vorfahren ist nicht vergessen, denn dort waren und sind immer die Wurzeln der Familien. Nachweisbar ist vieles in den Familienchroniken vorzufinden. Leider gibt es gerade in der heutigen Zeit Menschen, die nicht wissen, wo sich ihr Elternhaus einmal befand. Achtet der aufmerksame Zuhörer auf die Antwort, hört er häufig: „Wir stammen aus Polen, tatsächlich war es aber Ost- oder Westpreußen, Wartheland, Danzig oder Schlesien!“ Dann bedarf es der Nachhilfe in „Heimatkunde“ Ein nichtdeutscher europäischer Bürger, der seine Heimat verloren hat, gäbe niemals diese Antwort! Mit Wirkung vom 31. Dezember 2009 wurde die Gruppe Flensburg aufgelöst, da niemand den Vorstand mehr übernehmen konnte. Um das Aufgebaute nicht so aufzugeben, wurde nun ein neuer Beschluss gefasst. Am Montag, dem 7. Juni 2010 wurden einstimmig als Vorsitzender Winfried Brandes, Jahrgang 1942 (Kreis Mohrungen), als Schatzmeisterin Inga Kanstorf, Jahrgang 1939 (Stadt Königsberg) und als Beisitzer Hans Legies, Jahrgang 1942 (Kreis Angerapp), gewählt. Der Vorstand hat sich folgendes Ziel gesetzt: „Wir versprechen gar nichts, aber wir werden uns um das Wohlergehen unserer Damen und Herren bemühen!“ Schon vor diesem Neubeginn wurde ein „Terminkalender 2010“ geschaffen, um Vorfreude auf die nun folgenden Monate des Jahres 2010 zu geben. Ausflüge in den Nahbereich, gemütliche Kaffeerunden, Vorträge, Kirchenbesuche mit anschließendem Mittagessen, Teilnahme am Volkstrauertag, Totensonntag sowie die Preußischen Tafelrunde Flensburg sollen und werden den Zusammenhalt fördern. Auch diese Landsmannschaft hat keine alten Mitglieder, sondern nur etwas Ältere! Gerade dieses schöne Bundesland Schleswig-Holstein – jetziges Zuhause von so unendlich vielen Ostdeutschen, weist auf eine wertvolle Zukunft.



Mölln – Mittwoch, 23. Juni, 17 Uhr, traditionelles Matjesessen im „Quellenhof“. Vorher hält Ilse Conrad-Kowalski einen Vortrag mit dem Titel: „Schatten über dem Memelland“. Darin wird sie über die Entwicklung und die Geschichte des Memellandes berichten, außerdem wird sie das gemeinsame Singen leiten. Die Anmeldungen für das Essen sind bis zum 21. Juni an Irmingard Alex, Telefon (04542) 3690, zu richten. Der Preis beträgt zehn Euro pro Person. Auf Wunsch kann auch ein anderes Gericht bestellt werden. Zu dieser Veranstaltung sind auch wieder die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich eingeladen. – Bei der letzten Zusammenkunft hielt der Landesvorsitzende Edmund Ferner einen Vortrag über die vor 200 Jahren verstorbene Königin Luise. 1776 wurde sie als Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz in Hannover geboren, wo ihr Vater Gouverneur war. Nach dem frühen Tod ihrer Mutter verlebte sie ihre Kindheit bei ihrer Großmutter in Hessen-Darmstadt. Mit 17 Jahren heiratete sie den späteren König Friedrich Wilhelm III von Preußen. Nach der Niederlage von 1806 floh sie mit ihren Kinder von Weimar nach Stettin, dann über Küstrin, Graudenz, Osterode und – an Typhus erkrankt – nach Memel in Ostpreußen. Im Juli 1807 ließ sie sich in Tilsit zu einer Unterredung mit Napoleon bewegen, um möglichst bessere Friedensbedingungen für Preußen zu erbitten. Doch ihre Mühe war vergebens. Am 23. Dezember 1809 kehrte sie mit Erlaubnis Napoleons nach Berlin zurück. Am 19. Juli 1810 starb sie auf Schloss Hohenzieritz bei Neustrelitz. Anschließend wies der Referent noch darauf hin, dass sich in diesem Jahr die „Charta der Heimatvertriebenen“ zum 60. Mal jährt; darin wurde schon 1950 der Verzicht auf Rache und Vergeltung ausgesprochen.

Pinneberg – Donnerstag, 24. Juni, Treffen der Gruppe. Nähere Informationen bei Frau Schmidt, Telefon 62667, oder Frau Kieselbach, Telefon 73473.

Uetersen – Der Besuch der beliebten ostpreußischen Schriftstellerin und Publizistin Ruth Geede war für die Mitglieder und Gäste ein besonderes Erlebnis. Wie in den Vorjahren las sie aus ihren Büchern. Geschichten über „die Veilchen blühen schon auf dem Litauer Wall“, über „das Marienblattche“ oder über die verunglückten, aber passenden Sprichworte von Fritzchen in der Schule fanden großen Beifall. Aus ihren jungen Jahren konnte sie viel über ihre Familie und ihren beruflichen Werdegang bei den Zeitungen und beim „Reichssender Königsberg“ berichten. In dieser Zeit hatte sie mit vielen bedeutenden Schriftstellerinnen, Dichtern und Künstlern zusammengearbeitet. Ihre Lust und Begabung für ihre berufliche Tätigkeit hat sie ihrer Meinung nach wohl von der Mutter geerbt, die ihren Kindern schon damals viele Geschichten erzählen konnte. Die Teilnehmer dankten Ruth Geede mit lang anhaltendem Beifall. Der Vorsitzende Joachim Rudat überreichte als Dank einen wunderschönen Blumenstrauß. Gleichzeitig dankte er im Namen aller Besucher den fleißigen und kreativen Mitarbeitern für die ideenreiche, festlich zum Muttertag geschmückte Kaffeetafel.

Sommerakademie Sticken

Bad Pyrmont – Das Ostheim führt auch dieses Jahr wieder die Sommerakademie Sticken durch. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das Seminar (fünf Tage) beginnt am Montag, dem 19. Juli, 15 Uhr mit der Einführung und endet am Sonnabend, 24. Juli 2010 nach dem Mittagessen. Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 295 Euro im Doppelzimmer, 325 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension, die Seminargebühr (ohne Material) und die Tagungskurkarte für fünf Tage. Notwendige Materialien für das Seminar können bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad sowie ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACCHH IMMSS, IISS, ACOST, AEHS, AEMMR, LOOS, CEFH, AHRT, ACHMS, AHO, EEHR ST, EEIL RS, FOT

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine süße Nachspeise.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	SPIEGEL		TEICH
2	ALM		GIFT
3	KINDER		NAME
4	SAFT		DIEB
5	LUFT		BRUCH
6	SCHAU		BANK
7	STEIG		FALTE

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 ländliches Hotel
2 Spender, Gründer
3 Nachtragsgesetz

Schwedenrätsel (Fragen): großer Essensraum, Reserve, haften bleibend, veraltet: Internat für Mädchen, Staat im Himalaja, kurze Unterschrift, österr. Lyriker (Nikolaus), ewiger Schnee im Hochgebirge, Wassersportler, Pfannengericht, im Jahre (lateinisch), Haushaltsplan, Sand-, Schneeanhäufung, Schwarzwaldgewässer, aufschlagen, auftreffen, ein Marder, vom Arzt behandelte Person, Rest im Glas, Netzhaut des Auges, hochbegabter Mensch, still, unhörbar, Fisch-, Vogelfanggerät, Überzug, Außenhaut, Bezahlung, Gestalt a. Schillers „Bürgschaft“, Zierpflanze, Liliengewächs, Jugendstadium mancher Tiere, Firmenzeichen, Signet, Bienenzüchter, ein Schulfach, amerikanischer Filmpreis, verehrtes Vorbild, Singstimme, sich täuschen, Hauptstrom Vorderindiens, Werbeschlagwort, Stadt an der Weißen Elster, Monatsname, Wohnzins, fettarm, Glasschrank, Papstkrone, Wildgericht, westeuropäischer Fluss, germanisches Volk, geäußerter Wunsch, ein Haus errichten, Bestie, Europ. Atomgemeinschaft (Kurzwort), waagerecht absetzen, platzieren, Meeressäugetier, Wintersportanlage, schnelle Fortbewegungsart, Ostslawe, alltäglich, gewöhnlich, dt. Sozialist (Friedrich), Tier oder Pflanze a. fernen Ländern, Mutter Jesu, künstler. Aktionsform, Veranstaltung, ein englisches Königshaus, Teilzahlung, früheres Narkosemittel, Schankraum e. Gästehauses, einfarbig, den Körper im Wasser säubern, weibliches Haustier, öffentliche Bekanntmachung, einsinkend gehen, eine Zahl, Laufgerät, das junge Getreide, Kellner, eine der Musen, jüdisches Fest, Leichtathlet, Auslese der Besten, Maßeinteilung an Messgeräten, Außenschicht bei Bäumen, Steigerung von gut, englische Schulstadt, Bann, Verfemung, Abschnitt der Woche, elektr. geladenes Teilchen, Ringelsaugwurm, Beingelenk, lettische Hauptstadt, Abk. für Neues Testament, moralisch einwandfrei, Inselgruppe im Atlantik, spanische Stadt am Tajo, kontra, anti, Ärger, Wut, Gebetsschlusswort

PAZ10_24

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: MISCHMASCH, SCHAM, AHO, IISS, CEFH, ESTHER, FOT

Mittelworträtsel: 1. Karpfen, 2. Rausch, 3. Maedchen, 4. Laden, 5. Schiff, 6. Fenster, 7. Buegel – Pudding

Magisch: 1. Gasthof, 2. Stifter, 3. Novelle

Mit gefärbtem Fell und toupiertem Schwanz

Wenn Kühe auf dem Laufsteg ihre Schönheit präsentieren, hat vorher ein Friseur Hand angelegt

In den USA und Kanada gibt es sie schon lange: Cowfitter. Vor Auktionen und Schauen putzen sie die Tiere heraus, um so einen höheren Verkaufswert zu erzielen.

Lusanne wird geschoren. Einige Stunden bevor die Dreijährige bei der diesjährigen Messe vors Publikum tritt, werden ihre Haare auf exakt dieselbe Länge gebracht. Lusanne lässt alles geduldig über sich ergehen, nur manchmal trampelt sie etwas nervös hin und her. Hinrich Henke, der Lusanne mit gekonnten Handgriffen vorbereitet, lässt die Schermaschine sachte über ihren Rücken gleiten. Dann greift er zu Kamm und farbigem Haarspray. Das Muster muss gleichmäßig sein, also wird in schwarz und weiß lackiert. „Normalerweise sind die Haare etwa zwei Zentimeter lang“, sagt

Kräftige Adern am Euter sind ein Qualitätsmerkmal

Henke. Etwa vier bis sechs Wochen vor einer Messe werden die Tiere erstmals geschoren. Dann wächst das Fell schön dicht nach und wird am Tag vor dem Termin noch einmal auf etwa zwei Millimeter gekürzt. „Wenn sich das Tier einen kleinen Fellfleck abgestoßen hat, wird dort mit wasserlöslicher Farbe abgedeckt“, verrät der Stylingprofi. Und da die Wirbelsäule immer etwas uneben ist, wird das Fell darüber hochgekämmt und dann zu einem schnurgeraden Rückenkamm frisiert.

Hinrich Henke kennt alle Tricks. „Milchkühe werden so geschoren, um die Körperkonturen, das heißt Beckenknochen oder Rippenbögen hervorzuheben“, erklärt er. Sogar die Haare am Euter werden mit der Schermaschine entfernt, damit die Adern gut zu sehen sind. „Kräftige Adern – also ein sogenanntes belebtes Euter – sind ein Qualitätsmerkmal“, erklärt Hinrich Henke. „Denn bis im Euter ein Liter Milch produziert ist, muss das Herz 300 bis 400 Liter Blut durchs Euter pumpen.“ Damit die Euter prall sind, werden die Kühe zweimal nicht gemolken. Das bringt bei den aufmerksamen Juroren die meisten Punkte.

Heute schicken 70 Zuchtbetriebe ihre 115 schönsten Tiere auf den Laufsteg; folglich hat Henke einiges zu tun. Er ist der Kuhfriseur – der „Cowfitter“ –, der am Rande der Halle, in der die Tiere auf ihren Auftritt warten, seinen „Schönheitssalon“ betreibt. Er stylt nicht nur Lusanne, auch zehn ihrer Artgenossinnen erhalten durch ihn mit Puder und Schere das perfekte Aussehen.

Hinrich Henke, der aus einem Dorf in Niedersachsen kommt, wo er mit seiner Lebensgefährtin und den drei gemeinsamen Kindern lebt, hat das „Trimmen“ von Rindern in Kanada gelernt. In Deutschland ist er der erste professionelle Kuhfriseur.

Gerade bringt der 38-Jährige die Schönheit von Ofrete zur Geltung. Helfer haben sie schon mit Wasser und Seife blitzblank geschrubbt. Jetzt wird der Schwanz bearbeitet. „Einige Kollegen flechten ihn, damit er schön buschig aussieht“, erzählt Henke. „Das ist mir zu aufwendig.“ Er benutzt lieber Bürste und Haarspray, bei manchen Rindern wird der Schwanz auch onduliert. Die Tiere werden vor derartigen Veranstaltungen tagelang immer wieder geputzt und geschoren, gestriegelt und geölt. Schmunzelnd sagt der Kuhfriseur: „Manch ein Bauer hat nach unserer Arbeit seine Kuh schon nicht mehr wiedererkannt.“



Mit Geschick und Einfühlungsvermögen: Kuhfriseur bei der Arbeit — Bild: Imago

„Natürlich sollen die Tiere nicht nur schön sein, sondern auch einen guten Job machen und Geld bringen“, erläutert Preisrichter Markus Mock. So ist die Messe auch keine reine Unterhaltung, sondern ein Treffen von Züchtern mit handfesten wirtschaftlichen Interessen. Neben dem Schaulaufen finden Verhandlungen mit internationalen Käufern statt, werden Tiere versteigert. Gute Milchkühe erzielen auf Viehauktionen bisweilen stolze Preise. So wechselte erst unlängst eines der Tiere für den Rekordbetrag von 50000 Euro den Besitzer. Neben Abstammung und Milchleistung bestimmt vor allem das Urteil der Juroren den Wert der Milchkühe. Deshalb engagieren ehrgeizige Landwirte inzwischen immer häufiger Cowfitter wie Hinrich Henke.

„Bestimmte Kriterien haben allgemeine Gültigkeit“, erklärt Markus Mock. „Mit 40 Prozent wird das Euter bei der Einstufung am höchsten gewichtet.“ In einem Punktesystem schlagen die Beine mit 25 Prozent, der Körper- und Knochenbau mit 20 Prozent und der Milchtyp mit 15 Prozent zu Buche.

Kuhfriseur zu sein ist für Henke nicht nur Beruf, sondern Berufung: „Als ich mit dem Abitur fertig war, bin ich nach Berlin gegangen, um dort Landwirtschaft zu studieren. Dabei habe ich gemerkt, dass ich ein reiner ‚Kuhmann‘ bin: Andere Dinge wie Feldwirtschaft

Für die Schönheit der Kühe quer durch Europa gereist

oder Geflügelhaltung machten mir überhaupt keinen Spaß, und so habe ich dann schon zu Studienzeiten angefangen, als Cowfitter zu arbeiten und bin mit großer Freude dabei geblieben“, erzählt Henke. „Ich denke, am meisten zählt dabei, dass man sich für die Tiere interessiert. Das ist etwas, was man nicht erlernen kann.“ Branchenfremden mag der Beruf exotisch erscheinen, zumal es bundesweit nur etwa zehn Cowfitter gibt. „In den USA und in Kanada ist das jedoch ein normaler Job“, meint Henke, der seit 15 Jahren Kühe für wichtige Termine herrichtet. Dafür reist er quer durch Europa. „Mir gefällt vor allem, dass man viel herumkommt, und ich habe es dabei mit interessanten Menschen zu tun“, sagt Henke. *Corinna Weinert*

Doppelbett im Cockpit

In Stockholm kann man in einem ausgedienten Jumbo übernachten

Im Februar 1969 hob die Boeing 747 zu ihrem Jungfernflug ab. Eine der im Jahr 2002 ausgemusterten Exemplare startet jetzt noch einmal richtig durch – am Boden. Als weltweit erste Unterkunft seiner Art entstand am Stockholmer Flughafen Arlanda das „Jumbo-Hostel“.

Besitzer und Initiator Oscar Dios hat sich und vielen anderen Jumbo-Fans einen Traum erfüllt. Er nahm eine alte ausrangierte Boing 747-200 und ließ diese aufwendig umbauen. Anstelle von 500 Sitzplätzen bietet sie jetzt Schlafgelegenheiten für 85 Träumer an. 25 Euro kostet die günstigste Übernachtung – inklusive Frühstück und Internetzugang. Mit dieser Summe sichert man sich eine Schlafmöglichkeit im Vierbettzimmer – muss also damit rechnen, dass dort auch fremde Menschen sind. Die teuerste Variante, in dem Ex-Flieger zu logieren, findet natürlich auch an einem herausragenden Platz statt: im Cockpit. Dort, wo früher Kapitän, Co-Pilot und Navigator ihren Dienst taten, können sich nun zwei Gäste in eine luxuriöse Suite zurückziehen – zwischen Bordcomputer, Knöpfen, Reglern und Steuerknüppel. Hier haben die Gäste nicht nur einen besonders exquisiten Ausblick auf das Rollfeld, sondern können auch ein eigenes WC samt Dusche benutzen. Die Kosten für eine Cockpit-Nacht: 235 Euro. Dazwischen gibt es verschiedene Preisklassen für Einbett-Kabinen, Zweibett-Varianten oder Dreibett-Zimmer. Alle Zimmer sind mit Flachbildschirmen ausgestattet, auf denen man auch die Starts und Landungen auf dem Flughafen verfolgen kann. Flugzeug-Ambiente herrscht nicht nur durch die Maschine selbst: In marine-blauen Uniformen, wie sie früher die Crew-Mitglieder einer mittlerweile nicht mehr aktiven schwedischen Fluggesellschaft trugen, empfangen Gisela Olsson und ihre sechs Kollegen die Gäste und zeigen ihnen ihre „Zimmer“. „Zu unserer Zielgruppe zählen nicht nur Reisende mit kleinem Budget und Pauschaltouristen, sondern auch Luftfahrt-Fans und interessierte Tagesgäste“, erklärt Oscar Diös die Strategie. „Wir haben uns das Technikmuseum in Speyer angesehen und uns beim dort ausgestellten Lufthansa-Jumbo ein paar Inspirationen für unser Hostel geholt“, so Diös weiter. Die Idee wurde aber nicht in Speyer geboren, sondern schon früher, im schwedischen Uppsala, wo Diös eine Jugendherberge betreibt. Als er von der vor sich hinrostenden Maschine auf dem Stockholmer Flughafen hörte, kam ihm der Gedanke, daraus ebenfalls eine günstige Herberge zu schaffen.



Gute Nacht: Blick in eine umgebaute Kabine — Bild: Jumbo Hostel

Der Standort ist gut gewählt: Mit dem eigenen Auto, Taxi, Shuttle-Bus, zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreicht man problemlos das Zentrum von Stockholm. *C.W.*

Nähere Informationen: Jumbo Hostel, PO Box 160, SE – 190 46 Stockholm Arlanda / Schweden, info@jumbohostel.com

Auferstanden aus Ruinen

Ehemalige »Pionierrepublik« ist wieder beliebte Kulturstätte

Zur Eröffnung am 16. Juli 1952 verkündete Wilhelm Pieck, der erste Präsident der DDR, vor einer Kinderschar: „Das hier ist eure Republik. Sie gehört ganz allein euch, den Kindern.“ Das weitläufige Waldgelände mit zweistöckigen Steinhäusern, einem Appellplatz, einer Schule und zwei Essenssälen am Werbellinsee, unweit von Berlin, war vor allem für die Nutzung von Kriegswaisen und -versehrten vorgesehen. Die Gestaltung im Baustil der 1930er Jahre unter Verwendung landschaftstypischer Elemente orientierte sich am Modell des sowjetischen Pionierlagers Artek auf der Krim.

Doch bald nahm die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ die Anlage in Beschlag und wandelte sie in eine politische Ausbildungsstätte um. Neben dem regulären Unterricht nahmen die Kinder an paramilitärischen Übungen teil, um sich gegen den „imperialistischen Klassenfeind“ zu wappnen. Abends stand dann die „Aktuelle Kamera“ auf dem Programm, deren wichtigste Nachrichten der sozialistische Nachwuchs am nächsten Tag beim Fahnenappell zusammenfassen musste.

Nur die „Internationalen Sommerlager“, die seit 1960 regelmäßig stattfanden, erinnerten an die ursprüngliche Idee des Erholungsparadieses. Unter dem Motto der Völkerverständigung und des Friedens trafen sich hier Kinder und Jugendliche über die Grenzen der Ostblockstaaten hinaus. Apfelsinen, Eis am Stiel, Lagerfeuer-Romantik, Badestrand – viele wähnten sich im Schlaraffenland. Attraktion war die originale mongolische Königjurte, die Erich Honecker der Einrichtung 1974 schenkte.

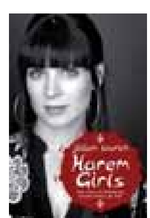
Nach der Wende wechselte das Ferien-Mekka immer wieder sein Profil. Zunächst betreute das Zentrum umweltgeschädigte Mädchen und Jungen aus Tschernobyl und Bitterfeld. Die Treuhand ließ die letzten Spuren des Sozialismus beseitigen und das Wilhelm-Pieck-Denkmal neben vielen anderen Kunstgegenständen auf die Burg Beeskow bringen, wo sie bis heute stehen. In den 1990er Jahren mietete sich der Internationale Bund in die denkmalgeschützte Immobilie ein und machte eine riesige Jugendherberge daraus. Eine Schule für Hörgeschädigte, ein Behindertenverein und eine Religionsgemeinschaft nutzten den Standort ebenso wie die Jusos und die PDS.



Foto: Gerber

Empfängt wieder Besucher: Einfahrt zur Pionierrepublik

Nachdem der Anlage mehrmals das finanzielle Aus drohte, verkaufte das Land Brandenburg sie 2004 in private Hände. Die neuen Eigentümer legten viel Wert auf den Einsatz erneuerbarer Energien und ökologisches Bauen. Seitdem ist die „Europäische Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee“ eine der größten Kinder- und Jugendeinrichtungen in Deutschland mit abwechslungsreichen Kultur-, Freizeit- und Sportaktivitäten. *Sophia E. Gerber*



Freiwillig in den Harem

Bericht über Sultanat Brunei

In nahezu jeder Stadt gibt es einen Ort der käuflichen Liebe. Die Rotlichtviertel sind aus den Stadtbildern der Großstädte kaum mehr wegzudenken, und so haben sich viele daran gewöhnt, an einschlägigen Plätzen auf Prostituierte zu treffen. Doch ab wann ist eine Frau eine Prostituierte? Klar, wenn sie diesem Gewerbe hauptberuflich nachgeht. Aber wie sieht die Sache aus, wenn eine Frau nur einem Mann für Geld körperliche Liebe schenkt? Der Leser mag jetzt an den Kinoerfolg „Ein unmoralisches Angebot“ denken, doch war es im Falle der Amerikanerin Jillian Lauren nicht Robert Redford, sondern der jüngste Bruder des Sultans von Brunei, Prinz Jefri Bolkiah, von dem das unmoralische Angebot ausging.

In „Harem Girls – Mein Leben als Geliebte des reichsten Mannes der Welt“ berichtet Lauren, wie sie eines Tages von einer Bekannten eine Einladung in das Sultanat Brunei erhielt, um dort jeden Abend mit dem jüngsten Bruder des Sultans, Prinz Jefri, genannt Robin, auch bekannt als der „Playboy Prince“, zu feiern und ihm gegebenenfalls auch nach der Feier noch „zur Verfügung“ zu stehen.

Völlig unerwartet gerät die 19-jährige Jillian in ein Leben aus Luxus, eine nicht enden wollende Party, bei der jedoch noch 40 weitere Mädchen um die Gunst des Prinzen buhlen. Alle scheinen nur das Ziel zu haben, die vierte Frau des Prinzen zu werden.

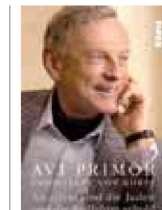
„Wir betraten einen Raum im untersten Stockwerk, wo auf jedem Zentimeter der Polster wunderschöne Frauen saßen. Überall befanden sich kleine Sitzgruppen: Tiefe Sessel und Sofas standen an Couchtischen mit Glasplatten, getragen von Tigern aus Silber und Gold. Das lebendige Bild asiatischer Mädchen, die selbst wie Tiger aussahen, hingestreckt auf den Felsen in ihrem Käfig im Zoo, schmückte den gesamten Bereich ... Am gegenüberliegenden Ende des Raumes befand sich eine Tanzfläche mit einer verspiegelten Diskokugel, die schwache Lichtflecken auf die Szene warf.“

Naivität trifft auf Dekadenz

„Harem Girls“ beginnt leider etwas schwerfällig. Jillian Lauren berichtet zunächst von ihrer Kindheit und ihren Adoptiveltern. Sie beschreibt sich als taffe junge Frau, die immer um alles hart kämpfen musste. Dem Leser sticht jedoch bald der Hang zur Selbstzerstörung ins Auge. Dieser wird sich wie ein roter Faden durch die Erzählung ziehen. Dennoch ist der Bericht über das Leben in einem modernen Harem faszinierend zu lesen. Ein Leben in Saus und Braus – und am Ende des Tages bleibt nur die Hoffnung, dass der Prinz einen für diese Nacht auserwählen wird, um nicht wieder nach Hause in die USA in die baufällige Einzimmerwohnung geschickt zu werden.

„Harem Girls“ ist eine wahre Geschichte über die Naivität junger Mädchen auf der Suche nach Luxus und über die Dekadenz eines Mannes, der alles hat und sich durch die auf ein besseres Leben hoffenden Mädchen etwas Zerstreuung verschafft. *Vanessa Ney*

***Jillian Lauren: „Harem Girls – Mein Leben als Geliebte des reichsten Mannes der Welt“**, Bastei Lübbe, Köln 2010, kartoniert, 332 Seiten, 14,99 Euro*



Polens Exilregierung war es

Avi Primor über deutsch-jüdische Vorurteile – Detail zur Entschädigung

Eigentlich war Avi Primor schon „durch“ mit Deutschland und den Deutschen, bevor er sie persönlich kennengelernt hat. Die Geschichten über den Holocaust genügten dem 1935 in Tel Aviv Geborenen, um alles, was mit Deutschland zu tun hatte, leidenschaftlich abzulehnen. Und wäre da nicht Claus von Amsberg, der später Königin Beatrix der Niederlande heiratete, gewesen, dann wäre das wohl auch so geblieben. Doch der für die deutsche Botschaft in Elfenbeinküste tätige von Amsberg suchte so hartnäckig das Gespräch mit dem israelischen Botschaftssekretär Primor, dass dieser sich schließlich auf ihn einließ. Am Ende lebte Primor selbst in Deutschland und schickte sogar seinen jüngsten Sohn auf eine deutsche Schule.

Von 1993 bis 1999 war Primor israelischer Botschafter und über seine Erfahrungen mit den Deutschen hat er schon mehrfach geschrieben. In „An allem sind die Juden und die Radfahrer schuld – Deutsch-jüdische Missverständnisse“ beantwortet er nun die Fragen der Journalistin Christiane Korff. Zwölf antisemitischer Vorurteile nehmen sich die beiden an, indem von Korff erst das jeweilige Vorurteil und seine Geschichte schildert und Primor dann in Interviewform seine Sicht und Erfahrungen hierzu darstellt.

„Sieben Milliarden Menschen werden von zwölf Millionen Juden beherrscht“, „Alle Juden sind reich wie Rockefeller“, „Die Juden haben Jesus ermordet“ und „Lenin und Stalin müssen Juden gewesen sein“ lauten einige der Stereotypen, die Avi Primor hier hinsichtlich ihres Ursprunges und ihres „Wahrheitsgehaltes“ interessant beleuchtet.

Vorwurf des Antisemitismus wird oft missbraucht

„Leiden Juden heute unter einem öffentlich spürbaren Antisemitismus?“, fragt beispielsweise von Korff. „Nein. Außer vielleicht in manchen islamischen Staaten wie dem Iran ... Allerdings weiß ich nicht, wie es diesbezüglich in Osteuropa aussieht. Ob zum Beispiel in Polen, einem Land mit langer antisemitischer Tradition, bis heute mehr Vorurteile bestehen geblieben sind als anderswo, kann ich nicht einschätzen.“ Später erläutert er dann noch, wie Antisemitismus politisch als Totschlagargument missbraucht wird.

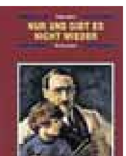
Zum Nahostkonflikt sagt Primor: „Ich halte die Abriegelung des Gazastreifens für falsch. Der durchschnittliche Israeli interessiert sich jedoch nicht für das Leben und Leiden der Palästinenser, weder im Gazastreifen noch im Westjordanland. Ihn interessiert seine eigene Sicherheit, die durch die täglichen Raketenangriffe der Hamas bedroht wird.“

Auch wird mit dem Vorurteil aufgeräumt, dass die Entschädigungszahlungen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg eine jüdische Idee gewesen seien. „Die erste Körperschaft, die erklärte, sie würde Deutschland nach dem Krieg auf Reparationen und Rückerstattung von Besitz verklagen, war die polnische Exilregierung in London, und das bereits im Jahr 1940.“ Auch hätten die Juden gar nicht so viele Milliarden von Deutschland bekommen. Der größte Teil der Entschädigungszahlungen, nämlich gut 90 Prozent, sei an Opfer in Deutschland und nicht im Ausland gegangen, wie von Korff stark vereinfacht vorrechnet.

Interessant ist auch, dass der Staat Israel erheblichen Druck auf die Bundesregierung ausgeübt hat, als diese ab 1990 (zunächst auf Initiative der untergehenden DDR) daran ging, in großem Stil Juden aus Osteuropa aufzunehmen. Juden gehörten nach Israel und nicht nach Deutschland, so der Einwand.

Letztendlich lebt das vorliegende Buch von Primors geistreichen Antworten. Sie machen die Lektüre zu einer horizonterweiternden Leseerfahrung. *Rebecca Bellano*

***Avi Primor, Christiane von Korff: „An allem sind die Juden und die Radfahrer schuld – Deutsch-jüdische Missverständnisse“**, Piper, München 2010, gebunden, 307 Seiten, 19,95 Euro*



Ein Denkmal gesetzt

Peter Spiro beschreibt das deutsch-jüdische Kulturbürgertum in Schlesien

Der einstige Ingenieur Peter Spiro (*1918), hat mit „Nur uns gibt es nicht wieder“ ein von liebevollem Erinnern erfülltes Buch an seinen Vater, den Maler Eugen Spiro (1874–1972) geschrieben, der aus dem schlesischen Judentum stammte. Geboten wird hier eine verwirrende Fülle genealogischer Verflechtungen und kultureller Leistungen des deutschen Judentums vor 1933. Was der spätgeborene Peter Spiro, der im Herbst 1935 mit seinen Eltern zunächst nach Paris emigriert ist und 1940/41 über Marseille in die USA entkommen konnte, hier versucht hat, nämlich „dem deutsch-jüdischen Kulturbürgertum ein Denkmal (zu) setzen“, ist ihm vollauf gelungen.

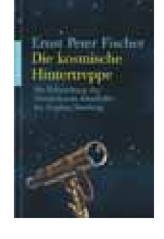
Das zweite Kapitel funkelt nur so von den erlauchten Namen, die erwähnt werden, wie der des schlesischen Dramatikers Gerhart Hauptmann, der 1928 dem zehnjährigen Peter Spiro beim Sekttrinken erklärt, dass der Kommunismus unausweichlich sei. Auch der spätere NS-Außenminister Joachim Ribbentrop wird genannt, der ab 1920 Verkaufsdirektor der Sektfirma Henkell war und bei dem jüdischen Maler Eugen Spiro ein Werbeplakat bestellte.

Aber auch der NS-Opfer wird gedacht wie des linksradikalen Dichters Erich Mühsam, der im Konzentrationslager Oranienburg umgebracht wurde. Unter den prominenten Leuten, die in Eugen Spiros Atelier auftauchten, waren auch der Schauspieler Otto Gebühr, der in mehreren, zum „Endsieg“ aufrufenden Preußen-Filmen des „Dritten Reichs“ Friedrich den Großen spielte.

Dass Peter Spiro und seine Eltern 1935 aus Deutschland fliehen mussten, war unausweichlich. Auch als zum Protestantismus übergetretene Juden waren sie einem immer aggressiver werdenden Antisemitismus ausgesetzt.

Peter Spiro hat diese Ausgrenzungspolitik noch erfahren müssen, als er 1933/35 das 1903 gegründete Herder-Gymnasium in Berlin-Charlottenburg besuchte. Das Buch wird ergänzt durch ein kluges Nachwort des Münchener Germanisten Hartmut Zelinsky. *Jörg B. Bilke*

***Peter Spiro: „Nur uns gibt es nicht wieder“**, edition memoria, Köln 2010, kartoniert, 160 Seiten, 29,80 Euro*



Stufen zur Erkenntnis

Neuer Zugang zu Vordenkern der Astronomie und ihren Forschungen

Der Titel irritiert: „Die kosmische Hintertreppe“ nennt Ernst Peter Fischer sein Buch über die „Erforschung des Himmels von Aristoteles bis Stephen Hawking“. Gemeint ist damit wohl, dass der Leser Stufe um Stufe von den Anfängen astronomischer Forschung bis zum heutigen Stand der kosmologischen Erkenntnis emporsteigt. Das Bild von der Treppe ist also stimmig, nur scheint es sich, so das Resümee der ebenso lehrreichen wie vergnüglichen Lektüre, keineswegs nur um eine Hintertreppe zu handeln.

Das Leitmotiv fand der Autor – Mathematiker, Physiker, Biologe und Professor für Wissenschaftsgeschichte an der Universität Konstanz – bei Immanuel Kant. „Zwei Dinge erfüllen das Gemüt mit immer neuer und zunehmender Bewunderung und Ehrfurcht, je öfter und anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt: der bestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir“, schwärmte der Königsberger Philosoph 1787 in der „Kritik der praktischen Vernunft“. Der ehrfürchtig-bewundernde Blick nach oben, so Kant voller Demut weiter, eröffne ihm ein „Bewusstsein meiner Existenz“, zeige ihm den Platz, den er in dieser Welt einnehme, und „vernichtet gleichsam meine Wichtigkeit“.

Genau hier knüpft Ernst Peter Fischer an. Ganz bewusst bietet er kein Kompendium astronomischer Forschungsprojekte an, sondern die Entwicklung einer auf Himmelsbeobachtung gestützten philosophischen Standortbestimmung der Menschheit. So stehen denn für die einzelnen Stufen dieser Treppe der Erkenntnis nicht abstrakte Entdeckungen, Erfindungen, Ideen oder Theorien, sondern die Menschen, denen die wichtigsten Schritte des Erkenntnisprozesses zu danken sind – eben von Aristoteles bis Hawking.

Immanuel Kant als Inspiration

Da begegnen uns natürlich die großen Vordenker der Astronomiegeschichte: Claudius Ptolemäus, dessen Weltbild für weit mehr als ein Jahrtausend den Menschen und den ihm damals bekannten Teil der Erde zum Zentrum der Welt erklärte; Nicolaus Copernicus, Johannes Kepler und Galileo Galilei, die dieses Weltbild zum Einsturz brachten und zunächst einmal die Sonne ins Zentrum setzten; Isaac Newton und Edmond Halley, die mit Physik und Mathematik erneut den astronomischen und kosmologischen Horizont erweiterten; schließlich Edwin Hubble und Stephen Hawking, die unser heutiges Modell vom Urknall, vom expandierenden Universum mit Milliarden von Milchstraßen und Billiarden von Sonnensystemen prägen.

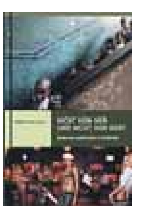
Zugleich stößt der Leser aber auch auf Namen, die er hier nicht erwartet hätte: Dante Alighieri, dessen „Göttliche Komödie“ durchaus als letzter Abgesang auf das untergehende ptolemäische Weltbild zu verstehen ist; Immanuel Kant, der eben nicht nur einer der bedeutendsten Philosophen aller Zeiten, sondern auch ein weit vorausschauender Astronom und Kosmologe war; Albert Einstein, dessen relativitätstheoretischer Ansatz nicht nur einen neuen Blick in die Welt der allerkleinsten Dinge, der innersten Strukturen der Materie eröffnete, sondern auch die fernsten Weiten des Alls unserem Bewusstsein näher rückte.

Bessel: Mit 26 Jahren Professor in Königsberg

Dankenswerterweise stellt Ernst Peter Fischer nicht nur die überragende Rolle des Königsberger Philosophen Kant für die Geschichte der Kosmologie gebührend heraus. In einem eigenen Kapitel würdigt er auch Friedrich Wilhelm Bessel, der, erst 26-jährig, 1810 von Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. zum Professor für Astronomie an der Universität Königsberg ernannt und mit großzügigen finanziellen Mitteln ausgestattet wurde. Er machte, aufbauend auf Kants kosmologischen Arbeiten, die Ostpreußen-Metropole zumindest für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem Weltzentrum der Himmelsforschung.

„Kosmische Hintertreppe“ – nach der erkenntnisreichen, aber auch unterhaltsamen Lektüre kann man sich schließlich auch mit dem zunächst etwas irritierenden Titel anfreunden und das Buch besten Gewissens weiterempfehlen. *Hans-Jürgen Mahlitz*

***Ernst Peter Fischer: „Die kosmische Hintertreppe“**, Nymphenburger Verlag, München 2009. 349 Seiten, 19,95 Euro*



Umbrüche

Südafrika von 1990 bis 2009

Die Fußball-Weltmeisterschaft hat Südafrika in den Fokus des Interesses gerückt. Aber während die meisten Medien jetzt erst die aktuelle Situation und auch die Historie des Landes beleuchten, ist der langjährige Südafrika-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Robert von Lucius, mit seinem Buch nicht nur einem aktuellen Trend gefolgt. Er hat von 1988 bis 2009 vom Kap der Guten Hoffnung berichtet. Viele Artikel, die er in diesen Jahren verfasst hat, sind nun in „Nicht von hier und nicht von dort – Umbruch und Brüche in Südafrika“ gesammelt nachzulesen.

Der Buchtitel basiert auf den Worten der südafrikanischen Künstlerin Madeleine Dumas. „Südafrika ist nicht mehr ‚dort‘, wo es in den Jahren der Unterdrückung, der Diskriminierung und der Unfreiheit war. Aber es ist, zumindest noch, auch nicht ‚hier‘, im Land des Regenbogens, das sich so viele voreilig 1994 erträumten“, erklärt der Autor seine Beweggründe für die Auswahl des Titels.

Die Artikel werden nach Oberbegriffen präsentiert. „Lebensgefühl“, „Magische Orte“, „Wahrheit und Versöhnung“, „Glaube und Staat“ sowie „Kunst und Kern“ sind einige von ihnen. Von Lucius schreibt sehr feuilletonistisch. Er vermittelt vor allem Atmosphäre und nicht so sehr Informationen.

Dabei irritiert etwas, dass die Erscheinungsdaten der Artikel erst am Ende der zwei- bis sechsseitigen Beiträge stehen. Das erschwert es, Entwicklungen nachzuvollziehen und die Aktualität geschilderter Zustände einzuschätzen. Wenn man am Ende eines Textes beispielsweise liest, dass dieser 1992 erschienen ist, fragt man sich, wie sich denn die darin beschriebene Kriminalität, Aidsrate, Sicherheit, Geburtenzahl oder Analphabetenrate seitdem entwickelt haben. Nur einige dieser Fragen werden in der Bilanz am Ende beantwortet. Da das Buch 2009 abgeschlossen wurde, fällt auch die Beurteilung des im Mai 2009 gewählten Jacob Zuma zu positiv aus, nachdem das letzte Jahr gezeigt hat, wie wenig Taten der Präsident seinen vielen Worten hat folgen lassen. Aber „Nicht von hier und nicht von dort“ ist schließlich kein analytisches, sondern ein narratives Werk. *Bel*

***Robert von Lucius: „Nicht von hier und nicht von dort – Umbruch und Brüche in Südafrika“**, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2009, geb., 237 Seiten, 19,90 Euro*



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff- Etui
Best.-Nr.: 6926



Bernhard Pollmann
Masuren und Ermland
Masuren ist ein Sehnsuchtsland. Große Seen, endlos scheinende Wälder und kleine Dörfer bestimmen das Bild dieser Landschaft im ehemaligen Ostpreußen. Der Autor und Fotograf Bernhard Pollmann zeichnet ein umfassendes und informatives Porträt, das die gegenwärtigen Veränderungen nicht außer Acht lässt. Durchgehend farbig, spricht dieser Band Auge und Geist gleichermaßen an.
Geb., 222 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 6964
€ 19,90

Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95





Der Winter der Tiere Erzählungen
Geb., 222 Seiten, Best.-Nr.: 1657
statt € 18,00 nur € 12,95

Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990
statt € 16,95 nur € 12,95

Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926
statt € 22,00 nur € 16,95

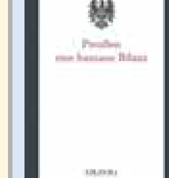


Michael Grandt
Der Staatsbankrott kommt!
Gebunden, 384 Seiten
Best.-Nr.: 6940, € 19,95



Jürgen Roth
Gangsterwirtschaft
Wie uns die Organisierter Kriminalität aufkauft
Geb., 302 Seiten
Best.-Nr.: 6955, € 19,95

Ruth Buntkirchen
Das gestohlene Jahrzehnt
Erinnerungen 1945- 1955
Zwischen Königsberg und Archangelsk- Schicksal Ostpreußen
»Genießt den Krieg! Der Frieden wird fürchterlich!« So hörten sie es oft, die Königsberger, in den letzten Wochen des Krieges von den deutschen Soldaten in der vom Feind eingeschlossenen Stadt.Ruth Buntkirchen und ihrer Familie gelang die Flucht vor der heranrückenden Front nicht mehr. Die Autorin wurde mit Schwester und Mutter zusammen interniert. Vom Vater, einem erfahrenen Lokführer, fehlte nach einer Zufallsbegegnung im Gefängnis Tapiau jede Spur. Nach Monaten in verschiedenen Lagern kamen sie frei und versuchten dann im Geburtsdorf der Mutter im Haus der geflüchteten Verwandten zu überleben. Die Not war groß. 1947 dann, total entkräftet und dem Tode näher als dem Leben, Verhaftung der Autorin und ihrer Mutter. Verurteilung und Transport in sowjetische Arbeitslager.Erst 1955 kam endlich die Stunde der Heimkehr — lange herbeigesehnt. Doch die ostpreußische Heimat war verloren. Von allen Nöten, Gefahren, Strapazen und Demütigungen berichtet dieses Buch, aber auch von gegenseitiger Hilfe und von einem kleinen Glück. Ruth Buntkirchens Erinnerungen sind ein wertvolles, informatives und zugleich erschütterndes Zeugnis jener jetzt so fernen Zeit.
Geb., 289 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6962
€ 20,00



Erhardt Bödecker
Preußen - eine humane Bilanz
Geb., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6956, € 16,90



Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209
statt € 6,40 nur € 2,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

PMD Preußischer Mediendienst
Oliver Rieckmann empfiehlt...

Sondereditionen sowie undurchsichtige Preiskategorien. Mit undurchsichtigen Tarifen bei Handys oder der Deutschen Bahn werden Kunden bewusst verwirrt, desinformiert und abgezockt. Auch Politik und Medien arbeiten bewusst mit Überinformationen, häufigen Themenwechseln, oft sogar mit bewussten Fehlinformationen, um sich im Kampf um die Aufmerksamkeit oder die Wählerstimmen durchzusetzen.

Max Otte
Der Informationscrash
Wir wir systematisch für dumm verkauft werden
In seinem neuen Buch untersucht der Bestseller-Autor Prof. Dr. Max Otte die Mechanismen der Desinformation und erklärt, warum diese zu einem Informationscrash führen werden. Gleichzeitig gibt er Hinweise, wie mündige Bürger ihre Informationssouveränität zurückgewinnen können. Der Kollaps der Finanzmärkte war ein gigantischer Informationscrash. Aber auch viele andere Lebensbereiche stehen vor einem Zusammenbruch. Beim Einkaufen verwirren Produktvielfalt, Modellwechsel,
Geb., 315 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 6963
€ 19,90

Königin- Luise- Brosche
NEU
Das gekrönte „L" von Eichenlaub eingefaßt.
Der Hintergrund ist emailliert.
Best.-Nr.: 6960



€ 8,95

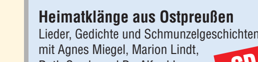
Zogen einst fünf wilde Schwäne
Endlich wieder lieferbar!
24 Lieder aus Ostpreußen
Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. O käm das Morgenrot heraf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, 20. Gehn will ich, 21. Land der dunklen Wälder, 22. Freiheit, die ich meine, 23. Der Vogel singt, 24. Eine Birke seh ich stehen



Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite



Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau



CD
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischen Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgischwehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton.
So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95



Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45
Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847, € 19,90



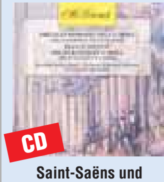
General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Geb.,160 Seiten (mit 8 militärischen Lageskizzen) + 16 Bilderseiten
Best.-Nr.: 1318, € 19,80

Doppel-CD

Georg Friedrich Händel
Orgelkonzerte Op. 4
Johannes- Ernst Köhler, Orgel und dem Kammerorchester der Staatskappelle Weimar
Aufnahme von 1975, Spieldauer: CD 1: 52,50, CD 2: 56,36
Best.-Nr.: 6915, € 16,95



CD
Orgelkonzert mit Günther Ramin
in der Thomaskirche zu Leipzig: Reger und Bach.
Historische Aufnahmen von 1946 - 1951
Gesamtspieldauer: 54:03 Min
Best.-Nr.: 6954, € 9,95



CD
Saint-Saëns und Poulenc
Camille Saint-Saëns: Orgelsymphnie No. 3, C- Moll
Francis Poulenc: Orgelkonzert G- Moll
Joachim Dalitz, Orgel und dem Berliner Sinfonie,
Gesamtspieldauer: 58:52 Min
Best.-Nr.: 6951, € 9,95



Königin-Luise-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6957, € 5,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler



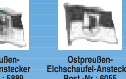
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen
Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893



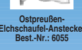
Heimat-Anstecker



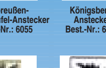
Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889



Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055



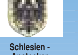
Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056



Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504

Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880

Schlesien - Anstecker Best.-Nr.: 6778



Elchschaufel-Wappen- Anstecker Best.-Nr.: 6830

Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642



Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722



Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057

Pommern - Anstecker Best.-Nr.: 6928





George Turner,
Die Heimat nehmen wir mit
Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihrer Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45
2. Auflage, Kartoniert, 285 S.; m. SW- u. farb. Abb
Best.-Nr.: 6754, € 19,80

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert,
Durchmesser= 20mm.
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

PMD Preußischer Mediendienst
24/10
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Zweifel an »Reuters«-Fotos

London – Die britische Nachrichtenagentur „Reuters“ sieht sich dem Vorwurf der Manipulation ausgesetzt. Die Agentur soll Fotos von der Aktion der israelischen Marine gegen einen Schiffskonvoi vor der Küste des Gaza-Streifens bewusst so beschnitten haben, dass Messer, mit denen Aktivisten auf israelische Soldaten losgegangen waren, verschwanden. Die Briten wehren sich gegen den Verdacht der absichtlichen Verfälschung und sprechen von einem „Versehen“. Schon in der Vergangenheit waren indes Zweifel an der Seriosität von „Reuters“-Bildern aufgetaucht. *H.H.*

Mehr türkische Kinder

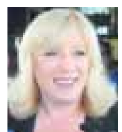
Berlin – Auf eine Kleine Anfrage der Partei „Die Linke“ hin gab die Bundesregierung bekannt, dass die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder mit türkischer Staatsbürgerschaft in den letzten Jahren wieder angestiegen ist. Waren es 2006 noch 5215 Kinder, so wuchs ihre Zahl 2007 auf 6188 und 2008 auf 7002 an. *Bel*

ZUR PERSON

Überraschend unpopulistisch

Wie gewonnen, so zerronnen: Der vermutlich aus seinem Amt scheidende slowakische Ministerpräsident Robert Fico war bei den Parlamentswahlen in seinem Land Gewinner und Verlierer in einer Person. Zwar erzielte seine linksgerichtete Smer-Partei die meisten Stimmen, zugleich verloren aber seine Koalitionspartner derart massiv, dass er keine Regierungspartner finden dürfte. Das lässt die Opposition triumphieren, die unter der Führung von **Iveta Radicova** und ihrer christdemokratischen SDKU ein regierungsfähiges Mitte-Rechts-Bündnis schmieden könnte.

Was Fico noch am meisten ärgern dürfte, ist die Tatsache, dass er die aufgrund ihrer sachlichen Art inmitten osteuropäischer Nationalisten, Populisten und Verbalakrobaten hervorstechende Radicova indirekt selbst in die richtige Ausgangsposition gebracht hat. Triumphierend hatte er vor wenigen Monaten den damaligen SDKU-Chef Mikulas Dzurinda wegen dubioser Parteienfinanzierung aus dem Amt gemobbt und gedacht, er hätte damit seinen größten Gegner erledigt. Doch weit gefehlt, denn auf den bereits aufgrund radikaler Wirtschaftsreformen 2006 aus dem Ministerpräsidenten abgewählten Dzurinda folgte die vergleichsweise parteipolitisch unverbrauchte 53-jährige Soziologin Radicova. 2005 wurde die damals Parteilose Ministerin für Arbeit, Soziales und Familie unter Dzurinda, erst 2006 trat sie der SDKU bei. 2009 kandidierte sie dann als Präsidentin und verlor, erzielte aber einen unerwarteten Achtungserfolg. Kurz danach musste sie zwar ihr Parlamentsmandat aufgeben, da sie bei einer Abstimmung einen Formfehler begangen hatte, doch ihr Rücktritt brachte ihr Sympathien ein. „Die stärkste Sozialpolitik ist es, wenn die Menschen von ihrem eigenen Einkommen leben können“, so Radicova. *Bel*





Zeichnung: Mohr

Reichsparteitag

Wie sich die Geschichte reimt, warum Diktatur doch noch eine Chance hat, und worüber Dr. Goebbels im Jenseits lacht / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich“, hat der US-Schriftsteller Mark Twain einst herausgefunden. Ein kluger Spruch, der zum Auftakt der WM eine lautstarke Bestätigung erfuhr. Der „Reim“ geht so: Wer vor 70 Jahren Witzeleien über das NS-Regime öffentlich zum Besten gab, der musste damit rechnen, von bigotten Denunzianten als „Feind der nationalsozialistischen Bewegung“ angeprangert zu werden. Wer heute die kritischen Witzeleien von damals zitiert, muss damit rechnen, von bigotten Denunzianten unserer Tage als „Verharmloser des NS-Regimes“ angeprangert zu werden.

So ging es ZDF-Moderatorin Katrin Müller-Hohenstein mit ihrem Spruch von Miroslaw Kloses „innerem Reichsparteitag“. „Reich“ hatte bis zur Gründung der Bundesrepublik kaum einen anderen Klang als heute „Bund“, und stand damit allem voran, was irgendwie regierungsamtlich war. Damit ließ sich trefflich wortspielen: Wer beispielsweise „Reichskristallnacht“ sagte, verneinte damit die Lüge des Dr. Goebbels, dass der Exzess gegen Juden im November 1938 eine „spontane“ Eruption des Volkes gewesen sei. „Reichskristallnacht“ benannte bewusst zynisch, was da wirklich abgelaufen ist: eine von oben streng orchestrierte Bestialität des Regimes.

Wer das heute noch weiß, der ist nach Meinung der Empörten höchst verdächtig. Vor einiger Zeit ist „Reichskristallnacht“ daher auf dem Index der „Verharmlosungen“ gelandet (worüber Goebbels in teuflisches Lachen ausbrechen dürfte). Wie der „innere Reichsparteitag“, mit dem kühle Köpfe die bombastischen NS-Inszenierungen konterten.

Im Internet kursiert ein vorgefertigter Protestbrief ans ZDF, den der schreibfaule Feierabenddenunziant nur noch zu unterzeichnen braucht. Das Ding gehört gerahmt und für alle Zeiten aufbewahrt, denn so viel schäumenden Schwachsinn kriegt man selbst in unseren Tagen selten geboten: Müller-Hohenstein habe mit ihrem „menschenverachtenden Spruch“, der „spaltet und diskriminiert“ und „fast eine Verherrlichung des Nationalsozialismus“ darstelle, einen „Zusammenhang Kloses und der deutschen Nationalmannschaft, der WM 2010 mit dem Nationalsozialismus“ hergestellt. Das Formschreiben gipfelt in holprigem Pathos: „Ich fordere Sie und den (sic!) ZDF deshalb, auch im Namen aller weiteren international gesinnten Fußball-Zuschauerinnen und Zuschauer auf, sich von diesem Spruch und dem Nationalsozialismus zu distanzieren.“

Hitler und Stalin sind tot, Ulbricht ist dahin und Honecker lebt auch nicht mehr. Doch die Freunde von Gewaltherrschaft können neue Hoffnung schöpfen: Solange es Leute gibt, die solche Briefe verfassen, hat Diktatur noch eine Chance! Die künftigen Büttel üben schon.

> Bei Bütteln dieses Kalibers dürfen die Freunde von Gewaltherrschaft neue Hoffnung schöpfen

Durch die WM geraten die Krisenherde der Welt für ein paar Wochen aus dem Blickfeld, wie etwa der Nahe Osten, wo sich etwas zusammenbraut. Vielen ist erst nach den Vorfällen vor der Küste von Gaza bewusst geworden, wie weit sich die Türkei schon in islamistische Gefilde bewegt hat. Jetzt wissen es alle, was einigen gar nicht gelegen kommt. Washington ist stinksauer über die plötzliche Klarheit, mit der die islamistische Schlagseite Ankaras über Nacht ins weltweite, vor allem europäische Bewusstsein schoss.

Seit Jahr und Tag sind die USA nämlich darauf aus, dass die EU die Türkei endlich aufnimmt: 75 Millionen orientalisch geprägte Muslime in der EU, mit chronisch empörten Politikern und manisch nationalistischen Medien, die das Volk aufpeitschen – das würde die europäische Konkurrenz auf immer lähmen, so die Hoffnung im Weißen Haus. Damit das gelingt, musste jedoch dafür gesorgt werden, dass der Beitritt unter Dach und Fach ist, bevor die europäische Öffentlichkeit begreift, was auf sie zukäme. Man kann den Plan als gescheitert betrachten, seitdem der türkische Premier Erdogan öffentlich mit Irans Machthabern kuschelt und so die Katze vorzeitig aus dem Sack gelassen hat.

US-Verteidigungsminister Robert Gates ist deshalb bleich vor Wut und will es den Europäern nun wenigstens propagandistisch heimzahlen: Die Europäer seien schuld an den islamistischen Abwegen der Türkei, weil sie den Türken ihre Union und ihre Geldbörsen nicht geöffnet hätten. Nur deshalb suchten die sich neue Freunde in der Schmuddelecke. Italiens Außenminister Franco Frattini tutet ins gleiche Horn und will die Beitrittsverhandlungen nun sofort beschleunigen, bevor die Europäer noch mehr herauskriegen. Was den genau treibt, ist vor dem Hintergrund des komplizierten Beziehungsgeflechts in der italienischen Politik kaum auszumachen.

Die deutsche Kanzlerin hat sich in der Türkeifrage auf ihre ureigenste Technik verlegt: Die Beitrittsbefürworter sollen sich in einem monotonen Schwall allgemeingehalter Floskeln aus Berlin langsam und qualvoll totlaufen. Leider geht Merkel nicht nur die Türkeifrage mit dieser Taktik an. Auch ihre Koalitionsfreunde daheim haben immer dringender den Eindruck, durch eine endlose Wüste zu marschieren auf der Suche nach dem Standpunkt ihrer Regierungschefin.

Die Opposition ist glücklich. Nur für die Kameras wischt sich Sigmar Gabriel die Freudentränen aus dem Gesicht und bietet Schwarz-Gelb hämisch seine Hilfe an. Schlimmer konnte es für Merkel und Westerwelle kaum kommen. Dass es der Opposition so gut geht, liegt daran, dass sie die Opposition ist. Wäre sie an der Regierung, stünde sie mindestens so hilflos da wie die schwarz-gelben Kesselflicker. Woran wir das erkennen? Zu den Sparbeschlüssen fiel den Roten und Grünen nicht mehr ein als die alte Leier von der „Umverteilung von unten nach oben“ – also gar nichts.

Mit dem Sozialneidgedröhn sind wir zurückgekehrt ins Deutschland jener faden Talkshowmenüs, wo dem TV-Konsumenten immer nur zwei Gänge serviert werden: Börsenmillionär im Champagnerglas und Hartz-IV-Empfänger auf Knäckebrot. Die Mittelschicht taucht da höchstens mal ganz hinten am Tellerrand auf, weil man die längst nicht so lecker als Aufreger drapieren kann. Doch das Oben-Unten-Menü hängt uns meterweit zum Halse heraus. Wir erkennen den filzigen Geschmack der künstlichen Aromastoffe aus dem Demagogenlabor und möchten speien. Sind wir froh, dass jetzt WM ist. Da haben wir wenigstens eine Alternative.

Doch irgendwas vermissen wir diesmal. Was bloß? Klar, die Spiele sind nicht in Deutschland, das nimmt der Party ein wenig Schub. Aber das ist es nicht. Sondern vielmehr: Wo sind die Bedenkenträger, die uns zwischen den Reichsparteitagen vor nationalem Überschwang warnen? Claudia Roth, warum sagen Sie nichts? Gut, da sind wir wohl selber schuld. Wir haben vor vier Jahren allzu laut über Roths hilfloses Gestammel gelacht, da hat sie der Mut verlassen.

Einer jedoch hält unverdrossen durch: NRW-Innenminister Ingo Wolf hat seinen Polizisten verboten, zur Feier der WM kleine deutsche Fähnchen an ihre Peterwagen zu heften. Fans anderer Nationen könnten, so der FDP-Politiker, die Dinger als „Provokation“ empfinden. Die deutsche Fahne in Deutschland auf deutschen Streifenwagen, das „spaltet und diskriminiert“, würden die Reichsparteitagsbriefschreiber vermutlich anfügen.

Dass solche Verbote in anderen Ländern nur Zorn oder Heiterkeit auslösen würden, ficht den Minister bestimmt nicht an. Er würde einwenden, dass wir vor dem Hintergrund unserer Geschichte ... den Rest kennen Sie auswendig. Womit sie wieder da wäre, die sich ewig reimende Geschichte: Schwarz-Rot-Gold, in der NS-Zeit abgeschafft und verpönt, sollte man wegen der NS-Geschichte heute als potenzielle nationalistische „Provokation“ nur sparsam verwenden. Noch ein später Sieg des Dr. G. – über die antideutsche Bande sozusagen.

ZITATE

Im „Handelsblatt“ vom 11. Juni äußerte sich der frühere FDP-Vorsitzende ***Wolfgang Gerhardt*** *zu den immer noch nicht endgültig abgelehnten* ***Staatshilfen für Opel****:*

„In den Nachrichten werden uns Bilder der Opelaner gezeigt, und wir nehmen Anteil an ihrer menschlich verständlichen Sorge um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Was uns die Bilder aber nicht zeigen, das sind die Arbeitsplätze, die durch den Einsatz einer 1,1-Milliarden-Bürgschaft an anderer Stelle möglicherweise nicht geschaffen werden können oder sogar verloren gehen.“

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter ***Paul Kirchhof*** *geißelt* ***Staatsverschuldung*** *in „Spiegel online“ als generell* ***verwerflich****:*

„Erstens haben wir bisher Schuldenmachen erlaubt, wenn das Geld in die Zukunft investiert wird. Das war falsch: Wir vererben auch die Institution des Elternhauses, ohne dass die Kinder dafür bezahlen müssen. Zweitens haben wir Schuldenmachen zur Konjunkturbelebung erlaubt. Das war ebenso falsch: Denn die Schulden engen unseren Spielraum später umso mehr ein. Wenn wir die 41 Milliarden Euro zur Verfügung hätten, die der Bund momentan alleine für die Zinsen aufbringt, wäre das ein fabelhaftes Konjunkturprogramm.“

Der deutsche Spitzenmanager ***Gerhard Cromme*** *fasst die* ***Empfindungen seiner Landsleute*** *spitz zusammen:*

„Man hat den Eindruck, dass Deutschland die Zeche immer mit einer Kreditkarte begleichen muss, deren PIN-Code vor allem die anderen kennen.“

Das Ding des Jahres

Bei dem Spiel auf grünem Rasen
zählt das Vuvuzela-Blasen
heute schlicht zum guten Ton,
überzeugt euch selbst davon!

Diese bunten Plastik-Tröten
tönen zwar nicht grad wie Flöten,
trotzdem sind sie weltbekannt,
weil besonders penetrant.

Und mag all das Decibellen
manchen Spießer arg verprellen,
wird dafür – das sei betont –
unsre Umwelt sehr geschont.

Denn kein Treibgas ist vonnöten
zum Betrieb der trauten Tröten,
was selbst dann man leicht begreift,
wenn man sonst auf Umwelt pfeift.

Gut ist's gleichfalls für die Lungen,
denn die Alten wie die Jungen
blasen sich zum Zeitvertreib
ihre Seelen aus dem Leib.

Doch wer sein Gehör verloren,
tröste sich, das taube Ohren
besser sind als ein Infekt,
den man erst daheim entdeckt!

Wohl genügend Grund gegeben
ist bei Vuvuzela eben,
dass das Ding kulturbeseelt
man zum Wort des Jahres wählt.

Und zum Unwort noch desgleichen
sollten Argumente reichen –
also setzt euch kräftig ein:
Eins von beiden muss es sein!

Pannonicus